

Sta\Vi

Staat und Wirtschaft in Hessen



70. Jahrgang **3 2015**



Impressum

ISSN 0344 - 5550 (Print) ISSN 1616 - 9867 (Digital)

Copyright:

Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2015

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber:

Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37 Telefon: 0611 3802-0 Telefax: 0611 3802-890 E-Mail: vertrieb@statistik.hessen.de Internet: www.statistik-hessen.de

Schriftleitung:

Siegfried Bayer, Rheinstraße 35/37, Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-804

Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift:

Hessisches Statistisches Landesamt 65175 Wiesbader

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis:

Print: 13,00 Euro Jahresabonnement: 66,30 Euro (jew. inkl. Versandkosten) PDF-Datei als kostenloser Download im Internet.

Gesamtherstellung:

Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte und Informationen

aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle Telefon: 0611 3802-802 oder -807. E-Mail: info@statistik.hessen.de

Zeichenerklärung

- = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderuna einaetreten.
- 0 = Zahlenwert ungleich Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit.
- = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100)
- D = Durchschnitt.
- s = geschätzte Zahl.
- p = vorläufige Zahl.
- r = berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen

Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden.

Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

Noch: Buchbesprechungen

Klassiker des europäischen Denkens

Friedens- und Europavorstellungen aus 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte. Herausgegeben von Winfried Böttcher, 781 Seiten, gebunden, 98,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014.

Im Jahr 1306 hat zum ersten Mal in der Geschichte der Franzose Pierre Dubois einen vollständigen Europaplan vorgelegt. In den seither vergangenen Jahrhunderten haben Persönlichkeiten immer wieder über den Zustand Europas in ihrer Zeit und über die Zukunft des Kontinents nachgedacht. Das große Lexikon "Klassiker des europäischen Denkens" stellt den Kanon zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des europäischen Denkens dar. Auf rund 800 Seiten versammelt und vereint der hochwertige Band die Friedens- und Europavorstellungen von über 100 herausragenden Persönlichkeiten aus mehr als 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte. Renommierte Philosophen, Historiker, Sozial-, Kultur- und Sprachwissenschaftler aus über 40 Universitäten und Forschungseinrichtungen in ganz Europa sowie – mit Jean-Claude Juncker und Martin Schulz – zwei bekennende Europäer im aktiven Politikbetrieb haben Beiträge zu diesem Grundlagenwerk verfasst und laden den Leser zu einem neuen Diskurs über den Frieden ein, der immer auch ein Diskurs über Furopa war und ist.

Politik im Schatten der Krise

Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009–2013. Herausgegeben von Reimut Zohlnhöfer und Thomas Saalfeld, VIII, 639 Seiten, kartoniert, 59,99 Euro, Springer VS, Wiesbaden 2015.

Der vorliegende Band zieht eine politikwissenschaftliche Bilanz der zweiten Amtszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel. In den Beiträgen ausgewiesener Experten werden die Rahmenbedingungen des Regierens zwischen 2009 und 2013 analysiert, so etwa die strategische Positionierung von Regierungs- und Oppositionsparteien, die Rolle des Bundesrates, das Koalitionsmanagement oder der Einfluss von Verbänden. Im zweiten Teil werden die wichtigsten Entscheidungen der christlich-liberalen Koalition analysiert, erklärt und bewertet. Besonderes Augenmerk widmet der Band der Eurokrise und der deutschen Reaktion auf diese Herausforderung, aber auch alle anderen relevanten Politikfelder werden unter die Lupe genommen. Die betrachteten Politikfelder reichen von der Außen- bis zur Finanzpolitik, von der Sozial- bis zur Umweltpolitik. Dabei wird die Frage beantwortet, wo die Regierung weitreichende Reformen durchsetzte und wo Stillstand vorherrschte und mit welchen Einflussfaktoren beides zu erklären ist.

Ergänzungslieferungen

TV-L Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst der Länder

Kommentar zum Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst. Bearbeitet von Alfred Breier und Dr. Annette Dassau, Loseblattausgabe, 59. Aktualisierung, Gesamtwerk (einschl. Textausgabe Aushangpflichtige Arbeitsgesetze im öffentl. Dienst; 10. Aufl. vom März 2015, in 2 Ordnern); Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes im Monat Mai 2015

Statistische Berichte und sonstige Veröffentlichungen - kostenfreie Download-Dateien

Die Volkshochschulen in Hessen im Jahr 2013; (B IV 1 - j/13); (K)1)

Schlachtungen in Hessen im 1. Vierteljahr 2015 (Vorläufiges Ergebnis); (C III 2 - vj 1/15); (K)1)

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im März 2015 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten);

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im März 2015; (EI3 - m 03/15); PDF-Format

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im März 2015; (E II 1 - m 03/15); (K)1

Baugenehmigungen in Hessen im Februar 2015; (F II 1 - m 02/15); (K)1)

Baugenehmigungen in Hessen im März 2015; (F II 1 - m 03/15); (K)1)

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im Februar 2015; (Vorläufige Ergebnisse); G I 1 - m 02/15)11

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im Februar 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 02/15)1)

Die Ausfuhr Hessens im Februar 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 02/15)1)

Die Ausfuhr Hessens im März 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 03/15)1)

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Februar 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - 02/15)1 Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im März 2015

(Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - 03/15)1) Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus

im März 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 03/15)1) Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gast-

gewerbe in Hessen im März 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 03/15)1)

Binnenschifffahrt in Hessen im Februar 2015; (H II 1 - m 02/15); (Häfen)¹⁾

Verbraucherpreisindex in Hessen im April 2015; (M I 2 - m - 04/15)1)

Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im Februar 2015; (M I 4 - vj 1/15)1)

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke in Hessen im Jahr 2014; (M I 7 - j/14); (K)1)

K = mit Kreisergebnissen G = mit Gemeindeergeb-

1) PDF-Datei mit Excel-An-



GESUNDES unternehmen

Editorial



© Andreas Stampp

Liebe Leserinnen und Leser,

in der neuen Ausgabe von "Staat und Wirtschaft in Hessen" bieten wir Ihnen mit den beiden Artikeln "Jahresrückblick 2014" und "Daten zur Wirtschaftslage" eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen im vergangenen Jahr und im ersten Quartal 2015. Im Vorjahresvergleich zeigt das Jahr 2014 eine überwiegend positive Entwicklung, u. a. mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,4 %, einem stabilen Arbeitsmarkt und einem leichten Plus der realen Umsätze im Einzelhandel von 0,7 %. Auch im ersten Quartal 2015 setzte sich dieser allgemein positive Trend fort.

Speziell den Einzelhandel und hier besonders den Versand- und Interneteinzelhandel behandelt der Artikel "Online-Shopping made in Hessen". Im Versand- und Interneteinzelhandel wurden Ende 2013 sowie im Laufe des Jahres 2014 kontinuierliche Umsatzzuwächse erzielt.

Die Zahl der Schulabgänger ist von großer Bedeutung für die Entwicklung des Lehrstellen- und Arbeitsmarkts und der Hochschullandschaft. Unser Aufsatz zu diesem Thema beschäftigt sich ausführlich mit den Schulabgängern des Jahres 2014 und stellt die verschiedenen allgemeinbildenden Abschlussarten dar.

Kann Leiharbeit in Hessen ein Sprungbrett für reguläre Beschäftigung sein? Welchen Einfluss hat Leiharbeit auf das Arbeitslosigkeitsrisiko? Diese Fragen untersucht unser Gastbeitrag, dessen Autor für seine Diplomarbeit zum gleichen Thema mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2014 ausgezeichnet wurde.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Ihre

Chishi Zillina

Dr. Christel Figgener

Präsidentin des Hessischen Statistischen Landesamts

Inhalt

Ganz kurz		/5
© Jürgen Priewe - Fotolia.com	Handel Online-Shopping made in Hessen. Von Patrik Vollmer 77	77
© Art Allianz - Fotolia.com	Daten zur Wirtschaftslage Die Entwicklung im ersten Quartal 2015	83
© archerix - Fotolia.com	Jahresrückblick Hauptdaten zur wirtschaflichen Entwicklung in Hessen 2014 95	95
© Christian Schwier - Fotolia.com	Bildung und Kultur Allgemeinbildende Abschlüsse an den hessischen Schulen. Von Ulrike Schedding-Kleis 125	125
© yanlev - Fotolia.com	Erwerbstätigkeit Leiharbeit in Hessen: Ein Sprungbrett in reguläre Beschäftigung? Von Timo Lepper 137	137
Nachrichten aus de Buchbesprechung	en 147, 148	1
	© Andreas F Fotolia.com	

Ganz kurz

Fahrräder in Hessen

In Hessen verfügten 2,26 Mill. von 2,94 Mill. Privathaushalten über insgesamt 5,01 Mill. Fahrräder. Nach Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) lag der Anteil der Privathaushalte in Hessen mit mindestens einem Fahrrad bei gut 77 %. Im Vergleich zur Vorerhebung 2008 hat die Ausstattung der Privathaushalte Hessens mit Fahrrädern – im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt - tendenziell leicht abgenommen (2008: 79 %). Den höchsten Ausstattungsgrad mit Fahrrädern weisen Paare mit Kindern auf: Gut 93 % dieser Haushalte hatten Fahrräder. Aber auch fast 85 % der Alleinerziehenden hatten Fahrräder im Haushalt. Alleinlebende haben dagegen im Vergleich zu anderen Haushaltstypen seltener Fahrräder. Insgesamt verfügten rund 63 % der alleinlebenden Männer und Frauen über mindestens ein Fahrrad.

Rauchverhalten der Hessinnen und Hessen

Im Jahr 2013 waren gut drei Viertel der hessischen Bevölkerung Nichtraucher/-innen. Wie die Ergebnisse des Mikrozensus zeigen, verzichteten Frauen häufiger auf Zigaretten, Zigarren oder Pfeifen als Männer: Die Nichtraucherquote bei den Hessinnen war mit 80 % wesentlich höher als bei den Hessen mit rund 73 %. Auch beim Vergleich nach dem Alter zeigen sich Unterschiede im Rauchverhalten: Die niedrigste Nichtraucherquote in Höhe von 60 % war bei den 25- bis unter 30-jährigen Männern festzustellen. Die höchste Nichtraucherquote mit fast 100 % war in der Altersgruppe der 75 Jahre oder älteren Frauen zu verzeichnen. Es ist nie zu spät, um gute Vorsätze in die Tat umzusetzen und mit dem Rauchen aufzuhören. Nicht nur die Gesundheit, sondern auch der Geldbeutel könnten einen Anreiz dafür bieten, denn das Rauchen wird immer teurer: Tabakwaren waren im Jahresdurchschnitt 2014 um 13,6 % teurer als im Jahr 2010. Im Vergleich zu 2013 bezahlten Verbraucher/-innen im Jahr 2014 3,6 % mehr für Tabakwaren. Verschiedene Krankheiten, wie beispielsweise Lungen-, Bronchial-,

Kehlkopf,- oder Luftröhrenkrebs stehen zudem in einem engen Zusammenhang mit dem Konsum von Tabakprodukten. Gut 3170 Personen oder knapp 5 % aller im Jahr 2013 Gestorbenen in Hessen verstarben an Lungen-, Bronchial-, Kehlkopf,- oder Luftröhrenkrebs. Im Jahr 2013 starben 9 % mehr Menschen in Hessen an den genannten Krebsarten als noch 10 Jahre zuvor. Mit einem Anteil von annähernd zwei Dritteln waren Männer unter den an Lungen-, Bronchial-, Kehlkopf,- oder Luftröhrenkrebs Verstorbenen überrepräsentiert.

Weniger Verkehrsunfälle im ersten Quartal 2015

Im ersten Quartal 2015 gab es auf hessischen Straßen 3984 Verkehrsunfälle mit Personenschaden. Das waren 13,2 % weniger Unfälle als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Zahl der dabei Verunglückten ging um 821 bzw. 13,3 % auf



© kalafoto - Fotolia.co

5351 Personen zurück. In den ersten 3 Monaten des Jahres 2015 verloren 50 Personen ihr Leben im hessischen Straßenverkehr, eine Person mehr als im ersten Quartal 2014. Die Zahl der Schwerverletzten sank im Vergleichszeitraum um rund 19 % auf 800, die Zahl der Leichtverletzten um gut 12 % auf 4501 Personen. Im März 2015 gab es in Hessen 1490 Unfälle mit Personenschaden. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren es 288 Unfälle oder 16,2 % weniger. Von den 1979 Verunglückten starben 20, 282 Personen wurden schwer und 1677 Personen leicht verletzt.

Knapp drei Viertel der hessischen Mütter in Teilzeit erwerbstätig

Rund 612 000 Mütter im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 bis unter 65 Jahren lebten in Hessen im Jahr 2013 mit Kindern unter 18 Jahren in einem Haushalt zusammen. Die Ergebnisse des Mikrozensus 2013 zeigen, dass die Erwerbsbeteiligung dieser Mütter bei 71 % (432 700) lag; knapp drei Viertel (309 900) waren auf Teilzeitbasis beschäftigt. Der häufigste Grund für die Teilzeitbeschäftigung war die Betreuung von Kindern mit einem Anteil von rund 60 % (188 500), gefolgt von der Wahrnehmung sonstiger persönlicher oder familiärer Verpflichtungen mit gut 18 % (56 300). Jeweils weniger als 1 % fanden keine Vollzeitstelle oder betreuten eine pflegebedürftige Person. Weitere 220 600 Mütter im erwerbsfähigen Alter lebten mit Kindern über 18 Jahren in einem Haushalt zusammen. Davon gingen rund drei Viertel (165 000) einer Erwerbstätigkeit nach, wobei der Anteil an Teilzeitbeschäftigten rund 60 % (99 000) betrug. Teilzeiterwerbstätigkeit liegt vor bei Beschäftigung mit einem Stundenumfang von bis zu 31 Stunden in der Woche.

Erste Ergebnisse der öffentlichen Wasserund Abwasserwirtschaft 2013

In Hessen wurden der Natur im Jahr 2013 1,09 Mrd. m³ Wasser entnommen. Theoretisch wäre somit jede/r Einwohner/-in Hessens täglich in einer Größenordnung von fast 500 l Wasser an der Entnahme beteiligt. Ein Großteil dieses Wassers wurde allerdings gewerblich eingesetzt. Tatsächlich machte der durchschnittliche Pro-Kopf-



© nasared - Fotolia.com

Verbrauch von Trinkwasser in Hessen mit 124,3 l nur knapp ein Viertel dieser Menge aus. Im Vergleich der Verwaltungsbezirke wurde für die Stadt Frankfurt am Main mit 151,4 l pro Einwohner/-in und Tag der höchste Wert dokumentiert. Er übertraf das Minimum im Landkreis Kassel (110,41 pro Einwohner/-in und Tag) um mehr als ein Viertel. Nahezu die gesamte hessische Bevölkerung wurde direkt oder mittelbar von 455 hessischen und außerhessischen Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung mit über 273 Mill. m³ Wasser versorgt. 87 % der Wasserversorgungsunternehmen nutzten für diese Aufgabe eigene Wassergewinnungsanlagen und entnahmen der Natur in mehr als 2600 hessischen Anlagen über 357 Mill. m³ Wasser. Würde diese Menge in einem einzigen Wassertropfen zusammengefasst, hätte er einen Durchmesser von 880 m und würde damit nur noch von der Wasserkuppe und dem Großen Feldberg überragt. Den höchsten Anteil an der Trinkwassergewinnung hatte mit 76 % die Grundwasserförderung. Der Rest verteilte sich auf angereichertes Grundwasser, Quellwasser (jeweils 11 %) und Uferfiltrat (1,7 %). In der Regel wurde das den Haushalten zur Verfügung gestellte Wasser nach einmaliger Nutzung über Schmutz- und Mischwasserkanäle abgeleitet und für keinen weiteren Zweck verwendet. Mit einer Gesamtlänge von annähernd 34 000 km deckten die Schmutzund Mischwasserkanäle 86 % des gesamten Sammelkanalisationsnetzes in Hessen ab. Die übrigen 14 % waren reine Regenwasserkanäle. 99,7 % der hessischen Einwohner/-innen waren an über 700 hessische und außerhessische Kläranlagen angeschlossen. Hier wurde das Abwasser einer biologischen Behandlung unterzogen. In mehr als 75 % der Anlagen wurden – vor der Rückgabe des Abwassers an die Natur – zur Elimination bestimmter Schadstoffe zusätzliche Verfahrensstufen nachgeschaltet bzw. integriert. Von den hessischen Kläranlagen wurden rund 149 000 t Trockenmasse Klärschlamm, der bei der biologischen Abwasserbehandlung angefallen war, direkt entsorgt. Mehr als die Hälfte dieser Klärschlammmenge wurde zur thermischen Verwertung an Heiz- und Kraftwerke abgegeben. Die übrigen fast 45 % wurden über die stoffliche Verwertung in der Landwirtschaft und bei landschaftsbaulichen Maßnahmen direkt dem Naturkreislauf zugeführt.

Online-Shopping made in Hessen

Ob von unterwegs mit dem Smartphone, Tablet, Laptop oder von zu Hause mit dem PC, nie war das Shoppen leichter. Die vernetzte Welt des Internets steht für ein Einkaufserlebnis abseits der persönlichen Kontakte. Zwar heben Facebook und andere soziale Netzwerke die Anonymität im Internet zumindest teilweise wieder auf, jedoch wird online in der Regel anonym eingekauft. Auch sind es nicht die Fast Moving Consumer Goods (FMCG¹⁾), die online gekauft werden. Entsprechend unterschiedlich sind die Sortimente der hessischen Versand- und Interneteinzelhändler im Vergleich zu den stationären Einzelhändlern mit Sitz in Hessen. Von **Patrik Vollmer**

Bekleidung Topseller im Versand- und Interneteinzelhandel

Im Versand- und Interneteinzelhandel hatte die Bekleidung 2013 mit 21,9 % den größten Umsatzanteil. Darauf folgten Datenverarbeitungsgeräte, periphere Geräte (wie z. B. Drucker) und Software mit 11,3 %. Diese beiden Warengruppen hatten als einzige einen zweistelligen Umsatzanteil und machten zusammen über ein Drittel des Umsatzes aus. Haushaltsgegenstände, Geräte der Unterhaltungselektronik und elektrischen Haushaltsgeräte hatten jeweils einen Umsatzanteil von jeweils gut 5 % und markierten die deutliche Grenze zwischen den Topsellern "Bekleidung" und "Datenverarbeitungsgeräte, periphere Geräten und Software". Im Vergleich dazu gab es im stationären Einzelhandel einen einsamen Spitzenreiter: die Arzneimittel, mit einem Umsatzanteil von 12,8 %. Bemerkenswert ist hierbei, dass die umsatzstärkste Warengruppe des stationären Einzelhandels nur etwas mehr als ein Zehntel seines Gesamtumsatzes ausmachte, während die Bekleidung im Versand- und Interneteinzelhandel über zwei Zehntel seines Gesamtumsatzes auf sich vereinte. Darüber hinaus hatte die Bekleidung in beiden Vertriebskanälen entweder den größten oder zweitgrößten Umsatzanteil. Auffallend ist auch, dass sich die Umsatzanteile im stationären Einzelhandel auf mehr Warengruppen verteilen als im Versand- und Interneteinzelhandel. Während im Versand- und Interneteinzelhandel auf die Top 5 (in absteigender Rangfolge: Bekleidung; Datenverarbeitungsgeräte, periphere Geräten und Software; Haushaltsgegenstände; Geräte der Unterhaltungselektronik; Elektrische Haushaltsgeräte) rund 50 % des Umsatzes entfielen, vereinten im stationären Einzelhandel 12 Warengruppen (in absteigender Rangfolge: Arzneimittel; Bekleidung; Wohnmöbel; Sonstige Nahrungsmittel;



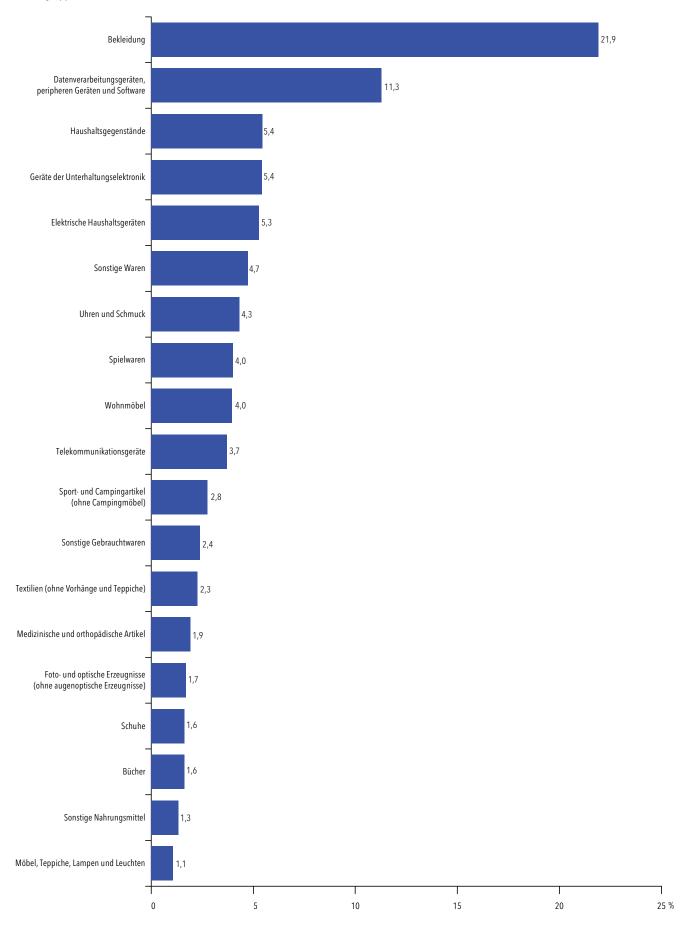
© Markus Mainka - Fotolia.co

Geräte der Unterhaltungselektronik; Milch und Milcherzeugnisse; Datenverarbeitungsgeräte, periphere Geräte und Software; Fleischwaren; Backwaren; Schuhe; Elektrische Haushaltsgeräte; Kosmetische Artikel und Körperpflegemittel) einen vergleichbaren Umsatzanteil auf sich. Im stationären Einzelhandel verteilte sich der Umsatz folglich gleichmäßiger auf die einzelnen Warengruppen. Darüber hinaus hatten Nahrungsmittel keine große Bedeutung im Versand- und Interneteinzelhandel. Die einzige Warengruppe mit Nahrungsmitteln, die einen Umsatzanteil von mind. 1 % hatte, war die Gruppe der sonstigen Nahrungsmittel (1,3 %). Hingegen belegten Milch und Milcherzeugnisse im stationären Einzelhandel mit 2,9 % bereits Platz 6.

1) Güter des täglichen Bedarfs, wie Nahrungsmittel oder Körperpflegeprodukte, die häufig gekauft werden. Im Vergleich zu Luxusgütern weisen die Güter des täglichen Bedarfs in der Regel niedrigere Preise auf.

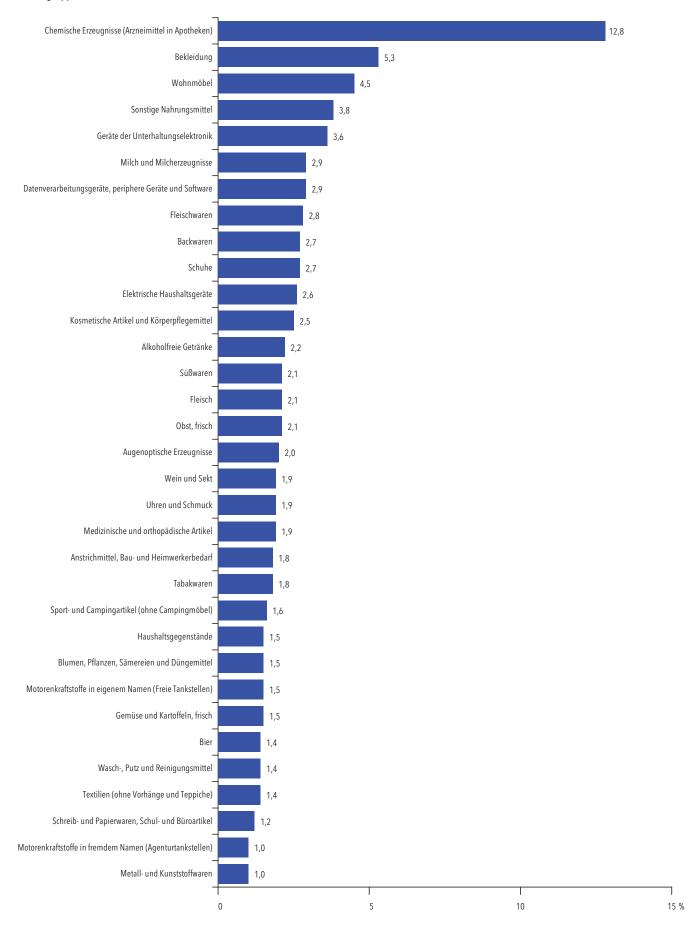
Anteile ausgewählter Warengruppen am Umsatz des Versand- und Interneteinzelhandels in Hessen 2013

(Warengruppen mit einem Anteil von mind. 1 % am Gesamtumsatz des hessischen Versand- und Interneteinzelhandels)

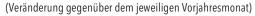


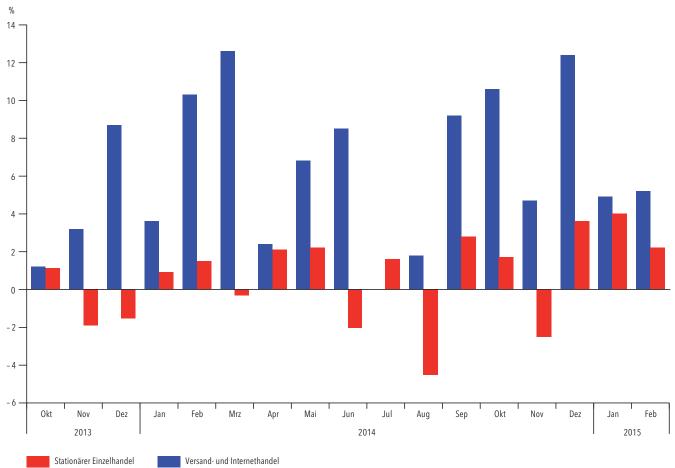
Anteile ausgewählter Warengruppen am Umsatz des stationären Einzelhandels in Hessen 2013

(Warengruppen mit einem Anteil von mind. 1 % am Gesamtumsatz des hessischen stationären Einzelhandels)



Umsätze des Versand- und Internethandels sowie des stationären Einzelhandels in Hessen





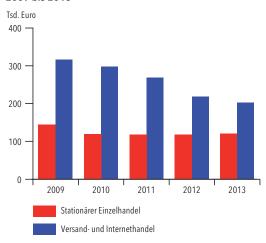
Unterschiedliche Umsatzentwicklung

Der preisbereinigte Umsatz im hessischen Versand- und Interneteinzelhandel stieg – im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat – ab Oktober 2013 bis Februar 2015 deutlich stärker an als der Umsatz im stationären Einzelhandel. Während der Versand- und Interneteinzelhandel kontinuierliche Umsatzzuwächse ausweisen konnte, musste der stationäre Handel in den Monaten November und Dezember 2013 sowie im Juni, August und November 2014 teils deutliche Umsatzeinbußen hinnehmen. Das stärkste Minus war im August 2014 mit 4,5 % zu verzeichnen.

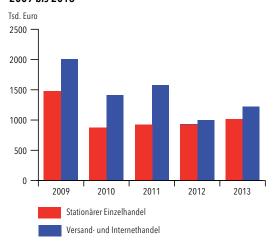
Die Unternehmen des Einzelhandels insgesamt in Hessen erzielten im Jahr 2013 je Beschäftigten einen Umsatz von 128 000 Euro. Das waren 8000 Euro mehr als im stationären Handel, aber 75 000 Euro weniger als im Versand- und Interneteinzelhandel. Auch bei den Umsätzen je Unternehmen gab es deutliche Unterschiede. Der Einzelhandel insgesamt erzielte einen Umsatz je Unternehmen von 1,04 Mill. Euro; der stati-

onäre Einzelhandel lag mit einem Umsatz von 1,00 Mill. Euro je Unternehmen 209 000 Euro unter dem Umsatz des Versand- und Interneteinzelhandels. Im betrachteten Zeitraum 2009 bis 2013 entwickelte sich sowohl im stationären Einzelhandel als auch im Versand- und Interneteinzelhandel die Umsätze je Unternehmen und

Umsätze des stationären Einzelhandels sowie des Versandund Internethandels je Beschäftigten in Hessen 2009 bis 2013



Umsätze des stationären Einzelhandels sowie des Versandund Internethandels je Unternehmen in Hessen 2009 bis 2013

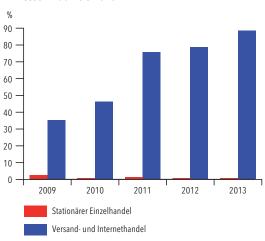


je Beschäftigten rückläufig, wobei der Versandund Interneteinzelhandel hiervon stärker betroffen war.

E-Commerce

Der Versand- und Interneteinzelhandel und der stationäre Einzelhandel weisen nicht nur hinsichtlich der Umsätze und des Warensortiments markante Unterschiede auf, sondern auch hinsichtlich der Abwicklung und des Managements der Geschäftsbeziehungen. Der stationäre Einzelhandel ist vor allem durch den persönlichen Kontakt und den lokalen Bezug geprägt. In Zeiten von Online-Shopping und virtuellen Marktplätzen ist der vielfach unterschiedlich belegte und verstandene Begriff des E-Commerce entstanden. In der Einzelhandelsstatistik meint der Begriff die Abwicklung von rechtsverbindlichen Ein- oder Verkäufen über Websites oder automa-

Anteil des E-Commerce an den Umsätzen des stationären Einzelhandels sowie des Versand-und Internethandels in Hessen 2009 bis 2013



tisierten Datenaustausch (EDI2). Die Auslieferung und Bezahlung muss bei E-Commerce nicht im Bestellvorgang integriert sein. Ausgenommen sind Bestellungen über manuell erstellte E-Mails. Der Anteil des E-Commerce am Umsatz war im Versand- und Interneteinzelhandel erwartungsgemäß wesentlich größer als im stationären Handel. Im Jahr 2013 machte der aus Bestellungen oder Buchungen über Websites oder EDI resultierende Umsatz 88,4 % aus; im stationären Einzelhandel waren es hingegen 0,8 %. Auffällig ist zudem, dass die Umsätze aus E-Commerce im Versand- und Interneteinzelhandel erst seit 2011 mehr als 50 % des Umsatzes ausmachen. Dass der Anteil des E-Commerce am Umsatz dort noch deutlich unter 100 % liegt, ist ein Beleg dafür, dass Versand- und Interneteinzelhändler mehrere Vertriebskanäle nutzen und sich nicht ausschließlich auf den Vertrieb ihrer Waren über das Internet verlassen.

Methodische Hinweise

Der Artikel basiert auf den Ergebnissen der Strukturerhebung und Konjunkturerhebung im Handel und Gastgewerbe. Bei der Strukturerhebung handelt sich um eine jährliche Stichprobenerhebung mit einem Stichprobenumfang von maximal 8,5 % aller Unternehmen des Großund Einzelhandels in Deutschland. Die aktuellsten Ergebnisse liegen für das Jahr 2013 vor. Im Rahmen der Konjunkturerhebung werden alle Einzelhändler monatlich nach dem Umsatz und den beschäftigten Personen gefragt, die in der Strukturerhebung angegeben haben, dass sie einen Jahresumsatz von 250 000 Euro überschreiten.

Unternehmen werden von der amtlichen Statistik einem Wirtschaftszweig zugeordnet. Hierbei liegt die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 zugrunde. Die einzelnen Wirtschaftszweige orientieren sich an den Gütern und Vertriebskanälen. Beispielsweise werden der Groß- und Einzelhandel voneinander abgegrenzt sowie der Einzelhandel mit Textilien und der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln. Die Zuordnung zu einem Wirtschaftszweig erfolgt über den Schwerpunkt des Unternehmens. Wenn der Schwerpunkt eines Unternehmens im Versand- und Interneteinzelhandel liegt, dann wird das Unternehmen

2) Electronic Data Interchange (EDI) bezeichnet den elektronischen Austausch strukturierter Daten zwischen Computersystemen verschiedener Geschäftspartner in einem standardisierten und maschinenlesbaren Format (z. B. XML, EDIFACT, OFTP, RosettaNet). Die Kommunikation erfolgt dabei via Datenfernübertragung (Standleitungen) und in der Regel ohne jegliche manuelle Eingriffe.

dem entsprechenden Wirtschaftszweig zugeordnet.

Der stationäre Einzelhandel stellt den klassischen Einzelhandel in Verkaufsräumen dar. Hierzu zählen sowohl die Supermärkte, als auch Fachgeschäfte, wie Fahrradhändler oder Optiker, sowie Baumärkte. Der Versand- und Interneteinzelhandel zeichnet sich hingegen dadurch aus, dass ein Kunde ein fest verortetes Geschäft nicht aufsuchen muss, um die angebotenen Produkte

zu erwerben, sondern im Internet oder per Telefon eine Bestellung aufgibt. Ein Unternehmen, das im Schwerpunkt Versand- und Interneteinzelhandel betreibt, kann zusätzlich auch stationären Handel betreiben. Umgekehrt schließt ein Schwerpunkt im stationären Handel nicht aus, dass auch Versand- und Interneteinzelhandel betrieben wird.

Patrik Vollmer; Tel: 0611 3802-552; E-Mail: patrik.vollmer@statistik.hessen.de

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

■ Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material



über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jeder Band enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern und für den Regionalverband FrankfurtRhein-Main. Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

Format DIN A 4, Umfang 70 bis 90 Seiten, kartoniert.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die Hessischen Kreiszahlen können als PDF-Datei mit Excel-Anhang im Internet unter www.statistik-hessen.de kostenlos heruntergeladen werden.



nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Telefon: 0611 3802-950 · Fax: 0611 3802-992

HESSEN

Daten zur Wirtschaftslage

Die Entwicklung im ersten Quartal 2015

Die Entwicklungen im ersten Quartal 2015 waren überwiegend positiv: Die hessische Industrie verbuchte bei den Auftragseingängen ein Plus, auch im Handel nahmen die Umsätze zu; Arbeitsmarkt und Inflationsrate blieben stabil. Die Bauwirtschaft verzeichnete einen Rückgang. Die hessische Industrie konnte die Auftragseingänge im ersten Quartal 2015 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal deutlich steigern. Verantwortlich hierfür war vor allem die Auslandsnachfrage. Die Umsatzentwicklung war im gleichen Betrachtungszeitraum ebenfalls positiv. Im Gegensatz dazu die Entwicklung im Bauhauptgewerbe: Auftragseingänge, Umsatz und Beschäftigung lagen unter den Werten des ersten Quartals 2014. Die im ersten Quartal genehmigte Wohn- und Nutzfläche lag jeweils unter dem Niveau des ersten Quartals 2014. Verglichen mit dem Vorjahresquartal konnte der Handel die realen Umsätze steigern. Sowohl der Einzelhandel, der Kfz-Handel als auch der Großhandel verzeichneten bei den realen Umsätzen im ersten Quartal 2015 ein Plus. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Die Arbeitslosenquote lag mit 5,7 % leicht unter derjenigen im ersten Quartal 2014. Der Verbraucherpreisindex lag genau auf den Niveau des Vorjahresquartals. Besonders der Preisindex für Haushaltsenergie sank, während derjenige für Wohnungsmieten leicht zunahm. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen nahm weiter ab.

Erstes Quartal 2015 zeigt positive Bilanz

Der Jahresauftakt 2015 ist ein positiver für die hessische Industrie. Auftragseingänge, Umsätze und Beschäftigung liegen über den Ergebnissen des Vorjahresquartals und stimmen optimistisch. Allein die preisbereinigten Auftragseingänge lagen 3,4 % über dem Niveau des ersten Quartals 2014. Die Neubestellungen aus dem Ausland stiegen um 5,0 %, die Binnennachfrage um 0,9 %.

Auch die reale Umsatzentwicklung (ohne sonstige Umsätze, wie Handelsware etc.) zeugte von diesem Aufwärtstrend. Die hessische Industrie steigerte ihre Umsätze im ersten Quartal um 0,8 %. Auch hier lagen die Ergebnisse mit dem Ausland höher und wiesen ein Wachstum von 3,1 % aus. Das rückläufige Ergebnis der Binnenumsätze lag bei – 1,7 %. Die Beschäftigung erhöhte sich im ersten Quartal 2015 um 0,9 %.

Bezüglich der Entwicklung der preisbereinigten Auftragseingänge verhielten sich die Märkte der Branchen unterschiedlich. Häufig entwickelte sich das Nachfrageverhalten im In- und Ausland gegensätzlich. So z. B. bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen. Während die Auftragseingänge aus dem Ausland um 18,0 %

Reale Auftragseingänge der hessischen Industrie										
Art day Angaha		2014								
Art der Angabe	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.					
Grundzahlen										
Volumenindex ¹⁾ des Auftragseingangs										
insgesamt	99,8	96,8	97,2	102,6	103,2					
Inland	93,9	91,9	88,0	88,4	94,7					
Ausland	106,1	102,2	105,9	115,2	111,4					
Zu- bzw. Abnahme (-) gege	nüber dem j	eweiligen Vo	orjahresquar	tal in %						
Volumenindex ¹⁾ des Auftragseingangs										
insgesamt	3,0	- 5,3	0,6	5,2	3,4					
Inland	0,1	- 7,5	- 5,8	- 3,3	0,9					
Ausland	5,0	- 3,7	5,2	10,9	5,0					
1) 2010 = 10 0.										

stiegen, fiel die Nachfrage aus dem Inland um 4,4 %. Insgesamt bedeutete dies für die Branche ein Plus von 7,6 %. Ähnlich im Maschinenbau, wo die Neubestellungen aus dem Ausland um 8,6 % stiegen und aus dem Inland um 8,8 % fielen. Insgesamt ergab sich ein leichtes Wachstum von 1,1 %. In der Pharmaindustrie verhielt es sich andersherum und die Inlandsnachfrage erhöhte sich um 2,3 %, während die Auslandsnachfrage um 7,9 % sank. Insgesamt verfehlte die Pharmaindustrie das Vorjahresergebnis damit um 6,2 %. Bei den Herstellern von Metallerzeugnis-

sen fielen die Bestellungen insgesamt um 3,6 % (Ausland: + 1,3 %; Inland: - 6,1 %), ebenso wie bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, deren Niveau das Vorjahr um 0,6 % verfehlte (Ausland: - 2,5 %; Inland: + 1,8 %). Durchweg positiv präsentierten sich die Auftragseingänge in der Chemischen Industrie, die insgesamt um 10,5 % stiegen. Sowohl das Ausland als auch das Inland erhöhten die Nachfrage, und zwar um 12,0 bzw. 7,9 %.

5 der 7 großen Branchen steigern Umsätze

Im Laufe des ersten Quartals steigerte das Verarbeitende Gewerbe in Hessen die Umsätze auf mehr als 26,5 Mrd. Euro und übertraf das Vorjahresquartal um 1,6 %. Diese Steigerung wurde von fast allen großen Branchen in Hessen getragen, sodass 5 der 7 umsatzstärksten Wirtschaftszweige von der positiven Entwicklung profitierten. Mit einem Wachstum von 8,8 % und einem Umsatz von knapp 4,2 Mrd. Euro, verzeichnete die Chemische Industrie das stärkste Plus. Die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen steigerten die Erlöse um 7,7 % auf mehr als 1,1 Mrd. Euro. Darüber hinaus verbuchten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen ein Plus von 4,7 % (knapp 4,4 Mrd. Euro), der Maschinenbau eines von 4,2 % (knapp 2,3 Mrd. Euro) und die Pharmaindustrie ein Plus von 0,8 % (mehr als 3,1 Mrd. Euro). Rückläufige Umsätze mussten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (-2,2 % auf knapp 1,9 Mrd. Euro) und die

Reale Umsätze und Beschäftigte der hessischen Industrie¹⁾ 2014 2015 Art der Angabe 2. Vj. 1. Vj. 3. Vj. 4. Vj. 1. Vj. Grundzahlen Volumenindex1) der Umsätze 100,8 101,0 102.7 101,8 101,6 insgesamt Inland 95,7 95,9 98,6 96,4 94,1 Ausland 107.9 108,0 108.9 109.1 111,2 Beschäftigte 357 267 358 515 362 607 362 801 360 479 Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber demjeweiligen Vorjahresquartal in % Volumenindex¹⁾ der Umsätze 5,8 - 0,7 - 0,1 - 2,6 0,8 insgesamt Inland 3,8 - 1,3 - 2.0 - 3,5 - 1.7 Ausland 7,6 - 0,3 1,8 - 2,0 3,1 Beschäftigte 1,0 1,2 1,2 1,2 0,9 $\overline{1)2010} = 100.$

Hersteller von Metallerzeugnissen (- 11,4 % auf knapp 1,3 Mrd. Euro).

Beschäftigung folgt dem Anstieg der Umsätze und Auftragseingänge

Nach zuletzt gestiegener Nachfrage, die sich in steigenden Umsätzen und Auftragseingängen spiegelt, hat die hessische Industrie die Beschäftigung erhöht. Im ersten Quartal stieg sie auf durchschnittlich 360 500 Personen und übertraf das Vorjahresquartal um 0,9 %. Stellenweise bauten die Branchen die Beschäftigung kräftig aus. Die Pharmaindustrie erhöhte ihren Personalstand gegenüber dem Vorjahresquartal um 4,8 % auf knapp 20 700 Beschäftigte. Auf knapp 50 500 Personen bauten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen ihre Beschäftigung aus und übertrafen das Vorjahr um 2,3 %. Ebenfalls expansiv verhielten sich der Maschinenbau (+0,8% auf mehr als 39100 Personen) und die Chemische Industrie (+ 0,7 % auf mehr als 37 500 Personen). Sinkende Beschäftigtenzahlen verzeichneten hingegen die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (- 0,1 % auf knapp 32 100 Personen), die Hersteller von Metallerzeugnissen (- 6,7 % auf mehr als 28 600 Personen) und die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen (- 1,6 % auf knapp 23 800 Personen).

Bauhauptgewerbe verzeichnet weniger Auftragseingänge und gesunkene Umsätze und Beschäftigte

Das erste Quartal schloss für das Bauhauptgewerbe mit wenig erfreulichen Zahlen. Sowohl die Auftragseingänge, als auch die Umsätze und die Beschäftigung verfehlten die Ergebnisse des ersten Quartales 2014. Die rückläufigen Bilanzen relativierten sich allerdings vor dem Hintergrund, dass der Winter 2014 recht mild verlief und das Bauhauptgewerbe witterungsbedingt auch in den kalten Monaten vermehrt Arbeiten durchführen konnte. Das Niveau des Vergleichsquartals 2014 war daher relativ hoch und die rückläufigen Ergebnisse des ersten Quartals 2015 waren zum Teil auf diesen Basiseffekt zurückzuführen.

Die nominalen Auftragseingänge für das Bauhauptgewerbe von Januar bis März 2015 verfehlten das Vergleichsquartal aus 2014 um

			Αι	isgewählt	e Daten z	ur wirtscha	attlichen		ng in Hess	en			
			Verarbeitend	es Gewerbe ¹⁾		Bauhaupt	gewerbe ³⁾	Einzel- handel	Preise		Arbeits	smarkt ⁷⁾	
	Jahr Monat Vierteljahr		Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2010 = 100		Beschäf- tigte	Index des Auftrags- eingangs ⁴⁾	Beschäf- tigte	Index der Umsätze ⁵⁾	Ver- braucher- preisindex ⁶⁾	Arbeits- lose ⁸⁾	Arbeits- losen-	Gemeldete Arbeits- stellen ⁸⁾¹⁰⁾	Kurz- arbeit (Perso
		insgesamt	Inland	Ausland		2010 = 100		2010 = 100	2010 = 100		quote ⁹⁾	stellen	nen) ^{8]}
							ahlen ¹¹⁾						
2012	D	96,4	97,7	97,1	355 765	133,5	25 537	104,1	103,9	178 320	6,4	35 542	6.8
2013		98,3	94,5	102,9	356 310	133,4	25 781	102,8	105,3	185 607	6,6	34 164	76
2014		99,1	90,5	107,4	360 297	128,8	25 235	104,0	106,1	184 378	6,5	35 734	
2014	Februar März	97,2 99,9	90,0 101,3	104,4 100,6	356 730 358 101	115,2 161,6	24 806 25 051	91,1 104,6	105,9 106,2	192 994 189 721	6,8 6,7	32 968 33 747	11 0
	1. Vj. D	99,8	93,9	106,0	357 267	120,0	24 949	97,3	105,9	107721	•		
	April	93,5	89,3	98,4	358 095	141,2	25 128	106,3	106,0	186 050	6,6	34 356	4.4
	Mai	98,1	93,0	103,5	358 273	124,4	25 034	106,3	105,8	184 653	6,5	33 849	4 4
	Juni 2. Vj. D	98,4 96,8	93,4 91,9	104,8 102,2	359 176 358 515	114,1 126,6	25 195 25 119	99,9 104,2	106,2 106,0	182 154	6,5	35 424	3 9
	Juli	104,1	94,5	113,2	361 093	166,9	24 838	105,4	106,3	186 248	6,5	36 291	3 3
	August	85,6	78,7	92,2	362 430	120,9	25 184	98,5	106,3	190 105	6,7	37 896	26
	September 3. Vj. D	102,0 97,2	90,7	112,3 105,9	364 299 362 607	130,5 139,5	25 193 25 072	102,5 102,1	106,4	182 657	6,4	38 874	3 0
	Oktober	100,7	88,0 92,7	103,4	363 778	133,3	26 251	102,1	106,3 106,2	176 902	6,2	38 503	3 3
	November	100,7	89,6	122,3	363 247	106,4	25 948	106,0	106,2	174 132	6,1	38 235	3 3
	Dezember	100,0	82,9	114,8	361 377	147,5	25 196	122,2	106,0	174 185	6,1	36 398	
	4. Vj. D	102,6	88,4	115,2	362 801	129,1	25 798	112,4	106,1				
2015	Januar Februar	101,0 98,4	92,4 91,6	109,3 105,2	360 079 360 049	115,7 89,8	24 507 24 359	99,1 93,1	105,0 106,1	189 719 188 613	6,6 6,6	35 772 38 671	
	März	110,1	100,2	119,6	361 310	131,2	24 407	107,2	106,5	184 270	6,5	41 002	
	1. Vj. D	103,2	94,7	111,4	360 479	112,2	24 424	99,8	105,9				
011	<u></u>					über dem Vorjal							1
012		- 6,0 2,0	- 6,9 - 3,3	- 5,2 6,0	1,3 0,2	7,5 - 0,0	4,0 1,0	1,2 - 1,2	2,0 1,3	- 2,3 4,1	•	- 6,6 - 9,0	- 1 1
2014		0,8	- 4,2	4,4	1,1	- 3,5	- 2,1	1,2	0,8	- 0,7	i.	4,6	·
2014	Februar	1,8	- 1,9	4,4	0,9	- 1,7	- 2,0	2,6	1,0	0,2		1,6	- 2
	März	3,2 3,0	5,0 0,1	1,8 5,0	1,2 1,0	17,3 - 6,3	- 1,4 - 1,5	0,0 1,7	1,0 1,0	- 0,5		- 0,5	
	1. Vj.										•		
	April Mai	- 10,4 6,2	- 9,1 4,5	- 11,1 7,3	1,2 1,2	- 1,6 7,6	- 1,4 - 1,8	1,5 2,7	1,3 0,7	- 2,2 - 1,0		2,0 - 1,7	4 -2
	Juni	- 10,1	- 15,9	- 5,6	1,2	- 20,0	- 1,6	- 1,5	0,9	- 0,7		2,3	- 3
	2. Vj.	- 5,3	- 7,5	- 3,7	1,2	- 5,5	- 1,6	1,0	1,0				
	Juli	0,0	- 4,0	2,6	1,1	- 4,6	- 3,8	2,2	0,6	- 1,8		1,9	- 1
	August September	- 3,1 4,8	- 9,5 - 4,3	1,4 11,3	1,0 1,3	- 1,9 - 8,9	- 3,7 - 3,2	- 3,7 3,6	0,7 0,8	0,4 0,6		5,9 8,8	- 1 - 2
	3. Vj. D	0,6	- 4,3 - 5,8	5,2	1,3	- 5,2	- 3,2	0,7	0,8	•		•	- 2
	Oktober	0,6	- 1,7	2,2	1,2	- 12,1	- 1,9	2,3	0,8	- 0,6		9,6	- 2
	November	4,4	- 7,8	12,8	1,1	- 6,1	- 1,4	- 2,3	0,5	- 0,9		10,4	
	Dezember	11,4	0,4	18,5	1,2	23,9	- 2,0	4,2	0,0	- 2,0		7,6	
	4 Vj.	5,2	- 3,3	10,9	1,2	0,8	- 1,8	1,4	0,4	•	•	•	
2015	Januar Februar	- 1,4 1,2	2,2 1,8	- 3,4 0,8	0,9 0,9	39,1 - 22,1	- 1,9 - 1,8	3,0 2,2	- 0,5 0,2	- 1,6 - 2,3		10,9 17,3	
	März	10,2	- 1,1	18,9	0,9	- 18,8	- 2,6	2,2	0,2	- 2,3 - 2,9		21,5	
	1. Vj.	3,4	0,9	5,0	0,9	- 6,5	- 2,1	2,6	0,0				
0014	Falaman	F.1	0.4			eils gegenüber d				0.1			
2014	Februar März	- 5,1 2,8	- 0,4 12,6	- 7,8 - 3,6	- 0,1 0,4	38,4 40,3	- 0,7 - 1,0	- 5,3 14,8	0,4 0,3	0,1 - 1,7	•	2,2 2,4	
	4. Vj.	4,1	2,7	5,0	- 0,4	- 6,3	- 1,5	- 12,2	0,2				
	April	- 6,4	- 11,8	- 2,2	- 0,0	- 12,6	0,3	1,6	- 0,2	- 1,9		1,8	- 5
	Mai Juni	4,9 0,3	4,1 0,4	5,2 1,4	0,0 0,3	- 11,9 - 8,3	- 0,4 0,6	0,0 - 6,0	- 0,2 0,4	- 0,8 - 1,4		- 1,5 4,7	- -1
	2. Vj.	- 3,0	- 2,1	- 3,7	0,3	- 6,3 5,5	0,6	7,1	0,4	- 1,4		4,7	-1
	Juli	5,8	1,2	8,0	0,5	46,3	- 1,4	5,5	0,1	2,2		2,4	- 1
	August	- 17,8	- 6,7	- 18,6	0,4	- 27,6	1,4	- 6,5	0,0	2,1		4,4	- 2
	September 3. Vj. D	19,2 0,4	15,2 - 4,2	21,8 3,6	0,5 1,1	7,9 10,2	0,0 - 0,2	4,1 - 2,0	0,1 0,3	- 3,9		2,6	1
	Oktober	- 1,3	2,2	- 3,3	- 0,1	2,2	4,2	5,4	- 0,2	- 3,2	·	- 1,0	1
	November	6,4	- 3,3	12,6	- 0,1	- 20,2	- 1,2	- 1,0	- 0,2	- 1,6		- 0,7	'
	Dezember	- 6,6	- 7,5	- 6,1	- 0,5	38,6	- 2,9	14,3	- 0,1	0,3		- 4,8	
0015	4. Vj.	5,6	0,5	8,8	0,1	- 7,4	2,9	10,1	- 0,2			17	
:015	Januar Februar	1,0 - 2,6	11,5 - 0,9	- 4,8 - 3,8	- 0,4 - 0,0	- 21,5 - 22,4	- 2,7 - 0,6	- 18,9 - 6,1	- 0,9 1,0	8,9 -0,6		- 1,7 8,1	
	März	11,9	9,4	13,7	0,4	46,2	0,2	15,1	0,4	- 2,3		6,0	
	1. Vj.	0,6	7,1	- 3,3	- 0,6	- 13,1	- 5,3	- 11,2	- 0,2				

¹⁾ Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. – 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. – 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. – 4) Wertindex. – 5) Ohne Mehrwertsteuer. – 6) Alle privaten Haushalte. – 7) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen (vorläufige Werte); Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderten Verfahren (Data Warehouse - Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsauchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Sahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 8) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. Änderung der methodischen Grundlagen. – 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 10) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Bauhauptgewerbe ¹⁾ in Hessen										
Art der Angabe		2014								
Ait dei Allyabe	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.					
Grundzahlen										
Auftragseingang (1000 Euro)	864 074	911 231	1 003 919	929 374	808 044					
Umsatz (1000 Euro)	735 818	997 494	1 142 152	1 163 185	675 431					
Beschäftigte	24 949	25 119	25 072	25 798	24 424					
Zu- bzw. Abnah	me (-) gegenül	ber dem jeweil	igen Vorjahres	quartal in %						
Auftragseingang	- 3,7	- 5,5	- 5,2	0,8	- 6,5					
Umsatz	12,1	5,5	- 0,1	- 5,9	- 8,2					
Beschäftigte	- 1,5	- 1,6	- 3,6	- 1,8	- 2,1					
1) Betriebe mit 20 oder mehr Besch	näftigten.									

6,5 %. Zwar wiesen die Bücher des Hochbaus ein leichtes Plus von 1,6 % auf, das aber vor allem durch den Unterbereich öffentlicher und Verkehrsbau getrieben wurde. Hier wurde eine Steigerung von 127,0 % verzeichnet. Mit einem Plus von 4,8 % an Auftragseingängen schloss der gewerbliche und industrielle Bau das erste Quartal 2015 ab. Die dritte Untergruppe des Hochbaus, der Wohnungsbau, verzeichnete ein Minus von 23,5 %. Die Auftragseingänge im Tiefbau waren ebenfalls rückläufig. Das Niveau des Vorjahresquartals wurde um 14,9 % verfehlt. Da-

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hessen 2014 2015 Art der Angabe 1. Vj. 2. Vj. 3. Vj. 4. Vj. 1. Vj. Grundzahlen Wohnbau¹⁾ Wohnungen 3 4 5 6 4658 5 2 1 0 4290 3 198 Wohnfläche (1000 m²) 377 454 544 454 347 Nichtwohnbau¹⁾ Rauminhalt (1000 m³) 2864 3 876 2 7 9 2 3 405 2 2 9 5 Nutzfläche (1000 m²) 427 343 563 407 466 Wohnungen insgesamt2) 5 074 5 567 6 149 5 391 4 2 5 6 Wohn- und Nutzfläche in sgesam t2) (1000 m²) 1041 1325 1272 1178 936 Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in % Wohnbau¹⁾ Wohnungen - 27,4 11,8 - 0,4 18,7 - 7,5 Wohnfläche - 14,9 1,0 7,7 21,9 -7,9 Nichtwohnbau¹⁾ Rauminhalt - 39,6 53,3 -22,1 28,9 - 19,9 Nutzfläche -24,3 43,0 -32,418,6 - 19,6 Wohnungen insgesam t2) - 1,9 29,9 12,9 3,4 - 16,1 Wohn- und Nutzfläche insgesam t2) -20,517,6 -13,218,9 - 10,1

1) Errichtung neuer Gebäude. – 2) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).

bei sanken die Neuaufträge im öffentlichen und Verkehrsbau um 48,2 %, im gewerblichen und industriellen Bau um 5,3 % und im Straßenbau stiegen sie um 1,9 %.

Der baugewerbliche Umsatz belief sich in den Monaten Januar bis März 2015 auf 675,4 Mill. Euro, womit das Vorjahresquartal um 8,2 % verfehlt wurde. Rückläufig verhielten sich sowohl der öffentliche und Verkehrsbau, der mit 204,4 Mill. Euro 12,9 % weniger umsetzte, als auch der gewerbliche und industrielle Bau, der mit 316,7 Mill. Euro 12,1 % Umsatz verlor. Lediglich der Wohnungsbau verzeichnete mit 154,3 Mill. Euro ein Plus in Höhe von 9,7 %.

Die Beschäftigung fiel im ersten Quartal 2015 gegenüber dem Vorjahresquartal um 2,1 % auf mehr als 24 400 Beschäftigte.

Konsolidierung im Hochbau

Der Umfang der genehmigten Hochbauvorhaben sank im ersten Vierteljahr 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um ein Zehntel. Die genehmigte Wohn- und Nutzfläche fiel um 106 000 auf 936 000 m². Die dafür veranschlagten Baukosten summierten sich auf 1176 Mill. Euro. Das waren 187 Mill. Euro bzw. 14 % weniger als im ersten Quartal 2014. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum beruht in erster Linie auf dem schwächeren Engagement der privaten Unternehmen.

Im *Wohnbau* nahm die genehmigte Fläche um 7,9 % ab. Während die Wohnungswirtschaft den Umfang ihrer Vorhaben deutlich senkte, milderte eine leichte Zunahme seitens der privaten Haushalte den Rückgang ab. Die veranschlagten Kosten lagen um 5,7 % unter dem Wert des Vorjahresquartals. Sie sanken bei den Unternehmen um 21 %, nahmen jedoch bei den privaten Haushalten um 5,4 % zu. Die Investitionssumme der privaten Haushalte lag zwei Drittel über der gewerblichen.

Für den Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 124 Genehmigungen weniger erteilt als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser ging um 34 und die der darin vorgesehenen Wohnungen um 370 zurück. 220 Wohnungen sollen in Wohn-

heimen entstehen. Damit waren 3200 Wohnungen in Neubauten vorgesehen; das waren 7,5 % weniger als im Vorjahresquartal. Weitere 1000 Wohnungen sollen durch Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden entstehen, 60 Wohnungen wurden in Nichtwohngebäuden genehmigt. Mit insgesamt 4256 neuen Wohnungen wurden 16 % weniger genehmigt als im gleichen Quartal des Vorjahres; die durchschnittliche Wohnfläche betrug 101 m². Die durchschnittlichen Kosten je Wohnung nahmen um 12 % zu, während die Kosten je m² Wohn- und Nutzfläche um 1,2 % abnahmen.

Der Flächenbedarf im *Nichtwohnbau* sank gegenüber dem Vorjahreszeitraum um ein Fünftel auf 343 000 m². Die dafür veranschlagten Kosten fielen um 23 % auf 492 Mill. Euro. Zuwächse waren bei Hotels und Gaststätten, übrigen nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden, sonstigen Nichtwohngebäuden, Anstaltsgebäuden sowie bei landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden festzustellen. Dagegen ging der Flächenbedarf bei Büro- und Verwaltungsgebäuden, Handelsund Lagergebäuden sowie bei Fabrik- und Werkstattgebäuden zurück.

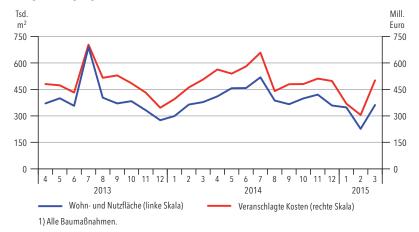
Insgesamt betrachtet, ließ das Engagement der Privatwirtschaft im Nichtwohnbau im ersten Quartal 2015 merklich nach. Die genehmigten Flächen der öffentlichen Bauherren wie auch der privaten Haushalte gingen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um die Hälfte zurück.

Einzelhandel steigert Umsatz

Die monatliche Einzelhandelsstatistik basiert auf einer Stichprobenerhebung. Monatlich werden Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 250 000 Euro oder höher befragt. In Hessen sind das momentan rund 2000 Unternehmen. Erfragt wird neben dem Umsatz auch die Anzahl der Voll- und Teilzeitbeschäftigten im jeweiligen Berichtsmonat. Auf dieser Basis erstellt das Hessische Statistische Landesamt die monatliche Konjunkturstatistik für den hessischen Einzelhandel.

Nachdem die Umsätze der Einzelhändler im vierten Quartal 2014 nominal um 1,4 % und preisbereinigt um 1,7 % gestiegen waren, sah die Umsatzentwicklung im ersten Quartal 2015

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau¹⁾



ebenfalls positiv aus. Die nominalen Umsätze verzeichneten ein Plus von 2,6 %, die preisbereinigten Umsätze stiegen um 3,2 %.

Der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (z. B. Supermärkte, SB-Kaufhäuser und Verbrauchermärkte) verzeichnete im ersten Quartal 2015 nominale Umsatzsteigerungen von 1,1 %; preisbereinigt waren es 1,3 %.



© gena96.- Fotolia.com

Im Einzelhandel mit sonstigen Gütern (z. B. Bekleidung, Apotheken, kosmetische Erzeugnisse und Körperpflegemittel) war die Entwicklung heterogener. Hier nahmen die nominalen Umsätze im ersten Quartal 2015 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 4,2 % zu; die preisbereinigten Umsätze legten mit 2,6 % leicht zu.

Auch der Einzelhandel mit Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf

Umsätze und Beschäftigte im Handel in Hessen nach Wirtschaftszweigen											
		2014			2015						
Art der Angabe	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.						
Messzahlen; Monatsdurchschnitt 2010 = 100											
Nominale Umsätze											
Einzelhandel ¹⁾	97,3	104,2	102,1	112,4	99,8						
Kfz-Handel ²⁾	115,2	123,2	116,2	119,1	127,2						
Großhandel	99,6	99,3	104,2	111,9	106,3						
Reale Umsätze ³⁾											
Einzelhandel ¹⁾	92,4	98,6	97,0	107,2	95,4						
Kfz-Handel ²⁾	112,6	120,6	113,1	116,0	123,5						
Großhandel	96,9	96,4	101,1	109,4	103,5						
	В	eschäftigte									
Einzelhandel ¹⁾	102,3	102,8	103,8	104,8	103,9						
Kfz-Handel ²⁾	106,8	107,2	107,7	108,8	108,0						
Großhandel	105,3	106,0	106,8	106,7	106,2						
darunter Teilzeitbeschäftigte											
Einzelhandel ¹⁾	102,5	103,2	104,4	104,9	103,9						
Kfz-Handel ²⁾	120,8	122,5	122,0	122,5	121,9						
Großhandel	109,5	110,4	111,4	111,3	110,7						
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %											
	Nom	inale Umsätze									
Einzelhandel ¹⁾	1,7	1,0	0,7	1,4	2,6						
Kfz-Handel ²⁾	9,1	6,9	6,9	5,7	10,4						
Großhandel	0,3	- 2,4	0,5	5,9	6,7						
	Rea	ıle Umsätze ³⁾									
Einzelhandel ¹⁾	0,5	0,5	0,1	1,7	3,2						
Kfz-Handel ²⁾	9,0	7,2	6,5	5,4	9,7						
Großhandel	1,9	- 1,4	0,6	6,2	6,8						
	В	eschäftigte									
Einzelhandel ¹⁾	0,8	1,2	1,4	1,2	1,6						
Kfz-Handel ²⁾	1,1	1,3	0,6	0,8	1,1						
Großhandel	0,8	1,4	1,6	1,2	0,9						
		Teilzeitbeschäft									
Einzelhandel ¹⁾	0,4	0,8	1,5	1,0	1,4						
Kfz-Handel ²⁾	2,3	2,1	0,7	1,1	0,9						
Großhandel	0,7	1,3	1,8	1,5	1,1						
1) Ohne Handel mit Kraftfah 2010.	rzeugen. – 2) Einschl. Ins										

Umsätza und Roschäftigta im Handal in Has

konnte das erste Quartal 2015 mit einem Umsatzplus beenden. Hier stiegen die nominalen Umsätze um 7,6 % und die preisbereinigten um 7,2 %.

Die Zahl der im Einzelhandel Beschäftigten nahm im ersten Quartal 2015 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 1,6 % zu.

Handel mit Kraftwagen im Aufwind

Die monatliche Kfz-Handelsstatistik wird seit Beginn des Berichtsmonats September 2012 nicht mehr als Stichprobenerhebung durchgeführt. Jeden Monat befragt das Hessische Statistische Landesamt daher alle Kfz-Händler mit einem Jahresmindestumsatz von 10 Mill. Euro oder mindestens 100 Beschäftigten. Dies sind derzeit rund 240 Unternehmen. Die Daten der übrigen Unternehmen stammen aus Verwaltungsdaten (Bundesagentur für Arbeit und Oberfinanzdirektion).

Gegenüber dem Vorjahresquartal nahm der preisbereinigte Umsatz der Kfz-Händler im ersten Quartal 2015 um 9,7 % zu. Die nominalen Umsätze stiegen im Vergleichszeitraum um 10,4 %. Damit setzte sich die positive Umsatzentwicklung des Vorjahres fort.

Der umsatzstärkste Bereich, der Handel mit Kraftwagen, verzeichnete nominal ein Umsatzplus von 12,9 % und preisbereinigt von 11,9 %. Der Kfz-Handel im Bereich Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen verbuchte nominal ein Plus von 3,1 % und preisbereinigt ein Minus von 2,1 %.

Die Zahl der Beschäftigten nahm gegenüber dem ersten Quartal 2014 um 1,1 % zu.

Großhandel legt zu

Hessenweit werden monatlich rund 500 Großhandelsunternehmen durch das Statistische Bundesamt befragt. Dabei handelt es sich ausschließlich um Großhändler mit einem Jahresumsatz von mindestens 20 Mill. Euro oder mindestens 100 Beschäftigten. Die Daten der übrigen Unternehmen werden – wie bei der monatlichen Kfz-Handelsstatistik – aus Verwaltungsdaten (Bundesagentur für Arbeit und Oberfinanzdirektion) entnommen.

Im ersten Quartal 2015 stiegen die Umsätze im Großhandel gegenüber dem Vorjahresquartal nominal um 6,7 % und preisbereinigt um 6,8 %. Der umsatzstärkste Bereich des hessischen Großhandels ist der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern. In diesem Bereich nahmen die Umsätze nominal um 5,2 % und preisbereinigt um 4,5 % zu.

Der hessische Großhandel beschäftigte im ersten Quartal 2015 0,9 % mehr Personen als im ersten Quartal 2014.

Arbeitsmarkt in Hessen weiterhin in guter Verfassung

Die deutsche Wirtschaft blieb auf Wachstumskurs. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich im letzten Quartal 2014 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,7 %. Das war so nicht erwartet worden. Im Jahresdurchschnitt nahm das BIP in Deutschland preisbereinigt um 1,6 % zu, das hessische um 1,4 %.

Nach dem Jahreswechsel ist die Entwicklung in Deutschland und in Hessen weiter aufwärts gerichtet. Dazu trugen auch der wiederum milde Winter, die durch Euroabwertung verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit, der niedrige Ölpreis und die gute Binnennachfrage bei. Positive Impulse kamen zudem von den staatlichen Konsumausgaben und den Investitionen.

Nach der zum Jahresbeginn 2015 durchgeführten Konjunkturumfrage der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern stieg der Geschäftsklimaindex gegenüber der Herbstumfrage um 2 Punkte auf 118 Zähler. Auch bzgl. der aktuellen Geschäftslage erhöhte sich der Index leicht um 2 Prozentpunkte. 41 % der Unternehmen berichteten von guten Geschäften und 16 % wollen 2015 mehr Personal einstellen. Somit könnte sich der hessische Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten weiter positiv entwickeln. Die Beschäftigungsabsichten sind laut jüngster Umfrage der hessischen Arbeitsgemeinschaft in den Branchen und Regionen unterschiedlich: In Dienstleistungsbranchen, wie Gastgewerbe, Einzelhandel und Großhandel/Handelsvermittlung, ist die Bereitschaft, neues Personal einzustellen, weniger groß. Dies gilt auch für die Kleinbetriebe und für die Region Nordhessen. Ursache hierfür könnte u. a. der ab 1. Januar 2015 geltende allgemeine Mindestlohn von brutto 8,50 Euro je Zeitstunde sein, der als Arbeitskostenrisiko wahrgenommen wird.

Der deutsche und speziell der hessische Arbeitsmarkt sind in guter Verfassung und der Beschäftigungstrend bleibt nach den ersten vorläufigen Ergebnissen aufwärtsgerichtet. Der Stellenindex der Bundesagentur (BA-X) stieg im März in Hessen zum vierten Mal in Folge und lag bei 180 Punkten; das waren 30 Punkte mehr als im Vorjahresmonat. Der Stellenaufbau setzte sich weiter fort, gestützt auf die positive Entwicklung bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

sozialversicherungspflichtige gung¹⁾ nahm nach ersten vorläufigen Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit in West- und Ostdeutschland kräftig zu. Im Vorjahresvergleich stieg im Februar²⁾ die Beschäftigung in Westdeutschland um 1,9 % und in Ostdeutschland um 1,4 %. Deutschlandweit betrug der Zuwachs 1,8 %. Die ausschließlich geringfügige Beschäftigung nahm hingegen in beiden Regionen deutlich ab; besonders stark in den neuen Ländern insgesamt³⁾. Im Jahr zuvor gab es im Jahresvergleich in den alten Ländern eine leichte Zunahme und in den neuen Ländern eine leichte Abnahme. Im Durchschnitt aller Länder erhöhte sich damals die Zahl der Minijobber um 0,3 %. Dagegen ging die ausschließlich geringfügige Beschäftigung im Februar 2015 gegenüber Februar 2014 deutschlandweit um 2,8 % zurück. Die Ursache könnte in der Einführung des flächendeckenden Mindestlohnes liegen. In gewissem Maße könnten auch Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt worden sein, was den starken Anstieg im Jahresvergleich in dieser Beschäftigungsgruppe noch begünstigte. Für die im Nebenjob geringfügig Beschäftigten wurde im Jahresvergleich in beiden Regionen weiterhin ein Beschäftigungsaufbau gemeldet.

Alle Bundesländer verzeichneten im Februar 2015 gegenüber dem Vorjahresmonat einen Beschäftigungszuwachs bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern, der in Berlin am stärksten (+ 3,2 %) und in Sachsen-Anhalt und Thüringen am schwächsten ausfiel (+ 0,4 %). In Hessen stieg die Beschäftigung um 2,0 %. Der hessische Anstieg lag damit geringfügig über dem Durchschnitt aller Länder (+ 1,8 %). Neben dem Spitzenreiter Berlin hatten nur noch Baden-Württemberg und Bayern eine stärkere Zunahme an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen als Hessen.

- 1) Angaben zu der unterjährigen regionalen Entwicklung der Erwerbstätigen können wegen der Einführung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Rechnungen (ESVG 2010) zurzeit noch nicht gemacht werden bzw. lagen bis Redaktionsschluss noch nicht vor. Voraussichtlich Mitte Juni dieses Jahres werden erstmals diese Ergebnisse zur Verfügung stehen.
- 2) Ergebnisse für den März 2015 liegen erst Ende Mai vor.
- 3) Ergebnisse nach Bundesländern stehen erst nach einer Wartezeit von ca. 6 Monaten zur Verfügung.

	Arbeits	markt in Hessen r	nach Quartalen ¹⁾			
	Maß-		20	14		2015
Art der Angabe	bzw. Mengen- einheit	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj. ²⁾
		Erwerbstätig	je			
Erwerbstätige (Inland) in sgesamt	1000					
Zu- bzw. Abnahme (–) der Erwerbstätigenzahlen gegenüber dem Vorjahresquartal	%					
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ³⁾	1000	2 338,9	2 355,7	2 375,1	2 402,8	2 384,7
		Arbeitslose				
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	191 815	184 286	186 337	175 073	187 534
und zwar Männer	п	104 462	98 292	97 572	92 203	101 972
Frauen	ıı	87 353	85 994	88 764	82 870	85 562
in der Altersgruppe von Jahren 15 bis unter 25	II	18 114	16 779	19 770	15 511	17 244
dar. 15 bis unter 20	н	3 316	3 033	3 956	3 116	3 180
50 oder älter	11	59 559	58 267	57 435	55 630	59 099
dar. 55 oder älter	п	36 111	35 775	35 387	34 290	35 964
Ausländer	п	52 293	51 615	52 036	51 153	55 047
im Rechtskreis III	п	68 771	61 717	63 208	56 519	64 916
im Rechtskreis II	11	123 043	122 569	123 129	118 554	122 618
Zu- bzw. Abnahme (–) der Arbeitslosenzahlen gegenüber dem Vorjahresquartal	%	0,1	- 1,3	- 0,3	- 1,2	- 2,2
Arbeitslosenquote ⁴⁾ i n s g e s a m t	п	6,0	5,7	5,8	5,4	5,8
und zwar Männer	и	6,2	5,7	5,7	5,4	5,9
Frauen	п	5,8	5,7	5,9	5,5	5,6
in der Altersgruppe von Jahren 15 bis unter 25	н	5,5	5,2	6,1	4,8	5,3
dar. 15 bis unter 20	n	3,8	3,5	4,7	3,7	3,8
50 oder älter	п	6,5	6,1	5,9	5,7	6,1
dar. 55 oder älter	н	7,0	6,7	6,5	6,3	6,6
Ausländer	н	13,6	13,1	13,0	12,8	13,8
Deutsche	II	5,0	4,7	4,7	4,3	4,7
		Gemeldete Ste	llen			
Gemeldete Stellen (Bestand) ⁵⁾	Anzahl	32 995	34 543	37 687	37 712	38 482
		Kurzarbeit				
Kurzarbeiter ⁶⁾	н	10 338	4 281	3 009		

¹⁾ Durchschnittswerte des Quartals. – 2) Februar 2015; sozialversicherungspflichtig Beschäftigte vorläufig und hochgerechnet (Quelle BA). – 3) Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen. – 4) Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. – 5) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 6) Daten liegen erst 5 Monate nach den Quartalsergebnissen vor.

Insgesamt wurden in Hessen im Februar 2015 2,385 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nachgewiesen, das waren knapp 46 900 mehr als im Vorjahresmonat. Nach Branchen zeigen sich im Vorjahresvergleich in Hessen überwiegend Anstiege. Die größten absoluten Zuwächse verzeichnete der Bereich "Immobili-

en, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen" (+ 8300). Es folgten die Bereiche "Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kraftfahrzeugen", "Verkehr und Lagerei", "Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen einschl. Arbeitnehmerüberlassung" (Zeitarbeit), "Gastbewerbe", "Heime und Sozialwesen", "Ge-

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung sowie "Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder".

sundheitswesen" und "Verarbeitendes Gewerbe". Einen leichten Rückgang gab es im Bereich "Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung". Insgesamt entstanden in den Dienstleistungsbereichen im Vergleich zum Vorjahr 42 200 neue Arbeitsplätze, das waren 2,4 % mehr als im Vorjahr oder fast 90 % des gesamten Zuwachses.

Die Arbeitslosigkeit in Hessen ging nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Berichtsquartal im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum im Durchschnitt um 2,2 % oder knapp 4300 Personen auf 187 500 zurück. Dies ist seit dem zweiten Quartal 2014 im Jahresvergleich der vierte Rückgang in Folge. Dem moderaten Abbau der Arbeitslosigkeit stand ein starker Beschäftigungsaufbau gegenüber. Die Ausweitung der Beschäftigung wurde überwiegend aus einer Erhöhung des Erwerbspersonenpotenzials (= Zuwanderung und stille Reserve) gespeist.

Gegenüber dem Vorquartal erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen um 7,1 % oder 12 500 Personen. Der Anstieg der Arbeitslosenzahl im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal ist üblich, allerdings liegt die Zunahme merklich unter den entsprechenden Vorjahreswerten. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich im Berichtsquartal im Vergleich zum Vorquartal bei allen Personengruppen, besonders stark bei den Männern, die traditionell überproportional in den Außenberufen beschäftigt sind.

Im Bundesgebiet insgesamt und auch in den Gebieten der neuen und alten Länder (jeweils insgesamt) sank ebenfalls die Zahl der Arbeitslosen im Berichtsquartal gegenüber dem Vorjahresquartal. In den neuen Ländern war der Rückgang mit 6,6 % wie schon in den Vorquartalen deutlich stärker als im Gebiet der alten Länder (- 2,5 %). In dem Gebiet der alten Länder verzeichneten 9 der 10 Länder einen Rückgang der Arbeitslosenzahl, der in Schleswig-Holstein mit 4,8 % am stärksten ausfiel. Einen Anstieg verzeichneten nur Bremen. Alle neuen Länder verzeichneten eine Abnahme der Arbeitslosigkeit. Bundesweit gab es einen Rückgang von 3,7 %.

Die Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen belief sich in Hessen im ersten

Quartal 2015 auf 5,8 % und lag damit 0,2 Prozentpunkte unter der im vergleichbaren Vorjahresquartal. Die hessische Arbeitslosenquote war wiederum günstiger als die des Bundesgebietes und auch die der alten Länder. Im Länderranking konnte Hessen seinen vierten Platz hinter Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz behaupten.



© momius - Fotolia.co

Nach den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) lag die Erwerbslosenquote für Deutschland zum Ende des ersten Quartals bei 4,7 %⁴). Von den Mitgliedstaaten verzeichneten Deutschland, das Vereinigte Königreich und Österreich die niedrigsten Quoten. Die höchsten Quoten registrierten Griechenland (25,7 %) und Spanien (23,0 %). In der EU28 lag die Arbeitslosenquote bei 9,8 %, im Euroraum lag sie bei 11,3 %. Die umgerechnete hessische Quote lag bei 4,5 %.

Nach Schätzung von Eurostat waren im März 2015 in der EU28 insgesamt 23,75 Mill. Personen arbeitslos, davon 18,11 Mill. im Euroraum. Gegenüber März 2014 fiel die Zahl der Arbeitslosen in der EU28 um 1,5 Mill. oder 6,0 % und im Euroraum um 679 000 oder 3,6 %.

Weiterhin gravierend sind die Unterschiede bei der Jugendarbeitslosigkeit. Während die in Hessen harmonisierte und vergleichbare Arbeitslosenquote bei 6,9 % lag, betrug sie in der EU28 20,9 % und im Euroraum 22,7 %. Die niedrigsten Quoten meldeten zum Quartalsende Deutschland (7,2 %), Österreich (10,5 %) sowie Dänemark und die Niederlande (jeweils 10,8 %). Insgesamt

⁴⁾ Quelle: Eurostat-Pressemitteilung Nr. 76/2015 vom 30. April 2015.

waren im März 2015 in der EU28 4,8 Mill. Personen unter 25 Jahren arbeitslos, davon 3,2 Mill. im Euroraum. Gegenüber März 2014 fiel deren Zahl in der EU28 um 9,8 % und im Euroraum um 7,9 %.

Von den 187 500 Arbeitslosen im ersten Quartal 2015 wurden in Hessen knapp zwei Drittel im Rechtskreis SGB II von einem Träger der Grundsicherung betreut. Im Vergleich zum Vorjahresquartal blieb die Arbeitslosenzahl nahezu unverändert (- 420 Personen), während sie im Rechtskreis SGB III (Arbeitslose im Versicherungssystem) um 5,6 % zurückging. Gegenüber



© JENS - Fotolia.com

dem Vorquartal gab es in beiden Rechtskreisen eine Zunahme, die im Rechtskreis SGB III mit rund 15 % deutlich stärker ausfiel als im SGB II.

Die Zahl der Personen, die länger als 12 Monate arbeitslos waren, verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 % auf 67 200 Personen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen lag bei 36,5 %, bundesweit betrug er 35,8 %. Die höchsten Anteile meldeten Nordrhein-Westfalen, Bremen und Brandenburg, die niedrigsten Anteile hatten Bayern, Hamburg und Baden-Württemberg. Die Spannweite in den Ländern reichte von 23,5 (Bayern) bis 42,8 % (Nordrhein-Westfalen).

Die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen blieb auch im ersten Quartal weiterhin aufwärtsgerichtet. Der Bestand offener Stellen bei den hessischen Agenturen für Arbeit lag mit fast 38 500 um 16,6 % über dem Bestand im Vorjahresquartal. Bundesweit betrug der Anstieg 14,1 %. Gegenüber dem Vorquartal erhöhte sich der Bestand in Hessen um 2,0 % und in Deutschland um 1,1 %.

Von den offenen Stellen in Hessen waren fast 89,0 % sofort zu besetzen und knapp 96 % entfielen auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Fast 40 % der offenen Stellen waren in den 5 kreisfreien Städten zu finden. Die durchschnittliche Vakanzzeit verringerte sich in Hessen um 5 auf 90 Tage.

Fast 39 % aller gemeldeten offenen Stellen entfielen auf den Wirtschaftsbereich "Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen" und hier insbesondere auf die Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit). Weiterhin viele offene Stellen gab es in den Bereichen "Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen", "Gesundheits- und Sozialwesen", "Verarbeitendes Gewerbe" und "Verkehr und Gastgewerbe". Nach der Gliederung in Berufsbereiche entfielen die meisten offenen Stellen auf die Rohstoffgewinnung, Fertigung und Produktion, gefolgt von den Bereichen "Verkehr, Logistik, Schutz und Sicherheit", "Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung" sowie "Handel, Vertrieb und Tourismus".

Zahl der Unternehmensinsolvenzen gestiegen

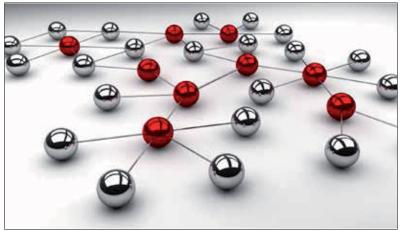
Von Januar bis März 2015 haben die hessischen Amtsgerichte über 398 Anträge auf Insolvenz von Unternehmen entschieden. Das sind gut 13 % mehr als im vorherigen Quartal und gut 6 % mehr als im ersten Quartal 2014. Der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Anträge entsprach im ersten Quartal 2015 mit gut 34 % dem Niveau des Jahres 2014. Die voraussichtlichen offenen Forderungen der Gläubiger bezifferten die Gerichte für das erste Quartal 2015 auf insgesamt 384 Mill. Euro. Dies entspricht 965 000 Euro je beantragter Insolvenz. Im Durchschnitt des Jahres 2014 war dieser Wert mit 623 000 Euro merklich niedriger, im Jahr 2013 mit fast 1,5 Mill. Euro deutlich höher. Von der Insolvenz ihres Arbeitgebers waren im ersten Quartal 2015 insgesamt 1690 Beschäftigte betroffen, mehr als im Durchschnitt der Quartale des Jahres 2014 (1370 Beschäftigte). Das zunehmende Volumen der offenen Forderungen und die überproportional steigende Beschäftigtenzahl deuten darauf hin, dass der Anteil größerer Unternehmen an den Insolvenzen zugenommen hat.

Die Entwicklung der Insolvenzzahlen verlief in den einzelnen Branchen recht unterschiedlich. Ein besonders deutlicher Anstieg ist im Verarbeitenden Gewerbe (+65%) zu beobachten. Allerdings war in diesem Bereich die Zahl der Insolvenzen in den Jahren nach dem Krisenjahr 2009 auf ein außerordentlich niedriges Niveau gefallen. Insgesamt beantragten 33 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im ersten Quartal 2015 Insolvenz. Aufgrund der geringen absoluten Fallzahlen sind auch die folgenden prozentualen Änderungen vorsichtig zu interpretieren. Deutliche Steigerungen gab es auch in den Bereichen "Finanz- und Versicherungsdienstleistungen" (+ 58 %) sowie "Grundstücksund Wohnungswesen" (+ 27 %). Ebenfalls mehr Insolvenzanträge wurden in den Bereichen "Information und Kommunikation" (+ 15 %) sowie "Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen" (+ 13 %) gestellt. Dagegen ging die Zahl der Insolvenzanträge im Bereich "Verkehr und Lagerei" (- 37 %) sowie im Baugewerbe (-9%) und im Gastgewerbe (-7%) zurück.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag im ersten Quartal 2015 mit 1187 Fällen um fast 3 % unter dem Ergebnis des vorherigen Quartals und knapp 16 % niedriger als im ersten Quartal 2014. Damit ist die Zahl der Verbraucherinsolvenzen das dritte Quartal in Folge gesunken, nachdem es in den beiden ersten Quartalen des Jahres 2014 einen vorübergehenden Anstieg gegeben hatte. Die voraussichtlichen Forderungen je Verbraucherinsolvenz lagen im ersten Quartal 2015 mit 53 100 Euro unter dem Niveau des Jahres 2014 (58 100 Euro).

Bei den Insolvenzen der ehemals selbstständig Tätigen wird unterschieden zwischen Personen, die aufgrund nicht überschaubarer Vermögensverhältnisse (mehr als 19 Gläubiger oder Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen) wie Unternehmen das Regelinsolvenzverfahren durchlaufen und Personen mit überschaubaren Vermögensverhältnissen, auf die das vereinfachte Verfahren wie für Verbraucher angewendet wird.

Die Zahl der Regelinsolvenzverfahren ehemals selbstständig Tätiger lag im ersten Quartal 2015 mit 359 Fällen gut 7 % über dem Wert des vorherigen Quartals und knapp 2 % niedriger als im entsprechenden Vorjahresquartal. Die voraussichtlichen Forderungen je Regelinsolvenz



© Jürgen Priewe - Fotolia.com

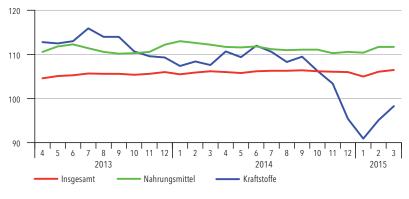
ehemals Selbstständiger lagen im ersten Quartal 2015 mit 249 000 Euro merklich über dem Niveau des Jahres 2014 (171 000 Euro).

Die Anträge auf ein vereinfachtes Verfahren ehemals Selbstständiger stiegen mit 203 Fällen im ersten Quartal 2015 gegenüber dem Vorquartal um gut 10 % und gegenüber dem ersten Quartal 2014 um fast 32 %. Die voraussichtlichen Forderungen je Verfahren lagen mit 190 000 Euro deutlich über dem Niveau des Jahres 2014 (122 000 Euro).

Inflationsrate weiter gesunken

Der Verbraucherpreisindex lag im ersten Quartal 2015 genau auf dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums. Im vierten Quartal 2014 hatte er 0,4 % über dem Niveau des vierten Quartals 2013 gelegen.

Verbraucherpreisindex1)



1) 2010 = 100.

Verbrauc	Verbraucherpreisindex in Hessen										
Aut day Angaha		20	14		2015						
Art der Angabe	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.						
2010 = 100											
Verbraucherpreisindex	105,9	106,0	106,3	106,1	105,9						
und zwar Nahrungsmittel	112,6	111,7	111,1	110,7	111,3						
Kleidung und Schuhe	102,6	104,8	102,2	107,0	103,5						
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	105,3	105,7	106,0	106,4	107,1						
Haushaltsenergie	120,0	120,0	119,5	116,7	113,8						
Verkehr	106,1	107,2	107,3	104,9	103,6						
Kraftstoffe	107,8	110,7	109,5	101,7	94,8						
Nachrichtenübermittlung	92,8	92,4	92,0	91,9	91,7						
Unterhaltungselektronik	78,1	77,9	75,5	74,9	74,5						
Zu- bzw. Abnahme (-) gege	enüber dem j	eweiligen Vo	orjahresquar	tal in %							
Verbraucherpreisindex	1,0	1,0	0,7	0,4	- 0,0						
und zwar Nahrungsmittel	2,6	0,1	0,4	- 0,3	- 1,2						
Kleidung und Schuhe	0,9	- 0,3	0,8	1,3	0,9						
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	1,6	1,6	1,4	1,6	1,7						
Haushaltsenergie	- 0,3	0,7	- 0,7	-2,4	- 5,2						
Verkehr	- 0,7	0,4	- 0,2	- 1,2	- 2,4						
Kraftstoffe	- 5,1	- 1,9	- 4,5	- 7,5	- 12,1						
Nachrichtenübermittlung	- 1,1	- 1,5	- 1,4	- 1,0	- 1,2						
Unterhaltungselektronik	- 5,6	- 3,9	- 5,6	- 5,1	- 4,6						

Der erneute Rückgang ist vor allem durch weiter sinkende Preise für Energie, darunter insbesondere für Mineralölprodukte, verursacht. Aber auch die Preise für Nahrungsmittel sanken merklich. Im Januar 2015 ging die Inflationsrate auf – 0,5 % zurück, den niedrigsten Wert seit über 5 Jahren (September 2009: – 1,2 %). Im Februar stieg die Inflationsrate auf 0,2 % und im März auf 0,3 %. Ohne Energie gerechnet lag die durchschnittliche Inflationsrate im ersten Quartal 2015 bei 1,0 %. In den 3 Quartal zuvor hatte sie mit jeweils 1,1 % leicht darüber gelegen.

Der Preisindex für Haushaltsenergie (Strom, Heizöl, Gas, feste Brennstoffe, Zentralheizung und Fernwärme) lag im ersten Quartal 2015 um 5,2 % unter dem Wert des vergleichbaren Vorjahresquartals. Alle Energieträger wurden billiger, aber in sehr unterschiedlichem Ausmaß: Heizöl (- 24,0 %), Kraftstoffe (- 12,1 %), Gas (- 1,5 %) und Strom (- 0,6 %).

Die Jahresteuerungsrate von Nahrungsmitteln sank im ersten Quartal 2015 weiter auf – 1,2 %, nachdem sie schon im vierten Quartal negativ (– 0,3 %) geworden war. Deutliche Unterschiede bestanden zwischen der Jahresteuerung der einzelnen Produkte. Weniger zahlten die Verbraucher für Speisefette und -öle (– 6,4 %), Gemüse (– 4,0 %), Molkereiprodukte und Eier (– 3,1 %), Obst (– 2,7 %), Fleisch und Fleischwaren (– 0,9 %) sowie Fisch. Brot- und Getreideerzeugnisse (+ 1,6 %) verteuerten sich binnen Jahresfrist.

Die Preise für Kleidung und Schuhe lagen im ersten Quartal 2015 um 0,9 % über dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Für Leistungen der Nachrichtenübermittlung (-1,2 % gegenüber dem ersten Quartal 2014) und für Unterhaltungselektronik (- 4,6 %) setzte sich der Trend sinkender Preise weiter fort. Deutliche Preissenkungen wurden für USB-Sticks und Speicherkarten (-16,5%), Fernsehgeräte (- 14,8 %), SAT-Anlagen (- 12,8 %), sowie Notebooks einschl. Tablets (- 10,7 %) beobachtet. Allerdings gab es auch in diesem Bereich Produkte, die teurer wurden, z. B. Tintenstrahldrucker (+ 0,9 %) und, nach einer langen Phase deutlich sinkender Preise, erstmals auch Digitalkameras (+ 0,4 %). Ebenfalls uneinheitlich verlief die Entwicklung bei den anderen Gebrauchsgütern im Haushalt. Glaswaren und Geschirr (+ 1,8 %) verteuerten sich im ersten Quartal 2015 gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres. Die Preise für Haushaltsgeräte (-2,9%), für Heimtextilien (-1,8%) sowie für Möbel und Einrichtungsgegenstände (- 0,9 %) sanken binnen Jahresfrist.

Dienstleistungen (ohne Mieten) wurden für private Haushalte durchschnittlich 1,2 % teurer. Darunter stiegen insbesondere die Preise für Taxifahrten (+ 4,3 %), Flugtickets (+ 3,9 %), Beherbergungsdienstleistungen (+ 3,6 %), Wartung und Reparatur von Fahrzeugen (+ 3,0 %) sowie Verbundfahrkarten (+ 2,9 %). Die Jahresteuerungsrate für Wohnungsmieten lag bei 1,7 %.

Jahresrückblick

Hauptdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 2014

Der Jahresrückblick 2014 stellt die wichtigsten Ergebnisse und Trends des vergangenen Jahres zur Wirtschafts-, Arbeitsmarktund Bevölkerungsentwicklung in kompakter Form dar. Der Rückblick ist in die 3 Hauptabschnitte "Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt", "Wirtschaftsbereiche" sowie "Bevölkerung" gegliedert. Die aufgeführten Angaben umfassen i. d. R. den kompletten Zeitraum von Januar bis Dezember 2014. Im Bereich "Bevölkerung" werden anhand der für den Zeitraum Januar bis November 2014 vorliegenden Ergebnisse über die Wanderungen bzw. die Geborenen und Gestorbenen geschätzte Werte für das Jahr nachgewiesen.

Kernaussagen zur Entwicklung im Jahr 2014

Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

- Bruttoinlandsprodukt (BIP): Das hessische BIP wuchs im Jahr 2014 preisbereinigt um 1,4 % gegenüber 2013 (Deutschland: + 1,6 %).
- Erwerbstätigkeit: Der Arbeitsmarkt zeigte sich 2014 weiterhin stabil. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit war merklich stärker als im Vorjahr, aber relativ und absolut so hoch wie 2012. Die Zahl der Erwerbstätigen in Hessen stieg 2014 gegenüber dem Vorjahr um 36 700 bzw. 1,1 % auf jahresdurchschnittlich 3,31 Mill. Die positive Entwicklung ist hauptsächlich auf eine Zunahme der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückzuführen. Der größte absolute Zuwachs 2014 gegenüber 2013 war im Dienstleistungsbereich zu beobachten. Hier entstanden fast 32 200 neue Arbeitsplätze.
- *Arbeitsmarkt*: Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich im Jahr 2014 leicht. Im Jahresdurchschnitt waren in Hessen 184 400 Personen arbeitslos gemeldet; das waren 1200 bzw. 0,7 % weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 5,7 % (2013: 5,8 %).
- *Außenhandel*: Mit 58,5 Mrd. Euro im Jahr 2014 war der Wert der Ausfuhren um 2,7 % höher als im Vorjahr. Bei der Einfuhr wurde ein Wachstum von 2,3 % auf 80,7 Mrd. Euro erzielt.

- *Verbraucherpreisindex*: Im Durchschnitt des Jahres 2014 lag der Verbraucherpreisindex in Hessen nur 0,8 % über dem Vorjahreswert; 2013 betrug die durchschnittliche Inflationsrate noch 1,3 %. Der Rückgang im Jahr 2014 ist vor allem auf deutlich schwächer steigende Nahrungsmittel- und Strompreise zurückzuführen. Auch eine Verbilligung der Mineralölprodukte dämpfte die Inflationsrate.
- Verdienste: Der Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer lag 2014 bei durchschnittlich 3889 Euro; das war gegenüber 2013 eine Steigerung von 2,3 %.



© arahan - Fotolia.com

- Insolvenzen: Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen verringerte sich 2014 gegenüber dem Vorjahr deutlich um gut 10 % auf 1492 Fälle. Der stärkste Rückgang der Unternehmensinsolvenzen war im Bereich "Finanz- und Versicherungsdienstleistungen" (- 42 %) zu beobachten. Die Zahl der neu beantragten Verbraucherinsolvenzen lag im Jahr 2014 mit 5341 gut 2 % unter derjenigen des Vorjahres.

Wirtschaftsbereiche

- Verarbeitendes Gewerbe: Der Umsatz des hessischen Verarbeitenden Gewerbes übertraf mit knapp 105,5 Mrd. Euro das Vorjahresniveau um 1,6 %. Dabei entfiel der zusätzliche Umsatz zu in etwa gleichen Teilen auf die Auslands- und Inlandsnachfrage. Die Zahl der Beschäftigten (knapp 360 300) lag 1,1 % über dem Vorjahresniveau. Im Jahresdurchschnitt 2014 gab es bei den preisbereinigten Auftragseingängen ein Plus von 0,8 % gegenüber 2013.



- Bauhauptgewerbe: Der stetige Aufwärtstrend im Bauhauptgewerbe über 4 Jahre konnte 2014 nicht fortgesetzt werden. Die Umsätze konnten zwar leicht um 0,6 % auf 6,7 Mrd. Euro gesteigert werden, jedoch blieb die Beschäftigtenzahl 1,0 % unter dem Niveau des Vorjahres. Die Auftragseingänge verzeichneten ein Minus von 3,5 %.
- Bautätigkeit: Die hessischen Bauaufsichtsbehörden gaben im Jahr 2014 für die Errichtung neuer Gebäude und für Umbaumaßnahmen im Wohn- und Nichtwohnbau insgesamt 4,82 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Das entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 80 000 m² bzw. 1,6 %.
- Einzelhandel: Der hessische Einzelhandel verbuchte bei den realen Umsätzen im Jahr 2014

- ein Plus von 0,7 %. Die Gesamtzahl der Beschäftigten stieg weiter an, und zwar im Durchschnitt des Jahres 2014 um 1,1 %.
- Großhandel: Sowohl die nominalen als auch die realen Umsätze stiegen 2014 (+ 0,9 bzw. + 1,6 % gegenüber dem Vorjahr). Ebenfalls erhöhte sich die Zahl der Arbeitsplätze um 1,2 %.
- Gastgewerbe: Die realen Umsätze im hessischen Gastgewerbe stiegen 2014 gegenüber dem Vorjahr um 1,2 %. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 2,0 % zu, was insbesondere an einer weiteren Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung (+ 3,0 %) lag. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten veränderte sich nur geringfügig (+ 0,7 %).
- Tourismus: Die hessischen Beherbergungsbetriebe (mit 10 oder mehr Betten) sowie die Campingplätze (ohne Dauercamping) erzielten ein Rekordergebnis und wurden im Jahr 2014 von 13,7 Mill. Gästen aufgesucht. Diese buchten 31,2 Mill. Übernachtungen; das war der höchste Wert seit 1993. Es gab 3,5 % mehr Gäste und 2,8 % mehr Übernachtungen als im Vorjahr.
- Verkehr: 2014 ereigneten sich auf hessischen Straßen 21 220 Verkehrsunfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber 2013 von 3,4 %.
- Landwirtschaft: Im Jahr 2014 wurden insgesamt 16 900 Betriebe ermittelt, die 768 000 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche bewirtschafteten. Der Getreideanbau blieb gegenüber dem Vorjahr mit 300 000 ha nahezu konstant.
- Bevölkerung: 2014 ist von einer Zunahme der Bevölkerungszahl gegenüber 2013 von gut 47 000 bzw. 0,8 % auf rund 6,093 Mill. Einwohner auszugehen. Maßgeblich hierfür waren erneut Wanderungsgewinne (+ 51 200), vor allem gegenüber dem Ausland. Dem stand ein im Vergleich zum Vorjahr gesunkenes Geburtendefizit (6400 weniger Geborene als Gestorbene) gegenüber.

Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

Hessische Wirtschaft wächst 2014 um 1,4 %

Das hessische Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Summe aller hier produzierten Waren und Dienstleistungen, wuchs 2014 um 1,4 % gegenüber dem Vorjahr. Dies geht aus ersten, noch vorläufigen Berechnungen hervor, die der Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", dem auch das Hessische Statistische Landesamt angehört, vorlegte. Damit entwickelte sich die Wirtschaft hierzulande fast so kräftig wie im Bund (+ 1,6 %). Nominal, d. h. ohne Preisbereinigung, wuchs das BIP um 3,2 % (Deutschland: + 3,4 %) auf gut 250 Mrd. Euro. Dies entsprach einem Anteil von 8,6 % am deutschen BIP.

Nicht nur gesamtwirtschaftlich haben sich Hessen und der Bund ähnlich entwickelt. Auch das Wachstum der Wirtschaftsbereiche ähnelte sich. Die folgenden Aussagen beziehen sich auf die preisbereinigte Bruttowertschöpfung. Das Produzierende Gewerbe legte um 1,5 % zu (Deutschland: 1,7 %). Den wichtigsten Beitrag dazu lieferte das Verarbeitende Gewerbe, das mit 2,2 % (Deutschland: + 2,2 %) das stärkste Wachstum seit 2011 aufwies. Mit einem Plus von 1,2 % blieben die Dienstleistungsbereiche deutlich hinter diesen Raten zurück (Deutschland: + 1,3 %).

Das BIP im Jahr 2014 wurde von 3,3 Mill. Erwerbstätigen erwirtschaftet, die in Hessen ihren Arbeitsplatz hatten. Das waren 1,1 % mehr als im Vorjahr (Deutschland: + 0,9 %). Somit waren die Zuwächse beim Arbeitseinsatz etwas geringer als beim BIP und die Arbeitsproduktivität, das preisbereinigte BIP je Erwerbstätigen, stieg um 0,3 % (Deutschland: + 0,7 %). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden stieg jedoch um 1,7 %, also stärker als das BIP. In der Folge sank die stundenbezogene Arbeitsproduktivität um 0,3 % (Deutschland: + 0,1 %).

Jede erwerbstätige Person erwirtschaftete 2014 einen Anteil von 75 700 Euro am hessischen BIP. Das waren 11 % mehr als im Bundesmittel (68 100 Euro) und der Spitzenwert unter den Flächenländern. Dieser hohe Wert ist wesentlich durch die Wirtschaftsstruktur Hessens begründet.

Die Berechnungen beruhen zu diesem Zeitpunkt auf einer noch unvollständigen Datenbasis. Bei den turnusmäßigen Überarbeitungen der Ergebnisse wird diese Datenbasis sukzessive ausgeweitet. Wie immer zu diesem Zeit-

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung und weitere Wirtschaftsindikatoren in Hessen und Deutschland 2014

Gegenstand der Nachweisung	Hessen	Deutschland								
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorja	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr in %									
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	1,4	1,6								
Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	2,3	5,8								
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1,2	1,4								
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	2,2	2,2								
Baugewerbe	3,1	3,7								
Handel, Verkehr, Gastgewerbe; Information und Kommunikation	1,6	1,6								
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen	1,3	1,4								
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	0,8	1,1								
Alle Wirtschaftsbereiche	1,3	1,5								
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)										
je Erwerbstätigen	0,3	0,7								
je Erwerbstätigenstunde	- 0,3	0,1								
Absolute Zahlen										
Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen; Mrd. Euro)	250,5	2 903,8								
je Erwerbstätigen (Euro)	75 708	68 081								
je Erwerbstätigenstunde (Euro)	55,19	49,66								

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", Statistisches Bundesamt. Vorläufige Werte. Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2015.

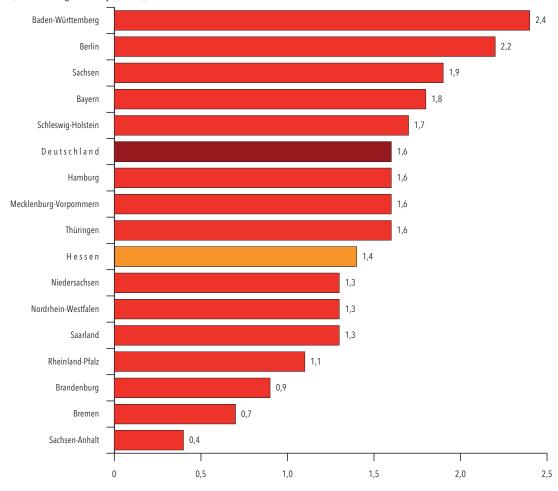
punkt wurden auch die Ergebnisse der Vorjahre überarbeitet. Gegenüber dem üblichen Berechnungsrhythmus beschränkte sich die Überarbeitung nicht auf 4 Jahre. Aufgrund der europaweiten Einführung neuer Regeln und Konzepte für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurden jetzt neue Ergebnisse für die Jahre ab 2000 vorgelegt. Aktualisierte Daten werden gemeinsam mit den ersten Ergebnissen für das Jahr 2015 Ende März 2016 veröffentlicht. Er-



© pressmaster - Fotolia.co

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 201

(Veränderung zum Vorjahr in %)



Quellen: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", Statistisches Bundesamt. Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2015. Vorläufige Ergebnisse.

gebnisse zum ersten Halbjahr 2015 erscheinen Ende September 2015. Informationen zu Terminen und Hintergründen finden Sie unter www. vgrdl.de.

Arbeitsmarkt 2014 weiterhin stabil

Das Jahr 2014 startete im ersten Quartal in Deutschland mit einem furiosen Wachstum. Grund hierfür war der untypische milde Winter, sodass die witterungsabhängigen Arbeiten ohne die sonst übliche Winterpause weitergeführt werden konnten. Im zweiten und dritten Quartal 2014 war die Entwicklung deutlich moderater, und im vierten Quartal nahm die wirtschaftliche Entwicklung überraschend wieder an Fahrt auf. Die Ursachen hierfür können in der geopolitischen Lage, in dem Konflikt EU mit Russland wegen der Ukraine und in den Krisenherden im Mittleren Osten liegen. Auch die ver-

haltene wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone und in der übrigen Welt war hierfür ursächlich. Weiterhin gab es 2014 Sondereffekte, die die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussten: der Ölpreis, der Wechselkurs Euro zum Dollar und die Inflation erreichten Tiefststände. Die Einführung der vorgezogenen Rente mit 63 und die Verabschiedung des Gesetzes zur Einführung des Mindestlohnes führten in der Öffentlichkeit zu erheblichen Diskussionen über deren Einfluss auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Nach vorläufigen Berechnungen stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2014 gegenüber 2013 um 1,6 und in Hessen um 1,4 %. Im Vorjahr war in Hessen die entsprechende Wachstumsrate nur halb so hoch. Der Arbeitsmarkt blieb in Hessen 2014 weiterhin stabil. Die Erwerbstätigkeit in Deutschland und speziell die in Hessen nahmen weiter zu und erreichten neue historische Höchststände. Die hohen Beschäftigungsstände waren ein wichtiger Baustein für die gute Binnennachfrage. Die Arbeitslosenzahl sowie die Unterbeschäftigung nahmen ab. Die Zahl der offenen Stellen blieb auch 2014 auf einem hohen Niveau.

Zahl der Erwerbstätigen erreicht einen neuen Höchststand

Im vergangenen Jahr sind so viele Menschen in Hessen einer Arbeit nachgegangen, wie nie zuvor. Nach neuen überarbeiteten Berechnungen des Arbeitskreises "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder" (AK ETR), gab es im Jahresdurchschnitt 3,31 Mill. Erwerbstätige. Das sind über 36 700 Personen oder 1,1 % mehr als 2013. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit war im Jahr 2014 merklich stärker wie im Vorjahr (2013: + 13 810 oder + 0,4 %), aber relativ und absolut so hoch wie 2012. Das ist seit dem Jahr 2006 der neunte Anstieg in Folge. Die Zunahme der Erwerbstätigenzahl liegt auch deutlich über dem langjährigen Mittel (jahresdurchschnittlicher Zuwachs 2000 bis 2013: + 11 900).

Die relative Zunahme der Erwerbstätigen von 1,1 % in Hessen lag 2014 über der gesamtdeutschen Entwicklung sowie über der Entwicklung in den alten Bundesländern ohne Berlin (jeweils + 0,9 %). Im Jahr davor war die relative Entwicklung der Erwerbstätigen in Hessen im Vergleich zu Deutschland insgesamt und auch im Vergleich zu den alten Ländern (ohne Berlin) umgekehrt.

Die Erwerbstätigen setzen sich aus mehreren Teilgruppen zusammen. Die größte Gruppe ist die der Arbeitnehmer, zu der auch die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gehören (Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt: 71 %, Vorjahr 70 %). Wie schon im Vorjahr trugen die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten maßgeblich zum Beschäftigungsaufbau 2014 im Vergleich zum Vorjahr bei. Die Gruppe der marginal Beschäftigten insgesamt (hierzu zählen die ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten, kurzfristig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten) leistete im Berichtsjahr erstmals nach 4 Jahren negativer Entwicklung wieder einen positiven Beitrag zur Gesamtentwicklung. Allerdings war die Entwicklung in die-

Erwerbstätige am Arbeitsort in Hessen 2014 nach Wirtschaftsbereichen									
NG. 1 61		Hessen		Deutsch- land					
Wirtschaftsbereich	Anzahl	Zunahm	e gegenüb	er 2013					
	10	00	9	6					
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	30,9	0,6	1,9	1,5					
Produzierendes Gewerbe	716,2	3,9	0,6	0,4					
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	545,7	2,4	0,4	0,2					
dar. Verarbeitendes Gewerbe	508,9	2,3	0,5	0,4					
Baugewerbe	170,6	1,6	0,9	0,7					
Dienstleistungsbereiche	2 561,6	32,2	1,3	1,0					
Handel, Verkehr, Gastgewerbe; Information und Kommunikation	914,2	12,2	1,4	1,1					
Finanz, Versicherungs- und Unternehmens- dienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen	685,9	12,5	1.8	1,2					
Öffentliche und sonstige Dienstleister,	003,7	12,3	1,0	1,2					
Erziehung und Gesundheit	961,4	7,5	0,8	0,9					
Insgesamt	3 308,7	36,7	1,1	0,9					

Quelle: Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder"; Berechnungsstand: Februar 2015.

ser Gruppe unterschiedlich: Rückgänge gab es bei den Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobber) und bei den kurzfristig Beschäftigten. Die ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (Minijobber) meldeten dagegen im Jahresvergleich einen Zugang. Der Anteil der Gruppe der marginal Beschäftigten an allen Erwerbstätigen betrug 2014 rund 12,8 %, 2009 waren es noch knapp 14,0 %.

Die Gruppe der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr zum zweiten Mal in Folge einen Rückgang – unter anderem wegen der weiteren Rückführung der Förderungsmaßnahmen. Ihr Anteil an der Erwerbstätigenzahl insgesamt betrug nur noch 10,2 % (zum Vergleich: 2010 waren es 10,7 % und 2005 lag die Quote bei 11,1 %). Hessen lag damit im Durchschnitt der Bundesländer. Insgesamt übten 2014 in Hessen 337 100 Personen eine selbstständige Tätigkeit aus.

Den größten absoluten Zuwachs 2014 gegenüber 2013 verzeichnete der Dienstleistungsbereich insgesamt; dort arbeiteten mehr als drei Viertel aller hessischen Erwerbstätigen. Hier entstanden fast 32 200 neue Arbeitsplätze (+ 1,3 %). Im Jahr davor waren es noch 9900 neue Stellen (+ 0,4 %). Innerhalb des Dienstleistungsbereichs wiesen 2014 die Wirtschaftsbereiche "Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen" und "Handel, Verkehr, Gastgewerbe; Information und Kommunikation" von 12 500 (+ 1,8 %) bzw. von 12 200 Stellen (+ 1,4 %) auf. Der Bereich "Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit" erhöhte sich im Jahresvergleich um 7500 Stellen oder 0.8 %.

Das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe), das 2013 im Vergleich zum Vorjahr stagnierte, konnte im aktuellen Berichtsjahr die Beschäftigung um 2400 Personen oder 0,4 % ausweiten. Im Baugewerbe stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresvergleich um 0,9 %. In der Land- und Forstwirtschaft; Fischerei – in der nur noch knapp ein 1 % aller hessischen Erwerbstätigen arbeiteten – betrug die jahresdurchschnittliche Zunahme im Vergleich zum Vorjahr 1,9 %.

Arbeitsvolumen in Hessen: Erwerbstätige arbeiteten im Jahr 2014 über 4,5 Mrd. Stunden

Die Erwerbstätigen in Hessen arbeiteten im Jahr 2014 insgesamt rund 4,54 Mrd. Arbeitsstunden. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden nahm 2014 gegenüber 2013 um 75 Mill. oder 1,7 % zu (Deutschland: + 1,5 %). Einen solchen starken Zuwachs an Arbeitsstunden gab es letztmals 2011.



© Kurhan - Fotolia.com

Das Wachstum des Arbeitsvolumens in Hessen ist überwiegend auf die gestiegene Zahl der Erwerbstätigen zurückzuführen.

Einen Aufbau an geleisteten Arbeitsstunden gab es in allen Wirtschaftsbereichen: Starke Zuwächse meldete der Wirtschaftsbereich "Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstück- und Wohnungswesen" (+ 2,0 %); dicht dahinter folgten die Bereiche "Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation" und "Verarbeitendes Gewerbe" (jeweils + 1,8 %). Der Bereich "Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit", das Baugewerbe sowie die Land- und Forstwirtschaft; Fischerei meldeten ebenfalls Zunahmen an geleisteten Arbeitsstunden gegenüber 2013.

Die durchschnittlich geleistete Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen betrug im Jahr 2014 rund 1372 Stunden. Gegenüber dem Vorjahr war dies eine Zunahme von 8 Stunden oder 0,5 %. Selbstständige und mithelfende Familienangehörige arbeiteten 2014 durchschnittlich 1968, beschäftigte Arbeitnehmer 1304 Stunden. Im langfristigen Vergleich verringerte sich die durchschnittlich geleistete Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen. Gründe sind die zunehmende Teilzeitbeschäftigung und dass die Zahl der Erwerbstätigen stärker stieg als das geleistete Arbeitsvolumen insgesamt (Erwerbstätige 2014 im Vergleich zu 2008: + 4,5 %; Arbeitsvolumen 2014 im Vergleich zu 2008: + 1,5 %).

Die geleistete durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen differierte in den Wirtschaftsbereichen. In der Land- und Forstwirtschaft; Fischerei war sie mit 1664 Stunden je Erwerbstätigen am höchsten, in den Dienstleistungsbereichen insgesamt betrug sie, bedingt durch den hohen Anteil an nicht Vollzeitbeschäftigten, 1332 Stunden. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) wurden jahresdurchschnittlich 1462 Stunden je Erwerbstätigen geleistet, im Baugewerbe 1626 Stunden.

Zahl der Arbeitslosen 2014 leicht verringert

Die hessischen Arbeitslosenzahlen haben sich nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Durchschnitt des Jahres 2014 im Vergleich zum Vorjahr leicht verringert. Im Jahresdurchschnitt fiel die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen um

	Arbeitslose, offene Stellen und Kurzarbeiter ¹⁾ in Hessen													
				Arbeitslose					Arbo	eitslosenqu	ote ²⁾			
	Jahr	und zwar							und	zwar		Gemeldete	Kurz-	
	Monat	ins- gesamt	Männer	Frauen	Jugendl. (unter 20 J.)	Aus- länder	SGB II	ins- gesamt	Männer	Frauen	Jugendl. (unter 20 J.)	Aus- länder	Arbeits- stellen	arbeiter
2012 D		178 329	93 933	84 396	3 304	46 240	121 054	5,7	5,6	5,7	3,5	13,0	35 542	6 809
2013 D		185 612	99 137	86 475	3 359	49 204	121 268	5,8	5,9	5,8	3,7	13,1	34 164	7 643
2014 D		184 378	98 132	86 245	3 355	51 774	121 824	5,7	5,7	5,7	3,9	13,2	35 734	
2013	Oktober	177 937	93 311	84 626	3 278	48 384	118 953	5,6	5,5	5,6	3,7	12,6	35 134	4 465
	November	175 663	92 592	83 071	3 124	48 000	117 902	5,5	5,5	5,5	3,5	12,5	34 628	5 068
	Dezember	177 848	94 731	83 117	3 056	48 671	118 282	5,6	5,6	5,5	3,5	12,7	33 818	7 202
2014	Januar	192 729	104 935	87 794	3 246	52 153	123 006	6,0	6,2	5,9	3,7	13,6	32 269	10 586
20	Februar	192 994	105 513	87 481	3 381	52 490	122 975	6,0	6,2	5,8	3,8	13,7	32 968	11 034
	März	189 721	102 937	86 784	3 322	52 235	123 149	5,9	6,1	5,8	3,8	13,6	33 747	9 395
	April	186 051	99 770	86 281	3 110	51 645	122 587	5,8	5,9	5,8	3,5	13,5	34 356	4 466
	Mai	184 653	98 443	86 210	3 004	51 873	122 960	5,7	5,7	5,7	3,6	13,0	33 849	4 445
	Juni	182 154	96 664	85 490	2 985	51 328	122 159	5,6	5,6	5,6	3,5	12,9	35 424	3 933
	Juli	186 248	98 256	87 992	3 578	51 918	123 013	5,8	5,7	5,8	4,3	13,0	36 291	3 360
	August	190 105	99 180	90 925	4 471	52 626	124 540	5,9	5,8	6,0	5,3	13,2	37 896	2 617
	September	182 657	95 281	87 376	3 820	51 563	121 834	5,7	5,6	5,8	4,5	12,9	38 874	3 049
	Oktober	176 902	92 547	84 355	3 275	51 334	119 517	5,5	5,4	5,6	3,9	12,9	38 503	
	November	174 132	91 609	82 523	3 066	50 927	118 269	5,4	5,3	5,4	3,6	12,8	38 235	
	Dezember	174 185	92 453	81 732	3 007	51 197	117 876	5,4	5,4	5,4	3,6	12,8	36 398	
1) Basisv	verte der BA (Quel	le: Internet); S	tand: April 20	15. – 2) Arbei	tslose in % alle	er zivilen Erwe	erbspersonen.							

über 1200 oder 0,7 % auf 184 400 Personen. 2013 gab es noch einen Zugang bei der Arbeitslosenzahl im Vergleich zu 2012. Die Quote – bezogen auf alle Erwerbspersonen – war im Jahresdurchschnitt 2014 mit 5,7 % leicht geringer als im Vorjahr (5,8 %) und lag damit deutlich unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt.

Die Differenzierung der Arbeitslosen nach Rechtskreisen zeigt eine Abnahme im Rechtskreis SGB III um 1800 Personen oder 2,8 %. Die Zahl der Personen im Rechtskreis SGB II verharrte nahezu auf dem Vorjahresniveau. Durch den Rückgang der Personen im Rechtskreis SGB III verringerte sich der Anteil an den Arbeitslosen insgesamt, und zwar im Durchschnitt des Jahres 2014 um 0,7 Prozentpunkte auf knapp 34,0 %. Insgesamt wurden im Rechtskreis SGB III 62 560 Personen durch die hessischen Agenturen nachgewiesen.

In den Regionen meldeten von den 26 Landkreisen und kreisfreien Städten alle Kreise im Regierungsbezirk Gießen und im Regierungsbezirk

Kassel 2014 im Vergleich zum Vorjahr Rückgänge der Arbeitslosenzahlen. Im Regierungsbezirk Darmstadt verzeichneten alle kreisfreien Städte sowie 3 der 10 Landkreise Zuwächse.

Die Arbeitslosenquoten reichten in den Regionen von 3,5 % (Landkreis Fulda) bis 11,3 % (Stadt Offenbach am Main). Der Regierungsbezirk Darmstadt lag mit einer Quote von 5,8 % knapp über dem landesweiten Durchschnitt von 5,7 %. Die Arbeitslosenquoten in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel lagen unter dem Landeswert.

Ausblick

Der Arbeitsmarkt blieb von der konjunkturellen Entwicklung nicht unbeeinflusst. Der Arbeitsmarkt bewahrte aber insgesamt seine robuste Verfassung. Im Verlauf des vergangenen Jahres verstärkte sich der Beschäftigungsaufbau. Indikatoren deuten darauf hin, dass das Rekordniveau von 2014 bei der Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt des Jahres 2015 gehalten wer-



© PhotoSG - Fotolia.com

den und sogar noch leicht zunehmen könnte. Die zusätzlich entstehenden Stellen dürften auch 2015 überwiegend sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sein. Das IAB Hessen prognostiziert einen Zuwachs der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 37 000 Personen oder 1,6 %. Dagegen dürfte die marginale Beschäftigung abnehmen. Die Gruppe der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen wird sich gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich kaum verändern. Eine weitere Abnahme ist wahrscheinlich.

Der Beschäftigungsaufbau wird voraussichtlich durch eine weitere Nettozuwanderung und eine leicht zunehmende Erwerbsbeteiligung gestützt. Allerdings dürfte die Arbeitsdynamik im Laufe des Jahres durch steigende Löhne gedämpft werden. Eine Beurteilung der Auswirkungen der Rente mit 63 sowie eine Beurteilung des Mindestlohns im Hinblick auf die Beschäftigungsentwicklung sind aktuell noch nicht möglich Die Zahl der Erwerbstätigen könnte sich 2015 gegenüber 2014 um 0,7 % erhöhen, sodass sich die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Hessen im Jahresdurchschnitt 2015 um rund 24 000 Personen auf 3,33 Mill. erhöhen dürfte.

Die Zahl der Arbeitslosen wird nach einer Prognose des IAB Hessen im Jahr 2015 voraussichtlich um 2,1 % auf rund 181 000 Personen im Jahresdurchschnitt fallen.

Außenhandel

Hessens Wirtschaft exportierte im Jahr 2014 Waren im Wert von 58,5 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Ausfuhren um 2,7 %. Die Exporte in die Euro-Zone nahmen im Jahr 2014 gegenüber 2013 um 1,4 % zu und erreichten einen Wert von fast 21 Mrd. Euro. Hessens Ausfuhren in EU-Länder, die der Nicht-Eurozone angehören, legten um 8,0 % zu; der Wert lag bei 12,3 Mrd. Euro. Die meisten Ausfuhren in Länder außerhalb Europas wurden im Jahr 2014 nach Amerika getätigt, mit einem Wert von 9,4 Mrd. Euro (+ 12,3 % gegenüber dem Vorjahr). Die beiden wichtigsten Länder für den hessischen Export in Europa waren Frankreich und die Niederlande mit einem Anteil von 8,1 bzw. 5,8 %. In Amerika waren die USA mit einem Exportanteil von 12,4 % und Brasilien mit 0,9 % die wichtigsten Zielländer. Auf dem asiatischen Kontinent waren China und Japan mit Exportanteilen von 4,7 bzw. 1,8 % die wichtigsten Abnehmer für die hessischen Ausfuhren.

Rund 94 % der ausgeführten Waren stammten 2014 aus der gewerblichen Wirtschaft. Dominierend waren darunter Fertigwaren mit einem Anteilswert von gut 88 %. Die meisten Exporte unter den Fertigwaren umfassten chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, auf die 31,4 % der gesamten hessischen Exporte entfielen. Das Plus lag hier bei 11,8 %; dies waren auch die größten Exportgewinne unter den Fertigwaren. Deutliche Steigerungen gegenüber 2013 waren im Bereich "Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör" (+ 6,2 %) festzustellen.

Der Wert der *Einfuhren* lag im Jahr 2014 bei 80,7 Mrd. Euro; gegenüber dem Jahr 2013 ist dies ein Plus von 2,3 %.Die Einfuhren aus der Eurozone stiegen im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr leicht an und erreichten ein Volumen von 27,8 Mrd. Euro. Hessens Einfuhren aus Ländern der Europäischen Union, die nicht der Eurozone angehören, nahmen um 5,2 % zu; der Wert der eingeführten Waren lag bei 12,1 Mrd. Euro. Die meisten Einfuhren von außerhalb Europas kamen aus Asien: Der Wert lag im Jahr 2014 bei 18,3 Mrd. Euro und damit um 4,5 % höher als im Vorjahr. Wichtigste Importländer für Hessen waren in Europa Frankreich und die Niederlande

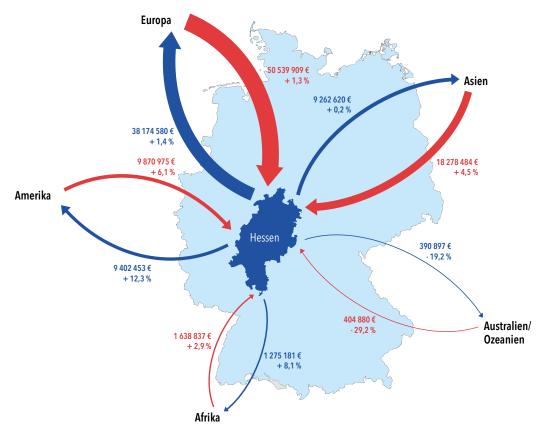
Aus- und Einfuhr Hessen	s 2014 nach Erdtei	ilen, Ländergruppε	n und ausgewählt	en Bestimmungs-	bzw. Ursprungslän	dern
		Ausfuhr			Einfuhr	
Erdteil Ländergruppe Land	Wert in Mill. Euro	Anteil am Insgesamt	Zu- bzw.Abnahme (-) gegenüber 2013	Wert in Mill. Euro	Anteil am Insgesamt	Zu- bzw.Abnahme (-) gegenüber 2013
		C	6		9	6
Europa	38 175	65,2	1,4	50 540	62,6	1,3
davon Eurozone	20 974	35,8	1,4	27 755	34,4	2,1
darunter Frankreich	4 762	8,1	5,5	5 954	7,4	5,9
Niederlande	3 369	5,8	- 3,2	5 571	6,9	- 4,6
Italien	3 121	5,3	0,1	3 967	4,9	4,4
Österreich	2 678	4,6	4,6	1 836	2,3	- 6,4
Belgien	2 241	3,8	- 6,5	4 311	5,3	2,4
Spanien	2 186	3,7	8,5	1 800	2,2	7,6
Finnland	395	0,7	9,3	319	0,4	4,3
Portugal Griechenland	355 213	0,6 0,4	3,0 - 5,1	543 123	0,7 0,2	11,1
Irland	275	0,4	- 3, 1 - 4,3	938	1,2	- 7,4 - 9,5
EU ohne Eurozone	12 256	20,9	8,0	12 109	15,0	5,2
darunter	12 200	20,,	0,0	12 107	10,0	3,2
Vereinigtes Königreich	4 623	7,9	11,2	3 330	4,1	- 3,4
Schweden	1 092	1,9	5,6	989	1,2	9,0
EFTA-Länder	2 237	3,8	- 5,9	4 824	6,0	- 8,2
dar. Schweiz	1 945	3,3	- 6,3	4 585	5,7	- 9,2
übrige Länder	2 708	4,6	- 17,3	5 852	7,2	- 1,7
dar. Türkei	962	1,6	- 15,6	872	1,1	-1,3
Afrika	1 275	2,2	8,1	1 639	2,0	2,9
davon Südafrika	637	1,1	16,4	1 297	1,6	8,5
übrige Länder	638	1,1	- 0,9	342	0,4	- 14,0
Amerika	9 402	16,1	12,3	9 871	12,2	6,1
davon NAFTA-Länder	8 205	14,0	15,6	9 260	11,5	4,7
dar. Vereinigte Staaten	7 272	12,4	17,6	8 249	10,2	5,4
MERCOSUR-Länder	783	1,3	- 12,4	466	0,6	62,2
dar. Brasilien	526	0,9	- 11,3	423	0,5	73,5
übrige Länder	414	0,7	7,5	145	0,2	- 16,2
Asien	9 263	15,8	0,2	18 278	22,6	4,5
davon ASEAN-Länder	1 063	1,8	4,9	4 080	5,1	- 2,8
darunter Singapur	358	0,6	16,6	476	0,6	10,4
Malaysia	178	0,3	- 2,6	705	0,9	1,8
übrige Länder	8 199	14,0	- 0,8	14 199	17,6	8,7
darunter China, Volksrepublik	2 770	4,7	5,5	7 398	9,2	13,3
Japan	1 039	1,8	- 4,3	2 865	3,5	4,5
Australien und Ozeanien	391	0,7	- 19,2	405	0,5	- 29,2
Insgesamt	58 511	100	2,7	80 733	100	2,3

Ausfuhr und Einfuhr Hessens 2014 nach Warengruppen und ausgewählten Warenuntergruppen

		Ausfuhr			Einfuhr		
Warengruppe Warenuntergruppe	Wert in Mill. Euro	Anteil am Insgesamt	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 2013	Wert in Mill. Euro	Anteil am Insgesamt	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 2013	
		%			%		
Güter der Ernährungswirtschaft	2 131	3,6	7,4	3 172	3,9	2,3	
dar. Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	1 702	2,9	9,4	2 174	2,7	5,3	
Güter der gewerblichen Wirtschaft	55 107	94,2	1,5	73 587	91,1	0,5	
davon Rohstoffe	209	0,4	3,0	5 443	6,7	- 2,8	
Halbwaren	3 338	5,7	- 20,2	8 313	10,3	- 5,3	
Fertigwaren	51 559	88,1	3,4	59 831	74,1	1,7	
darunter chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	18 347	31,4	11,8	10 116	12,5	- 2,6	
Maschinen	6 596	11,3	-0,6	8 583	10,6	8,6	
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	7 126	12,2	6,2	11 106	13,8	11,3	
elektrotechnische Erzeugnisse	5 220	8,9	- 4,2	11 160	13,8	- 2,3	
Eisen- und Metallwaren	3 418	5,8	- 3,4	4 520	5,6	- 5,7	
feinmechanische und optische Erzeugnisse	3 921	6,7	- 2,0	4 672	5,8	4,3	
Waren aus Kunststoffen	1 730	3,0	3,0	1 272	1,6	4,5	
Papier und Papierwaren, Druckerzeugnisse	1 042	1,8	- 7,5	686	0,8	- 3,7	
Textilien und Pelzwaren	452	0,8	4,7	1 651	2,0	- 0,5	
Insgesamt	58 511	100	2,7	80 733	100	2,3	

Ein- und Ausfuhren¹⁾ Hessens 2014 nach Kontinenten

(Warenwert in 1000 Euro; Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %)



¹⁾ Wegen unterschiedlicher Abgrenzungskonzepte lässt sich auf der Länderebene die Einfuhr nicht mit der Ausfuhr verrechnen.

mit Importanteilen von 7,4 bzw. 6,9 %. Die meisten Importe aus Amerika lieferten die USA mit einem Anteilswert von 10,2 %. Die meisten Einfuhren aus Asien kamen aus China; der Importanteil lag bei 9,2 %.

Wie bei der Ausfuhr standen bei der Einfuhr Güter der gewerblichen Wirtschaft mit einem Importanteil von 91 % im Vordergrund. 74 % entfielen auf Fertigwaren. 12,5 % der hessischen Importe wurden mit chemischen und pharmazeutischen Produkten getätigt, die 2,6 % unter ihrem Importwert des Jahres 2013 lagen. Der Bereich "Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör" verzeichnete eine Steigerung des Importwertes von 11,3 % gegenüber dem Vorjahr; der Anteil an den Importen lag bei 13,8 %

Inflationsrate sinkt auf 0,8 %

Im Durchschnitt des Jahres 2014 lag das *Verbraucherpreisniveau* in Hessen 0,8 % über dem Vorjahreswert. Im Jahr 2013 betrug die durchschnittliche Inflationsrate 1,3 % und 2012 2,0 %.

Der Rückgang der durchschnittlichen Inflationsrate im Jahr 2014 um 0,5 Prozentpunkte gegenüber 2013 ist vor allem auf deutlich schwächer steigende Nahrungsmittelpreise zurückzuführen. Während die Nahrungsmittelpreise 2013 um 4,2 % stiegen und damit einen Beitrag von nahezu 0,4 Prozentpunkten zur Inflationsrate leisteten, lag die Teuerung für Nahrungsmittel 2014 bei nur 0,6 %, was einen Beitrag zur Inflationsrate von weniger als 0,1 Prozentpunkten entspricht. Die geringer gestiegenen Nahrungsmittelpreise leisteten somit 2014 einen um 0,3 Prozentpunkte geringeren Beitrag zur Inflationsrate im Vergleich zu 2013. Dies erklärt schon gut die Hälfte des Rückgangs der Inflationsrate.

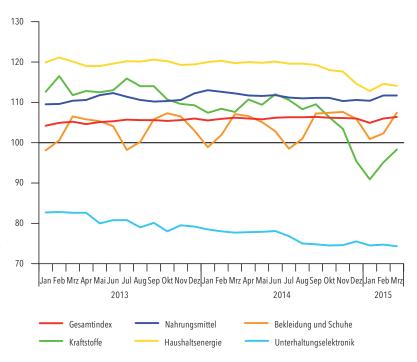
Einen weiteren merklichen Beitrag zum Rückgang der durchschnittlichen Inflationsrate 2014 leistete die Strompreisentwicklung. Im Jahr 2013 stieg der Strompreis noch um 11,8 % (was einem Beitrag von über 0,3 Prozentpunkten zur Inflationsrate 2013 entsprach), dagegen erhöhte er sich im Jahr 2014 lediglich um 2,2 % und trug damit weniger als 0,1 Prozentpunkte zur Inflationsrate 2014 bei. Damit drückte der deutlich geringer gestiegene Strompreis die Inflationsrate 2014 um 0,2 Prozentpunkte.

Auch die Preisentwicklung bei den Mineralölprodukten ließ die Inflationsrate sinken, aber bei Weitem nicht so stark, wie man zunächst erwartete. Die Mineralölprodukte verbilligten sich 2014 um 5,4 %, was die Inflationsrate um fast 0,3 Prozentpunkte dämpfte. Im Jahr 2013 sanken die Preise für Mineralölprodukte um durchschnittlich 4,0 %; das bedeutete ein Minus von 0,2 Prozentpunkten gegenüber 2013. Die Differenz von 0,1 Prozentpunkten zeigt den relativ mäßigen Einfluss der etwas kräftiger gesunkenen Mineralölpreise auf die Inflationsrate 2014 im Vergleich zur Inflationsrate 2013.

Ein stärkerer Rückgang der durchschnittlichen Inflationsrate 2014 wurde durch zunehmende Teuerungsraten in anderen Bereichen verhindert. So nahm die Jahresteuerungsrate für alkoholische Getränke von 1,6 % im Jahr 2013 auf 2,8 % 2014 zu. Die durchschnittlichen Mieterhöhungen stiegen im gleichen Zeitraum von 1,4 auf 1,6 %. Im Bereich der Gesundheitspflege gab es 2013 mit der Abschaffung der Praxisgebühr einen besonderen Effekt, der die Teuerungsrate in diesem Bereich auf – 3,8 % drückte. Im Jahr 2014 stieg die Teuerungsrate auf 1,7 %.

Im Jahresverlauf erreichte die Inflationsrate im April mit 1,3 % den höchsten Wert. Mitverantwortlich für diesen relativ hohen Wert war ein Basiseffekt bei den Pauschalreisen. Im Jahr 2013 sanken

Entwicklung des Verbraucherpreisindex in Hessen (2010 = 100)



die Preise für Pauschalreisen nach dem frühen Osterfest Ende März im April wieder kräftig. Dagegen führte das späte Osterfest in der zweiten Aprilhälfte 2014 in diesem Monat zu höheren Preisen. Dies ließ die Inflationsrate atypisch steigen. Im Mai rutschte sie, u. a. durch den Wegfall dieses Effekts, deutlich nach unten auf 0,7 %. Ebenfalls dämpfend auf die Inflationsrate im Mai wirkte ein Basiseffekt bei den Glücksspielen. Im Mai 2013 war der Preis für Lotto deutlich erhöht worden, wodurch das Niveau der Inflationsrate um 0,2 Prozentpunkte stieg. Dieser Effekt blieb 12 Monate wirksam, fiel also im Mai 2014 wieder weg. Weiterhin dämpfend auf die Inflationsrate wirkte, dass Nahrungsmittel nach den deutlichen

Preissteigerungen in den Jahren 2012 und 2013 im Mai 2014 erstmals wieder im Vorjahresvergleich billiger waren. Auch die Preise für Energie und Gebrauchsgüter lagen im Mai unter dem Vorjahresniveau. Im November fiel die Inflationsrate auf 0,5 %. Gründe hierfür waren vor allem sinkende Jahresteuerungsraten für Nahrungsmittel (insbesondere Molkereiprodukte und Obst), für Dienstleistungen (insbesondere Pauschalreisen), für Kraftstoffe und für alkoholische Getränke. Deutliche Preissenkungen für alle Mineralölprodukte als Folge des Weltmarktpreisverfalls für Erdöl und die Preisentwicklung für Nahrungsmittel wirkten im Dezember stark dämpfend auf die Inflationsrate, die genau bei 0,0 % lag.

		Au	sgewählte Preis	indizes für He	ssen und Deutsc	hland (2010 =	100)		
Jahr Monat		Verbraucherpreisindex ¹⁾		Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden ¹⁾		Index der Großhandels- verkaufspreise ²⁾		Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ²⁾	
			in He	ssen			in Deutso	chland ³⁾	
		Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zunahme in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾
2010	D	100,0	0,8	100,0	1,1	100,0	4,7	100,0	1,5
2011	D	101,9	1,9	102,3	2,3	105,8	5,8	105,3	5,3
2012	D	103,9	2,0	104,4	2,1	108,0	2,1	107,0	1,6
2013	D	105,3	1,3	106,1	1,6	107,4	-0,6	106,9	- 0,1
2014	D	106,1	0,8	107,9	1,7	106,1	- 1,2	105,8	- 1,0
2013	Juli	105,7	1,7		•	107,2	- 0,1	106,6	0,0
	August	105,6	1,1	106,3	1,6	106,9	- 1,1	106,5	- 0,5
	September	105,6	1,1			107,4	- 1,6	106,8	- 0,5
	Oktober	105,4	0,9			106,5	- 1,8	106,6	- 0,7
	November	105,6	1,1	106,5	1,6	106,3	- 1,6	106,5	- 0,8
	Dezember	106,0	1,2			106,6	- 1,3	106,6	- 0,5
2014	Januar	105,5	1,2			106,5	- 1,7	106,5	- 1,1
	Februar	105,9	1,0	107,3	1,8	106,4	- 1,8	106,5	- 0,9
	März	106,2	1,0			106,4	- 1,7	106,2	- 0,9
	April	106,0	1,3			106,6	- 1,3	106,1	- 0,9
	Mai	105,8	0,7	107,7	1,6	106,5	-0,9	105,9	- 0,8
	Juni	106,2	0,9			106,4	-0,8	105,9	- 0,7
	Juli	106,3	0,6			106,5	-0,7	105,8	- 0,8
	August	106,3	0,7	108,1	1,7	106,3	-0,6	105,7	- 0,8
	September	106,4	0,8			106,4	-0,9	105,7	- 1,0
	Oktober	106,2	0,8			105,8	-0,7	105,5	- 1,0
	November	106,1	0,5	108,3	1,7	105,1	- 1,1	105,5	- 0,9
	Dezember	106,0	-			104,1	- 2,3	104,8	- 1,7
2015	Januar	104,9	- 0,6		•	103,7	- 2,6	104,2	- 2,2
	Februar	106,0	0,1	108,9	1,5	104,2	- 2,1	104,3	- 2,1
	März	106,4	0,2			105,2	- 1,1		

106 StaVVi

Der Index der *Einfuhrpreise* für Deutschland sank im Durchschnitt des Jahres 2014 um 2,2 %. Im Jahr 2013 gab es einen Rückgang von 2,6 %.

Ursächlich hierfür waren u. a. sinkende Preise für Energie (- 10,0 %) und Erze (- 12,7 %). Die Preisentwicklung der Erze wirkte sich auch auf die Metallpreise aus: Der Einfuhrpreisindex für Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen lag 2014 um 2,0 % unter dem von 2013. Nicht-Eisen-Metalle und Halbzeug daraus waren im Jahresdurchschnitt 2014 um 2,4 % billiger. Deutliche Preissteigerungen im Vorjahresvergleich gab es dagegen etwa bei Rohkaffee (+ 25,8 %).

Die Preisänderungen bei den Importen wirken sich über die Vorleistungen auf die Erzeugerpreise aus. Der Index der *Erzeugerpreise gewerblicher Produkte* für Deutschland sank im Jahresdurchschnitt 2014 um 1,0 %. Im Vorjahr sanken die Erzeugerpreise um 0,1 %. Den größten Einfluss hatte die Preisentwicklung der Energie, die 2014 um 3,1 % billiger war als 2013. Die Preise für Mineralölerzeugnisse gingen dabei um 5,3 % zurück. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise fielen die Erzeugerpreise 2014 gegenüber dem Vorjahr um 0,1 % (2013 gegenüber 2012: + 0,3 %).

Der Index der Großhandelspreise lag für Deutschland im Jahresdurchschnitt 2014 um 1,2 % unter dem Niveau des Vorjahres. Im Jahr 2013 waren die Großhandelspreise um 0,6 % gesunken. Der stärkste Einfluss ging 2014 von den sinkenden Preisen für feste Brennstoffe und Mineralölerzeugnisse (- 4,8 % gegenüber 2013) aus. Auch die Preissenkungen im Großhandel mit Getreide, Rohtabak, Saaten und Futtermitteln (-9,5%) sowie im Großhandel mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug (-2,6 %) haben erheblich zum Rückgang des Gesamtindex beigetragen. Dagegen lagen die Großhandelspreise für Kaffee, Tee, Kakao und Gewürze 2014 im Durchschnitt um 4,9 % höher als 2013. Milch, Milcherzeugnisse, Eier, Speiseöle und Nahrungsfette waren 2014 um 0,8 % teurer als 2013.

Die *Baupreise* für Wohngebäude stiegen in Hessen im Durchschnitt des Jahres 2014 mit einem Plus von 1,7 % etwas stärker als im Vorjahr (+ 1,6 %).

Überdurchschnittlich verteuerten sich Parkettarbeiten (+ 2,8 %), Zimmer- und Holzbauarbeiten (+ 2,6 %), Dachdecker- sowie Metallbauarbeiten (jeweils + 2,3 %), die Arbeiten der Gas- und Wasserleitungsinstallateure (+ 2,2 %) sowie die Leistungen der Tischler und Maurer (jeweils + 2,0 %). Beton- und Trockenbauarbeiten verteuerten sich um jeweils 1,5 %. Die Preise für Gerüstarbeiten sanken um 0,6 %.

Der Neubau von Bürogebäuden verteuerte sich 2014 ebenfalls um 1,7 % (2013: + 1,5 %), der Neubau von gewerblichen Betriebsgebäuden um 1,8 % (2013: + 1,8 %). Für die Instandhal-



© Thomas François - Fotolia.com

tung von Wohngebäuden mussten 1,8 % und für Schönheitsreparaturen in Wohnungen 2,0 % höhere Preise gezahlt werden. Der Bau von Straßen wurde durchschnittlich 1,5 % und die Herstellung von Entwässerungskanälen 1,6 % teurer.

Verdienste durch sinkende Sonderzahlungen geprägt

Der *Bruttomonatsverdienst* vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer lag 2014 bei durchschnittlich 3889 Euro. Darin enthalten sind der regelmäßige steuerpflichtige Arbeitslohn sowie bestimmte steuerfreie Zahlungen, etwa für Schichtarbeit oder zur betrieblichen Altersversorgung, jedoch keine Sonderzahlungen. Gegenüber 2013 stieg der Bruttomonatsverdienst eines Vollzeitbeschäftigten um 2,3 %.

Dieser statistische Durchschnittswert kann im Einzelfall deutlich unter- oder überschritten werden. Neben persönlichen Merkmalen des Arbeitnehmers bestimmen die Art der ausgeübten Tätigkeit sowie die Branche des Unternehmens, bei dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist, die

Durchschnittliche Bruttoverdienste der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (einschl. Beamte)

			Vollzeitbe	schäftigte			Teilzeitbe	schäftigte	
	Jahr (ohne Sonde		Stunde je Monat nderzahlungen) (ohne Sonderzahlungen)		Sonderza	ahlungen	je Stunde		
	Quartal	Euro	Zunahme in % ¹⁾	Euro	Zunahme in % ¹⁾	Euro	Zu- bzw. Abnah- me (–) in % ¹⁾	Euro	Zu- bzw. Abnah- me (-) in % ¹⁾
				Män	iner				
2013	D ²⁾	23,48	1,0	4004	1,4	6303	- 1,9	19,11	2,0
2014	1. Quartal	23,74	1,7	4038	2,3	466	- 0,2	18,80	- 0,7
	2. Quartal	23,96	2,0	4094	2,2	688	- 1,0	18,84	- 1,1
	3. Quartal	24,14	3,1	4137	3,1	204	- 8,0	19,39	1,4
	4.Quartal	24,32	2,8	4166	2,9	739	3,1	19,58	1,3
	D ²⁾	24,04	2,4	4109	2,6	6293	- 0,2	19,16	0,3
				Frau	ıen				
2013	D ²⁾	19,72	2,9	3335	3,1	4007	2,5	17,77	3,3
2014	1. Quartal	19,68	0,5	3326	0,6	202	- 3,1	17,44	- 0,8
	2. Quartal	19,96	1,3	3377	0,8	341	- 4,9	17,54	- 0,7
	3. Quartal	20,10	2,0	3408	2,1	94	- 17,0	17,82	0,0
	4.Quartal	20,16	1,5	3418	1,6	627	- 3,6	17,82	- 1,1
	D ²⁾	19,98	1,3	3382	1,4	3795	- 5,3	17,66	- 0,6
				l n s g e	s a m t				
2013	D ²⁾	22,36	1,6	3803	2,0	5614	- 0,6	17,98	3,1
2014	1. Quartal	22,51	1,3	3821	1,7	386	- 1,0	17,65	- 0,8
	2. Quartal	22,76	1,8	3877	2,0	583	- 1,9	16,65	- 0,8
	3. Quartal	22,92	2,7	3916	2,8	170	- 9,8	18,07	0,3
	4.Quartal	23,07	2,4	3939	2,5	705	1,2	18,10	- 0,7
	D ²⁾	22,82	2,1	3889	2,3	5536	- 1,4	17,89	- 0,5
1) Jeweils o	 gegenüber dem gleichen Zei	traum des Vorjahres.	– 2) Durchschnitt aus	den 4 Quartalen, be	i Sonderzahlungen S	Summe der 4 Quarta	le.		

Höhe der Entlohnung. Leitende Angestellte verdienten durchschnittlich 7003 Euro, Fachkräfte 3111 Euro und ungelernte Hilfskräfte 2060 Euro brutto im Monat.

Zu den Branchen mit niedrigerem Verdienstniveau gehören u. a. der Einzelhandel, das Gastgewerbe, Wach- und Sicherheitsdienste sowie Reinigungsfirmen. Im Einzelhandel (ohne Handel mit Kfz) lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Vollzeitbeschäftigten bei 2698 Euro. Leitende Angestellte verdienten hier 5681 Euro, Fachkräfte 2536 Euro und ungelernte Hilfskräfte 2021 Euro brutto im Monat. Noch weniger verdienten die Beschäftigten von Wach- und Sicherheitsdiensten. Der Durchschnittsverdienst lag 2014 bei 2327 Euro. Auch hier gab es deutliche Unterschiede zwischen den Beschäftigtengruppen. Die Spanne reichte von durchschnittlich 2011 Euro für vollzeitbeschäftigte Hilfskräfte bis 4793 Euro für die leitenden Angestellten.

Ein überdurchschnittliches Verdienstniveau wurde 2014 im Bereich Finanzdienstleistungen (6061 Euro), Chemische Industrie (4846 Euro), Energieversorgung (4833 Euro) und Versicherungsdienstleistungen (4820 Euro) ermittelt.

Der Bruttojahresverdienst umfasst außer den regelmäßigen Monatszahlungen auch alle **Sonderzahlungen**, wie dreizehnter Monatslohn, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Leistungsprämien, Gewinnbeteiligungen sowie Abfindungen. Im Jahr 2014 erhielten die Vollzeitbeschäftigen durchschnittlich 5536 Euro (- 1,4 % gegenüber 2013) an Sonderzahlungen. Zusammen mit den Monatszahlungen ergab dies einen Bruttojahresverdienst von 52 199 Euro (+ 1,7 % gegenüber 2013). Die Höhe der Sonderzahlungen differiert abhängig von der jeweiligen Tätigkeit und der Branche noch stärker als der Monatsverdienst. Im Durchschnitt erreichten die jährlichen Sonderzahlungen den 1,3fachen Wert des Monats-

verdienstes. Die Sonderzahlungen der leitenden Angestellten (14 985 Euro) entsprachen dem 1,8fachen, die der Fachkräfte (3375 Euro) dem einfachen und die der Hilfskräfte (1471 Euro) dem 0,7fachen jeweiligen Monatsverdienst.

Eine besondere Stellung nimmt in Hessen der Bereich "Finanzdienstleistungen" ein, der sehr stark durch die Zentralen deutscher sowie die Niederlassungen ausländischer Banken am Finanzplatz Frankfurt am Main geprägt ist. So erklären sich die hohen Sonderzahlungen (19 873 Euro) an die Vollzeitbeschäftigten in diesem Bereich, die rechnerisch fast 3,3 Monatsverdiensten entsprachen. Die leitenden Angestellten erhielten mit 53 312 Euro den 5,1fachen, die Fachkräfte ohne Führungsverantwortung mit 7162 Euro den 1,9fachen Monatsverdienst als Sonderzahlungen. Zu den Branchen mit relativ geringen Sonderzahlungen gehören das Gastgewerbe (1687 Euro; der 0,8fache Monatsverdienst), der Einzelhandel (2064 Euro; der 1,0fache Monatsverdienst) und das Baugewerbe (2312 Euro; der 0,7fache Monatsverdienst).

Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer verdienten 2014 zwar im Durchschnitt mit 17,89 Euro brutto je Stunde merklich weniger als Vollzeitbeschäftigte (22,82 Euro). Allerdings ist dieser Unterschied weitgehend darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Teilzeitbeschäftigten bei den weniger gut qualifizierten Arbeitnehmern und in den Branchen mit unterdurchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten höher ist. So erreichten die leitenden Angestellten bei den Vollzeitbeschäftigten einen Anteil von fast 13 %, bei den Teilzeitbeschäftigten jedoch nur von gut 6 %. Dagegen hatten die Hilfskräfte bei den Vollzeitbeschäftigten einen Anteil von gut 5 %, bei den Teilzeitbeschäftigten jedoch knapp 15 %. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten lag 2014 bei 39,2 Wochenstunden, die der Teilzeitbeschäftigten bei 24,6 Wochenstunden.

Die *Reallöhne* der Arbeitnehmer (Voll- und Teilzeitbeschäftigte sowie geringfügig Beschäftigte) stiegen 2014 in Hessen durchschnittlich um 1,0 %. Die Veränderung der Reallöhne wird auf Grundlage der vierteljährlichen Verdiensterhebung berechnet. Der Reallohnindex ist ein Indikator für die Kaufkraft der effektiv gezahlten



© DOC RABE Media - Fotolia.co

Löhne. Er misst die Entwicklung der (nominalen) Bruttoverdienste einschl. der Sonderzahlungen, bereinigt um Änderungen des Verbraucherpreisniveaus. Die Berechnung erfolgt mit einer konstanten Beschäftigtenstruktur, sodass die reine Lohnentwicklung in einer Volkswirtschaft dargestellt wird.

Weniger Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen

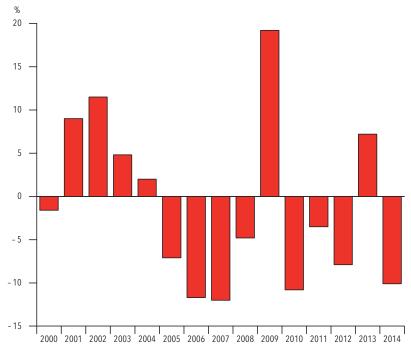
Die hessischen Amtsgerichte entschieden 2014 über insgesamt 9266 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Das sind 3 % weniger als im Vorjahr (2013: - 6 %).

Die Zahl der *Unternehmensinsolvenzen* sank 2014 deutlich um gut 10 % gegenüber dem Vorjahr auf 1492 Fälle. Weniger Unternehmensinsolvenzen wurden zuletzt für das Jahr 1993 (1290 Fälle) registriert. Über die Hälfte (52 %) der Unternehmen, die 2014 Insolvenz anmeldeten, waren vor weniger als 8 Jahren gegründet worden.

Insolvenzen nach Art der Schuldner										
Art day Angaha	2013	2014	2013	2014						
Art der Angabe	Anz	ahl	Anteile in %							
Unternehmen	1 660	1 492	17,4	16,1						
Übrige Schuldner	7 870	7 774	82,6	83,9						
davon natürliche Personen als Gesellschafter	96	110	1,0	1,2						
Verbraucher	5 458	5 341	57,3	57,6						
ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren	1 496	1 460	15,7	15,8						
ehemals selbstständig Tätige mit vereinfachtem Verfahren	681	715	7,1	7,7						
Nachlässe	139	148	1,5	1,6						
Insgesamt	9 530	9 266	100	100						

Unternehmensinsolvenzen in Hessen 2000 bis 2014





Besonders deutlich ging 2014 die Zahl der Insolvenzanträge von Unternehmen aus den Bereichen "Finanz- und Versicherungsdienstleistungen" (- 42 %), "Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen" (- 38 %), "Gesundheits- und Sozialwesen" (- 30 %) sowie "Verarbeitendes Gewerbe" zurück. Auch in den Bereichen "Grundstücks- und Wohnungswesen"

			000011 0044
Entwicklung	der Inso	venzen in Hessen	2000 bis 2014

		darunter				
Jahr	Insolvenzen insgesamt	Unternehmens- insolvenzen	Verbraucher- insolvenzen			
2000	2 824	1 835	698			
2001	3 220	2 000	874			
20021)	5 122	2 230	1 203			
2003	6 477	2 337	2 080			
2004	7 530	2 383	2 745			
2005	8 708	2 214	3 767			
2006	10 475	1 954	5 806			
2007	11 006	1 720	6 755			
2008	10 947	1 638	6 733			
2009	11 486	1 953	6 803			
2010	11 994	1 742	7 557			
2011	11 350	1 681	7 095			
2012	10 134	1 548	6 131			
2013	9 530	1 660	5 458			
2014	9 266	1 492	5 341			

 Änderung der Insolvenzordnung durch das Insolvenzrechtsänderungsgesetz zum 1.12.2001: Regelinsolvenzverfahren für alle ehemaligen oder noch aktiven wirtschaftlich selbstständig Tätigen; Option zur Stundung der Verfahrenskosten für Verbraucher. (-20%) und "Verkehr und Lagerei" (-7%) sowie im Handel (-2%) meldeten weniger Unternehmen Insolvenz an. Entgegen dem allgemeinen Trend stieg im Bereich "Information und Kommunikation" (+25%) sowie im Baugewerbe (+19%) die Zahl der Insolvenzanträge.

Der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Insolvenzanträge von Unternehmen insgesamt lag 2014 mit 35 % über dem Niveau des Vorjahres (31 %). Die offenen Forderungen der Gläubiger bezifferten die Gerichte für 2014 auf insgesamt knapp 930 Mill. Euro (2013: gut 2,4 Mrd. Euro). Dies entspricht rechnerisch 623 000 Euro je Unternehmensinsolvenz. Unmittelbar betroffen von der Insolvenz ihres Arbeitgebers waren 2014 insgesamt 5478 Beschäftigte, darunter 1118 im Baugewerbe und 1015 im Verarbeitenden Gewerbe. Die Mehrzahl der insolventen Unternehmen, nämlich 59 %, hatte keine Beschäftigten. Im Jahr 2013 waren insgesamt 7568 Beschäftigte von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen.

Die Möglichkeit der Verbraucherinsolvenz wurde erst durch die Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 geschaffen. Von Januar 1999 bis Dezember 2014 wurden in Hessen insgesamt 69 000 Anträge zur Eröffnung einer Verbraucherinsolvenz gestellt. Im Jahr 2014 haben die Amtsgerichte in Hessen 5341 Verfahren zur Eröffnung einer Verbraucherinsolvenz entschieden. Damit sank die Zahl der 2014 neu beantragten Verbraucherinsolvenzen um gut 2 % gegenüber dem Vorjahr. Lediglich in 193 Fällen wurde das Verfahren mangels Masse abgewiesen oder ein Schuldenbereinigungsplan angenommen. In allen anderen Fällen eröffneten die Amtsgerichte das Insolvenzverfahren. Im Durchschnitt hatten die zahlungsunfähigen Verbraucher 58 000 Euro Schulden zu tragen. Die Insolvenzhäufigkeit lag 2014 in Hessen bei 8,8 Anträgen auf Verbraucherinsolvenz je 10 000 Einwohner.

Wirtschaftsbereiche

2014 war ein erfolgreiches Jahr für das Verarbeitende Gewerbe; Auftragseingang, Umsatz und Beschäftigung gestiegen

Die Wirtschaftskrise scheint endgültig überwunden. Nachdem 2013 sich als ein stabiles Ge-

Verarbeitendes Gewerb	e ¹⁾
(Zeitliche Entwicklung 201	4)

	Beschä	ftigte ²⁾	Gesamt	tumsatz	darunter Aus	landsumsatz		olumenindex de uftragseingang	
Zeitraum 2014		Zu- bzw.		Zu- bzw.		Zu- bzw.	insgesamt	Inland	Ausland
2014	1000	0 Abnahme (-) 1000 Euro Abnahme (-) 1000 Euro in %3) 1000 Euro in %3) Abnahme (-)			Zu-	bzw. Abnahme in %³)	(-)		
Januar	357,0	0,9	8 417 307	6,2	4 518 444	7,1	4,0	- 3,1	8,6
Februar	356,7	0,9	8 326 553	3,1	4 372 482	1,9	1,8	- 1,9	4,4
März	358,1	1,2	9 338 335	8,5	4 918 096	9,0	3,2	5,0	1,8
April	358,1	1,2	8 530 477	- 3,8	4 393 472	- 6,3	- 10,4	- 9,1	- 11,1
Mai	358,3	1,2	8 604 886	0,2	4 570 094	- 1,1	6,2	4,5	7,3
Juni	359,2	1,2	8 869 686	- 0,8	4 800 228	1,0	- 10,1	- 15,9	- 5,6
Juli	361,1	1,1	9 090 421	- 0,2	4 693 532	- 1,9	0,0	- 4,0	2,6
August	362,4	1,0	7 679 049	- 5,3	3 914 311	- 5,3	- 3,1	- 9,5	1,4
September	364,3	1,3	9 504 946	5,0	5 007 599	6,7	4,8	- 4,3	11,3
Oktober	363,8	1,2	9 283 825	1,3	4 852 092	0,6	0,6	- 1,7	2,2
November	363,2	1,1	8 940 830	- 1,8	4 575 775	- 3,9	4,4	- 7,8	12,8
Dezember	361,4	1,2	8 897 892	8,2	4 836 017	10,1	11,4	0,4	18,5
1. Vj.	357,3	1,0	26 082 195	6,0	13 809 022	6,0	3,0	0,1	5,0
2. Vj.	358,5	1,2	26 005 049	- 1,5	13 763 794	- 2,1	- 5,3	- 7,5	- 3,7
3. Vj.	362,6	1,2	26 274 416	0,0	13 615 442	0,1	0,6	- 5,8	5,2
4. Vj.	362,8	1,2	27 122 547	2,4	14 263 883	2,0	5,2	- 3,3	10,9
2014	360,3	1,1	105 484 206	1,6	55 452 141	1,4	0,8	- 4,2	4,4

1) In Betrieben mit im Allgemeinen 50 oder mehr Beschäftigten. – 2) Bei Quartals- und Jahreszahlen jeweils Durchschnitt. – 3) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres

schäftsjahr für die hessische Industrie präsentierte, verzeichneten die Betriebe 2014 sogar einen Aufwärtstrend im Hinblick auf die Auftragseingänge, die Umsätze und die Beschäftigungszahlen. Bei den preisbereinigten Auftragseingängen erwies sich besonders das Ausland als Stabilisator, denn der dortige Nachfrageanstieg glich die schwächelnde Binnennachfrage aus.

Über das ganze Jahr 2014 hinweg baute das hessische Verarbeitende Gewerbe die Beschäftigung konstant aus. Das solide Plus von 1,1 % gegenüber 2013 hielt sich relativ stabil über die einzelnen Monate, sodass im Jahresdurchschnitt knapp 360 300 Beschäftigte einer Tätigkeit in der hessischen Industrie nachgingen. Die überwiegende Mehrzahl der großen Branchen in Hessen baute die Beschäftigung aus. Dabei fielen die Zuwächse zum Teil kräftig aus. Mit mehr als 20 000 Beschäftigten erweiterte die Pharmaindustrie ihr Beschäftigungsvolumen gegenüber 2013 um 3,2 %. Ebenfalls kräftig stieg die Beschäftigung bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen um 2,8 % auf mehr als 49 900 Personen. Um solide 1,5 % erhöhte sich die Beschäftigung bei den Herstellern von Metallerzeugnissen auf knapp 31 000 Beschäftigte und bei den Herstellern von elektrischer Ausrüstung auf mehr als 24 100. Mit mehr als 39 100 Personen übertraf die Beschäftigung im Maschinenbau das Vorjahresniveau um 1,2 %; bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren gab es ein Plus von 1,1 % auf nunmehr knapp 32 500 Beschäftigte. Lediglich die Chemische Industrie verzeichnete leicht rückläufige Beschäftigungszahlen (- 0,2 % auf knapp 37 400).

Der *Umsatz* des hessischen Verarbeitenden Gewerbes übertraf mit knapp 105,5 Mrd. Euro das Vorjahresniveau um 1,6 %. Dabei entfiel der zusätzliche Umsatz in etwa zu gleichen Teilen auf die Auslands- und Inlandsnachfrage. Die Umsätze mit dem Inland stiegen um 1,9 % auf mehr als 50,0 Mrd. Euro und die Umsätze mit dem Ausland um 1,4 % auf 55,5 Mrd. Euro. Die Auslandsumsätze generierten sich allerdings ausschließlich aus einer gestiegenen Nachfrage der Länder der Eurozone. Hier stieg die Nachfrage um 3,2 % auf 26,3 Mrd. Euro. In den Ländern außerhalb der Eurozone blieb die Nachfra-



© industrieblick - Fotolia.com

ge weitestgehend konstant und sank leicht auf 29,1 Mrd. Euro, was einem Rückgang von 0,1 % entsprach. Die Exportquote, der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, ist mit 53 % über die letzten Jahre stabil.

Die Umsatzentwicklung der großen Branchen verlief unterschiedlich. Während die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen ihre Umsätze kräftig um 11,5 % auf knapp 17,2 Mrd. Euro steigerten, fiel der Umsatz in der Chemischen Industrie um 5,5 % auf knapp 14,1 Mrd. Euro. Die übrigen großen Branchen erzielten ihre Jahresergebnisse zwischen diesen Extremen. Ebenfalls kräftig stieg der Umsatz in der Pharmaindustrie (+ 9,2 % auf knapp 12,9 Mrd. Euro) und im Maschinenbau (+ 8,0 % auf knapp 10,0 Mrd. Euro). Die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren verzeichneten ein leichtes Plus von 0,8 %

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾ Zu- bzw. Abnahme (-) in % 2013 2014 2013 2014 Art der Angabe gegenüber 2012 2013 356,3 360,3 0,2 Beschäftigte²⁾ (in 1000) 1,1 Geleistete Arbeitsstunden 534,7 536,1 - 0.8 0,3 (in Mill.) Bruttolohn- und -gehaltssumme (in Mill. Euro) 17 449,1 18 140,6 2,3 4,0 Umsatz (in Mill. Euro) 103 781,4 105 484,2 0,0 1,6 davon 49 109,1 50 032,1 - 1,4 1,9 Inlandsumsatz Auslandsumsatz 54 672,3 55 452,1 1,4 1,4 dar. Eurozone 25 501,0 26 310,2 - 2,4 3,2

1) In Betrieben mit im Allgemeinen 50 oder mehr Beschäftigten (Industrie und Verarbeitendes Handwerk). – 2) Im Durchschnitt des Jahres.

und hielten damit ihr Umsatzniveau von knapp 7,4 Mrd. Euro nahezu konstant zum Vorjahr. Rückläufige Umsatzzahlen mussten hingegen die Hersteller von Metallerzeugnissen mit – 2,1 % auf knapp 5,8 Mrd. Euro und die Hersteller von elektrischer Ausrüstung mit – 0,7 % auf knapp 4,2 Mrd. Euro hinnehmen.

Die *Entgelte*, d. h. die Bruttobeträge einschl. der Zuschläge, aber ohne die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung, lagen im Jahr 2014 mit mehr als 18,1 Mrd. Euro um 4,0 % höher als im Jahr zuvor und sind damit deutlich stärker als die Inflation gestiegen.

Die Zahl der *geleisteten Arbeitsstunden* aller Beschäftigten lag mit 536 Mill. um 0,3 % über dem Vorjahresniveau. Je Beschäftigten nahm die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um knapp 1 % auf 1488 ab.

Während das erste halbe Jahr 2014 noch schwächelte, stieg die Nachfrage mit Beginn der zweiten Jahreshälfte. Insgesamt lagen die *preisbereinigten Auftragseingänge* im Jahresdurchschnitt 2014 um 0,8 % über denen von 2013. Dabei kompensierte die um 4,4 % gestiegene Nachfrage aus dem Ausland die um 4,2 % gesunkene Binnennachfrage.

Dieses heterogene Bild findet sich auch in den einzelnen großen Branchen wieder. Ein starkes Plus an Auftragseingängen wiesen die Bücher der Pharmaindustrie aus. Hier wurde das Vorjahresniveau um 12,0 % übertroffen. Ein leichtes Plus verzeichneten der Maschinenbau (+ 0,8 %) und die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen (+ 0,5 %). Konstant verhielt sich das Niveau der Auftragseingänge bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Die Chemische Industrie und die Hersteller von Metallerzeugnissen konnten das Vorjahresniveau hingegen nicht halten und verfehlten dieses um 8,9 bzw. 1,5 %.

Bauhauptgewerbe steigerte zwar die Umsatzzahlen, verfehlte aber das Vorjahresniveau bei der Beschäftigung und den Auftragseingängen

Der stetige Aufwärtstrend im Bauhauptgewerbe über 4 Jahre konnte 2014 nicht fortgesetzt werden. Zwar stimmte der milde Winter 2013/14

zunächst optimistisch und sorgte für ein solides Umsatzwachstum im ersten Quartal 2014, das sich danach jedoch abschwächte. Insgesamt konnte der Umsatz 2014 zwar gesteigert werden, die Auftragseingänge und die Beschäftigung verhielten sich aber rückläufig.

Im Durchschnitt lag die hochgerechnete **Beschäftigtenzahl** des hessischen Bauhauptgewerbes 2014 mit knapp 51 000 Mitarbeitern 1,0 % unter dem Niveau des Vorjahres. Damit sank der Beschäftigtenstamm zum ersten Mal nach 4 Jahren.

Die hochgerechneten baugewerblichen Umsätze aller hessischen Betriebe verzeichneten im Jahr 2014 einen durchschnittlichen Zuwachs von 0,6 % und stiegen auf ein Gesamtniveau von knapp 6,7 Mrd. Euro. Diese setzen sich aus den 3 Sektoren "Wohnungsbau", "Gewerblicher und industrieller Bau" und "Öffentlicher und Verkehrsbau" zusammen. Dabei erwies sich der Sektor "Wohnungsbau" mit einem Umsatzverlust von 2,4 % auf knapp 2,5 Mrd. Euro als schwächster Teilsektor. Ein Plus hingegen wies der Sektor "Öffentlicher und Verkehrsbau" aus und schloss das Jahr 2014 mit einem Wachstum von 4,1 % und einem Volumen von knapp 1,9 Mrd. Euro. Differenziert in die 3 Unterkategorien, splittete sich dieses Plus in rückläufige Umsätze in der Kategorie "Hochbau" von 2,5 % und Zuwächse von 12,1% in der Kategorie "Sonstiger Tiefbau" sowie von 1,6 % in der Kategorie "Straßenbau" auf. Der dritte Sektor "Gewerblicher und industrieller Bau" erwirtschaftete ebenfalls ein Plus von 1,0 % und setzte mehr als 2,3 Mrd. Euro um. Aufgesplittet in die 2 Teilbereiche Hoch- und Tiefbau dominierte der Hochbau das Gesamtergebnis. Hier wurden ein Plus von 9,1 % und mehr als 1,5 Mrd. Euro erwirtschaftet. Der Tiefbau wies ein Minus von 12,0 % und ein Umsatzvolumen von knapp 767 Mill. Euro aus.

Die Zahl der auf Baustellen und Bauhöfen *geleisteten Arbeitsstunden*, also ohne die Stunden von kaufmännischen Angestellten usw., stieg 2014 wieder kräftig um 5,2 % auf 60,9 Mill. an.

Nachdem die *Auftragseingänge* 2011 und 2012 gestiegen waren und 2013 weitestgehend stagnierten, sind die Auftragseingänge 2014 sogar gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr wurde das

Bauhauptgewerbe
(Zeitliche Entwicklung 2014

	Beschä	ftigte ¹⁾²⁾	Baugewerbli	cher Umsatz ¹⁾	Auftragseingang ³⁾		
Zeitraum 2014	Anzahl	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ⁴⁾	1000 Euro	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ⁴⁾	Index (2005 = 100)	Zu- bzw. Abnahme (–) in % ⁴⁾	
Januar	48 661	1,3	325 447	12,1	83,2	- 30,1	
Februar	48 301	0,6	393 334	26,6	115,2	- 1,7	
März	51 892	- 0,1	520 960	11,8	161,6	17,3	
April	52 052	- 0,0	530 305	3,0	141,2	- 1,6	
Mai	51 857	- 0,5	572 593	10,5	124,4	7,6	
Juni	52 176	- 0,6	571 049	2,0	114,1	- 20,0	
Juli	51 451	- 2,5	623 342	- 5,5	166,9	- 4,6	
August	52 168	- 2,4	631 605	0,5	120,9	- 1,9	
September	52 186	- 1,9	666 954	6,8	130,5	- 8,9	
Oktober	51 081	- 2,0	610 086	- 10,2	133,3	- 12,1	
November	50 491	- 1,4	637 906	- 18,3	106,4	- 6,1	
Dezember	49 028	- 2,1	599 149	- 2,2	147,5	23,9	
1. Vj.	49 618	0,6	1 239 741	16,2	120,0	- 3,7	
2. Vj.	52 028	- 0,4	1 673 947	5,1	126,6	- 5,5	
3. Vj.	51 935	- 2,3	1 921 901	0,5	139,5	- 5,2	
4. Vj.	50 200	- 1,8	1 847 141	- 10,9	129,1	0,8	
2014	50 945	- 1,0	6 682 730	0,6	128,8	- 3,5	

1) Alle Betriebe. – 2) Bei Quartals- und Jahreszahlen jeweils Durchschnitt. – 3) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten. – 4) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

Niveau um 3,5 % verfehlt. Dabei erwiesen sich sowohl der Tief- als auch der Hochbau (- 2,8 bzw. - 4,2 %) als rückläufig. Das Gesamtergebnis des Hochbaus setzte sich aus einem Minus von 17,8 % im Bereich "Gewerblicher und industrieller Bau" und einem Plus in den Bereichen "Wohnungsbau" und "Öffentlicher und Verkehrsbau" von 15,7 bzw. 7,7 % zusammen. Das Gesamtergebnis des Tiefbaus speiste sich aus einem Minus in den Bereichen "Straßenbau" in Höhe von 5,5 % und "Gewerblicher und industrieller Bau" in Höhe von 2,0 %. Der Bereich "Öffentlicher und Verkehrsbau" wies ein Plus von 2,3 % aus.

Die Flächennachfrage im Hochbau sinkt

Die hessischen Bauaufsichtsbehörden gaben im Jahr 2014 für die Errichtung neuer Gebäude und für Umbaumaßnahmen im *Wohn- und Nichtwohnbau* insgesamt 4,82 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Das entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 80 000 m² bzw. 1,6 %. Die dafür insgesamt veranschlagten Baukosten fielen mit 6,11 Mrd. Euro um 10 Mill. Euro geringer aus als der Vorjahreswert (- 0,2 %).

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau									
				Zu- bzw. Ab in					
Art der Angabe	2012	2013	2014	2013	2014				
				gegei	nüber				
				2012	2013				
Wohnbau ¹⁾ Gebäude ²⁾	6 349	6 735	6 573	6,1	- 2,4				
davon Gebäude mit 1 Wohnung	5 014	5 157	4 947	2,9	- 4,1				
2 Wohnungen	523	618	573	18,2	-7,3				
3 oder mehr Wohnungen und Wohnheime	812	960	1 053	18,2	9,7				
Wohnungen	14 502	17 775	17 614	22,6	- 0,9				
dar. in Gebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen ³⁾	8 442	11 382	11 521	34,8	1,2				
Wohnfläche (1000 m²)	1 536	1 769	1 829	15,2	3,4				
Rauminhalt (1000 m³)	8 244	9 652	9 901	17,1	2,6				
Nichtwohnbau ¹⁾ Gebäude	1 527	1 416	1 469	- 7,3	3,7				
Rauminhalt (1000 m³)	1 976	1 952	1 862	- 1,3	-4,6				
Nutzfläche (1000 m²)	12 511	13 497	12 936	7,9	-4,2				
Wohnungen insgesamt ⁴⁾	16 821	20 194	22 181	20,1	9,8				

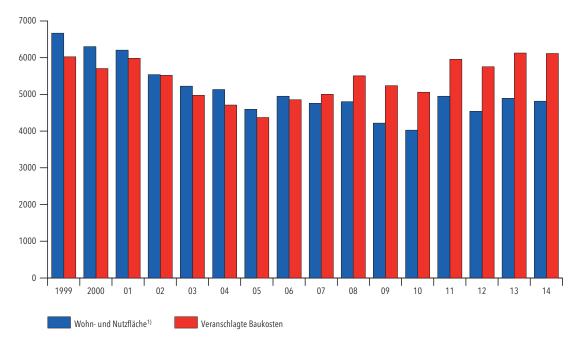
¹⁾ Errichtung neuer Gebäude. – 2) Einschl. Wohnheime. – 3) Einschl. in Wohnheimen. – 4) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).

Der *Wohnbau* büßte gegenüber den Vorjahren teilweise an Dynamik ein. Im vergangenen Jahr wurden 6573 neue *Wohngebäude* mit zusammen 17 600 Neubauwohnungen genehmigt. Die

Zahl der hier neu zu errichtenden Wohnungen ging um 0,9 % zurück. Insbesondere die (Wohnungs-) Unternehmen verlagerten ihr Engagement auf den Geschossbau mit begrenzter Zahl an Wohnungen. Die Zahl der Genehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser blieb um 4,1 bzw. 7,3 % unter dem Vorjahreswert. Dagegen nahmen die genehmigten Vorhaben für Mehrfamilienhäuser um 9,7 % zu. Die Zahl der im Geschossbau geplanten Wohnungen wuchs um 1,2 %. Die Zahl der Wohnungen, die durch Umbaumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden entstehen sollen, verzeichnete einen Zuwachs von 10,7 %. Zusammengenommen ergab sich mit einem Plus von 9,8 % eine Steigerung auf 22 200 Wohnungen insgesamt.

Der Zuwachs bei den Wohnungsgenehmigungen (in Wohn- und Nichtwohngebäuden) fiel in den Regierungsbezirken unterschiedlich stark aus. Im südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt wurden 2014 rund 16 600 Wohnungen zum Bau freigegeben. Mit im Vergleich zum Vorjahr 13 % mehr genehmigten Wohnungen war die Zunahme im landesweiten Vergleich hier am stärksten. Im nordhessischen Regierungsbezirk Kassel waren es gut 2800 Wohnungen – eine Erhöhung um 6,8 %. Im Regierungsbezirk Gießen wurden

Wohn- und Nutzfläche (in 1000 m²) und veranschlagte Baukosten (in Mill. Euro) der Baugenehmigungen in Hessen 1999 bis 2014 (Wohn- und Nichtwohnbau, alle Baumaßnahmen)



¹⁾ Vor 2000 ohne Wohnfläche in sonstigen Wohneinheiten

Entwicklung der genehmigten Wohnbauten 2004 bis 2014

	Alle Baumaßnahmen ¹⁾			Errichtung neuer Gebäude							
Jahr	Gebäude/	Wohn-	Woh-	Veranschlagte	Wohngebä	ude mit V	Vohnungen		Sonstige	Wohn- fläche	Veranschlagte Kosten
	Baumaß- nahmen	fläche	nungen	Baukosten	1	2	3 oder mehr	Wohnheime	Wohnein- heiten	je Wohung ²⁾	je m² Wohnfläche³)
		1000 m²		1000 Euro			ouci ilicili			m²	Euro
2004	14 895	2 273	19 118	2 824 262	7 436	1 381	767	14	342	115,0	1 247
2005	12 663	1 974	16 676	2 465 145	6 591	1 089	651	13	522	119,6	1 215
2006	13 636	1 997	16 824	2 502 949	6 908	1 370	693	7	28	114,8	1 240
2007	9 667	1 535	13 923	2 024 273	4 070	860	640	10	597	107,0	1 257
2008	8 476	1 330	11 919	1 851 281	3 603	701	544	5	212	107,1	1 355
2009	8 637	1 344	11 052	1 912 463	4 051	511	482	3	186	115,1	1 367
2010	8 867	1 403	11 915	2 092 042	4 229	497	572	6	480	118,9	1 424
2011	10 029	1 760	15 605	2 717 894	5 063	499	713	3	66	111,8	1 503
2012	10 083	1 776	16 273	2 770 762	5 014	523	796	16	-	105,9	1 498
2013	10 329	2 017	19 767	3 209 949	5 157	618	944	16	_	99,5	1 565
2014	10 388	2 154	21 737	3 448 762	4 947	573	1 032	21	-	103,8	1 587
				Zu- bzw. Abnah	me (–) geger	nüber dem V	orjahr in %				
2004	16,1	12,4	13,0	12,5	17,0	16,2	- 2,4	Х	Х	- 0,4	0,7
2005	- 15,0	- 13,1	- 12,8	- 12,7	- 11,4	- 21,1	- 15,1	Х	52,6	1,0	- 2,3
2006	7,7	1,1	0,9	1,5	4,8	25,8	6,5	Х	Х	2,0	2,1
2007	- 29,1	- 23,2	- 17,2	- 19,1	- 41,1	- 37,2	-7,6	Х	Х	- 11,0	1,4
2008	- 12,3	- 13,3	- 14,4	- 8,5	- 11,5	- 18,5	- 15,0	Х	- 64,5	2,8	7,8
2009	1,9	1,0	- 7,3	3,3	12,4	- 27,1	- 11,4	Х	- 12,3	7,6	0,9
2010	2,7	4,4	7,8	9,4	4,4	- 2,7	18,7	Х	158,1	- 4,0	4,2
2011	13,1	25,4	31,0	29,9	19,7	0,4	24,7	Х	- 86,3	1,8	5,5
2012	0,5	0,9	4,3	1,9	- 1,0	4,8	11,6	Χ	Χ	- 5,3	- 0,3
2013	2,4	13,6	21,5	15,9	2,9	18,2	18,6	Χ	Х	- 6,0	4,5
2014	0,6	6,8	10,0	7,4	- 4,1	-7,3	9,3	Χ	Χ	4,3	1,4
1) Einschl. Wo	hnheime. – 2) Eir	nschl. Wohnfläch	en in Wohnheimen u	nd sonst. Wohneinhei	ten. – 3) Einsch	nl. Kosten in W	/ohnheimen.				

knapp 2800 Wohnungen zum Neu- oder Umbau angefragt, was einem Rückgang von 4,0 % entsprach. Der trotz der aufgeführten Steigerungen tendenziell weiterhin zurückgehende Bedarf nach neuem Wohnraum dokumentiert sich darin, dass 2014 in Südhessen 4,3 Wohnungen je 1000 Einwohner genehmigt wurden; in Mittelhessen waren es 2,7 Wohnungen und in Nordhessen nur 2,4. Mitte der Neunzigerjahre lag diese Kennzahl in allen Regierungsbezirken noch zwischen 6,8 und 7,9.

Im *Nichtwohnbau* nahm die Zahl der landesweiten Genehmigungen für Neubauten mit 1469 Freigaben gegenüber 2013 um 3,7 % zu. Allerdings ging das geplante Bauvolumen um 4,2 % auf 12,9 Mill. m³ umbauten Raum zurück. Die vorgesehene *neue Nutzfläche* war mit 1,86 Mill. m² um 4,6 % kleiner als 2013. Zu den geplanten

neuen Flächen kamen noch 250 000 m² Nutzfläche, die bei *Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden* genehmigt wurden. Damit nahm die zum Bau freigegebene *Nutzfläche* mit *insgesamt* 2,11 Mill. m² gegenüber dem Vorjahr um 7,8 % ab. Die weitaus wichtigste Bauherrengruppe im Nichtwohnbausegment sind die Unternehmen. Sie verringerten ihre Flächennachfrage um 4,5 % auf 1,84 Mill. m². Die öffentlichen Bauherren senkten im Vergleich zu 2013 ihren Flächenbedarf um 34 % auf 121 000 m². Die genehmigte Nutzfläche der Organisationen ohne Erwerbszweck lag mit 86 000 m² (– 17 %) um knapp ein Viertel über der der privaten Haushalte, die um 17 % auf 70 000 m² reduziert wurde.

Auf die Gebäudearten verteilen sich die Zuwächse und Verminderungen sehr unterschiedlich, im Unterschied zu der durchweg rückläufigen



© Gunnar Assmy - Fotolia.com

Entwicklung bei den Bauherrengruppen. Die Flächennachfrage stieg bei übrigen nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (+ 52 %) sowie bei Fabrik- und Werkstattgebäuden (+ 39 %). Eine Abnahme war bei landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (- 38 %), Hotels und Gaststätten (- 35 %), sonstigen Nichtwohngebäuden (- 27 %), Büro- und Verwaltungsgebäuden (- 24 %), Anstaltsgebäuden (- 21 %) sowie Handels- und Lagergebäuden (- 3,5 %) zu verzeichnen.

Die Entwicklung beim hessischen Nichtwohnbau verlief regional unterschiedlich. Während die Bauaufsichtsbehörden im Regierungsbezirk Darmstadt eine Abnahme von 19 % verzeichneten, nahmen im Regierungsbezirk Kassel die von den Bauämtern genehmigten Flächen um 30 % zu. Mit einer Abnahme um 1,4 % gegenüber dem Vorjahr lag der Regierungsbezirk Gießen in der Mitte. Über die letzten 6 Jahre betrachtet, zeigen alle Landesteile eine sinkende Tendenz.

Bei der Betrachtung der Baugenehmigungszahlen in Bezug auf die konjunkturelle Entwicklung in der Bauwirtschaft ist zu beachten, dass Baugenehmigungen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Baupreise, der Hypothekenzinsen, des Immobilienmarktes sowie staatlicher Förderprogramme nicht immer oder nicht unmittelbar zu Bauaufträgen oder Baumaßnahmen führen. Da nur der Hochbausektor Gegenstand der Bautätigkeitsstatistik ist, fließen zudem keine Daten aus dem Bereich Tiefbau (Straßen-, Brücken-, Kanalbau u. Ä.) ein.

Einzelhandel

In seiner Funktion als Mittler zwischen Herstellern und Verbrauchern nimmt der Handel eine zentrale Rolle in der Wirtschaft ein. Die Umsatzentwicklung im Handel ist damit ein wichtiger Indikator zur Beurteilung der konjunkturellen Situation einer Volkswirtschaft.

Nach ersten Ergebnissen für das Jahr 2014 lagen die Umsätze der hessischen Einzelhandelsunternehmen (ohne Handel mit Kfz) im Vergleich zum Vorjahr nominal mit 1,2 % und nach Ausschaltung der Preisveränderung mit 0,7 % im Plus.

Der preisbereinigte Umsatz im Handel mit Waren verschiedener Art, wozu beispielsweise Kaufhäuser und Supermärkte zählen, lag auf Vorjahresniveau (0,0 %); nominal waren es 0,9 % mehr. Der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren lag hinter seinem Vorjahresergebnis real um 0,5 % zurück (nominal: + 0,7 %). Im Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik nahm der nominale Umsatz im Jahr 2014 um 2,8 % ab, real war es ein Plus von 1,8 %. Umsatzsteigerungen hatte der Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und



Einrichtungsbedarf zu verzeichnen. Der Umsatz dieser Sparte legte im Jahresvergleich nominal um 4,6 % und real um 4,2 % zu. Der Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren stand 2014 ebenfalls gut da. Der Umsatz lag hier real mit 2,1 % im Plus (nominal: + 3,6 %). Im Einzelhandel mit sonstigen Gütern übertrafen die Umsätze 2014 das Ergebnis von 2013 nominal um 2,2 %, was allerdings einer realen Steigerung von nur 0,7 % entsprach.

Die Gesamtzahl der **Beschäftigten** stieg entgegen der Entwicklung im Vorjahr weiter an, und

zwar im Durchschnitt des Jahres 2014 um 1,1 %. Dabei nahm die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, verglichen mit 2013, um 1,0 % zu, während diejenige der Vollzeitbeschäftigten um 1,5 % höher als im Vorjahr war.

Großhandel

Der Großhandel umfasst den Wiederverkauf von Neu- und Gebrauchtwaren an Einzelhändler, Unternehmen, kommerzielle Nutzer, Körperschaften und berufliche Nutzer oder den Wiederverkauf an andere Großhändler sowie die Handelsvermittlung. Die Umsätze des Großhandels in Hessen stiegen im Jahr 2014 sowohl nominal (+ 0,9 %) als auch real (+ 1,6 %).

Der Produktionsverbindungshandel, der die Unternehmen u. a. mit Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Maschinen und Ausrüstungen versorgt, verzeichnete im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr einen nominalen (- 0,3 %) Umsatzrückgang und einen realen Umsatzgewinn von 1,3 %. Gut liefen die Geschäfte auch für die



© maxoidos - Fotolia.com

Großhändler mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik. Sie erzielten ein Umsatzplus von nominal 9,1 und real 10,3 %. In der Sparte des Großhandels mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren kam es zu einem nominalen Umsatzminus von 8,2 %, real aber zu einem Plus von 0,7 %. Günstiger als für die Gesamtbranche verlief die Entwicklung 2014 für die Großhändler mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör. Ihr Umsatz stieg nominal um 5,5 % und real um 5,1 %. Ein schlechtes Geschäft verzeichnete der sonstige Großhandel, der v. a. Brennstoffe, Metalle und andere Rohstoffe vertreibt. Hier lag das Umsatzminus nominal bei 5,6 und real bei 4,4 %.

Der Konsumtionsverbindungshandel beliefert den Einzelhandel und das Gastgewerbe u. a. mit Nahrungsmitteln sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgütern. Hier stiegen die Umsätze nominal um 2,0 %, was nach Ausschaltung der Preissteigerung einen Anstieg um 1,9 % bedeutete. Zum anderen stiegen die Umsätze im Großhandel für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter sowohl nominal (+ 1,7 %) als auch real (+ 1,4 %). Der Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln verbuchte ebenfalls Umsatzzuwächse; nominal waren es 3,5 % und preisbereinigt 3,1 % mehr als im Vorjahr.

Im Jahr 2014 kam es zu einer positiven Entwicklung der *Beschäftigung*. So erhöhte sich die Zahl der Arbeitsplätze im hessischen Großhandel um 1,2 % gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Vollund Teilzeitbeschäftigten stieg ebenfalls um jeweils 1,3 %.

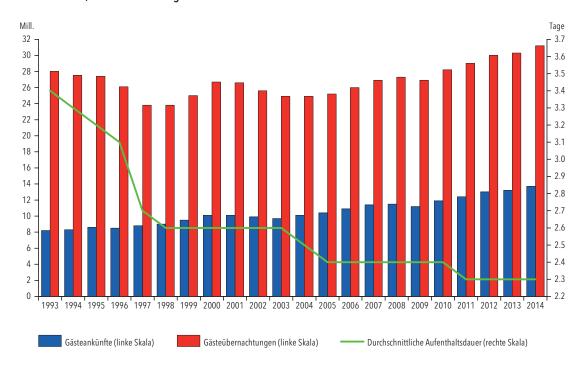
Gastgewerbe

Bei einem Zuwachs des nominalen Umsatzes im hessischen Gastgewerbe von 3,3 % stiegen die realen Umsätze im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 %. Zum Ergebnis trug u. a. das Beherbergungsgewerbe, das beispielsweise die Hotellerie, Ferienunterkünfte und Campingplätze umfasst, bei. Die Umsätze dieser Sparte lagen nach Ausschaltung der Preisveränderung um 1,0 % über denen des Vorjahres (nominal: + 3,3 %). Rückläufig waren die Umsätze mit einem realen Minus von 2,1 % (nominal: + 0,2 %) im Gaststättengewerbe.

Eine Sonderentwicklung innerhalb dieses Bereichs nahmen die Caterer und Verpflegungsdienstleister ein, die im Jahr 2014 zulegen konnten (real: + 8,2 %; nominal: + 10,2 %). Die stärksten Umsatzeinbußen waren hingegen bei den Restaurants, Gaststätten und Imbissbuden zu verzeichnen (real: - 2,3 %; nominal: - 0,1 %).

Die Zahl der **Beschäftigten** nahm im Vergleichszeitraum um 2,0 % zu, was insbesondere an einer weiteren Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung (+ 3,0 %) lag. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten veränderte sich nur geringfügig (+ 0,7 %).

Gästeankünfte, Gästeübernachtungen und durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Hessen 1993 bis 2014



Tourismus mit Rekordergebnis

Der Tourismus ist ein Querschnittsbereich, zu dem verschiedene Wirtschaftsbereiche Leistungen erbringen. Im Jahr 2014 wurden die hessischen Beherbergungsbetriebe mit 10 oder mehr Betten sowie Campingplätze (ohne Dauercamping) von 13,7 Mill. Gästen besucht; das ist die bisher höchste erreichte Zahl. Damit nahm die Zahl der *Gästeankünfte* im Jahr 2014 gegenüber 2013 um 3,5 % zu. Die Zahl der *Gästeübernachtungen* stieg 2014 mit einem Plus von 2,8 % gegenüber dem Vorjahr auf gut 31,2 Mill. und erreichte damit den höchsten Wert seit dem Jahr 1993.

Die Zahl der Gäste mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland – auf sie entfielen gut 78 % aller Übernachtungen – stieg um 3,7 %; bei den ausländischen Gästen war ein Plus von 2,8 % zu verbuchen. Auch die Übernachtungszahlen von Gästen mit ständigem Wohnsitz im Ausland stiegen mit 5,1 % deutlich stärker als die der inländischen Gäste (+ 2,2 %).

Die Zahl der Gäste aus Europa (58 % aller Übernachtungen ausländischer Gäste) stieg um 0,8 %; bei den Übernachtungen gab es ein Plus von 2,9 %. Die meisten europäischen Gäste kamen aus den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich. Bei den Gästen aus Asien, die gut 24 % der Übernachtungen von Auslandsgästen buchten, gab es ein Plus von 8,8 % bei den Ankünften und von 12,7 % bei den Übernachtungen. Chinesen, Japaner und Gäste aus den arabischen Golfstaaten waren hier die dominierenden Gästegruppen. Die Zahl der Gäste aus Amerika nahm um 1,3 % zu, deren Übernachtungen stiegen ebenfalls (+ 2,7 %). Übernachten von Gästen aus diesem Kontinent machten noch gut 15 % der Übernachtungen von Ausländern aus.

Unter den einzelnen **Betriebsarten** verbuchten 2014 die Hotel garnis – Hotels, die neben der Beherbergungsdienstleistung keinen Restaurantbetrieb, sondern nur Frühstück und kleinere Speisen anbieten – 9,4 % mehr Gästeankünfte

und 9,7 % mehr Übernachtungen. Die Hotels legten sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei der Zahl der Übernachtungen zu (+ 3,0 bzw. + 3,4 %). Pensionen wurden von 0,1 % weniger Gästen nachgefragt; hier wurden allerdings 2,0 % mehr Übernachtungen erfasst. Ein besonders schlechtes Jahr haben die Ferienhäuser, Ferienwohnungen, Ferienzentren hinter sich. Hier buchten 7,3 % weniger Gäste und die Zahl der Übernachtungen ging um 7,4 % zurück.

Mehr als zwei Drittel der in Hessen ankommenden Gäste entfielen im Jahr 2014 mit 9,5 Mill. Personen auf den *Regierungsbezirk* Darmstadt; das Plus gegenüber dem Vorjahr lag bei 4,4 %. Schwergewicht in diesem Regierungsbezirk war die Stadt Frankfurt am Main, die mit rund 4,8 Mill. mehr als ein Drittel der Gästeankünfte Hessens verzeichnete; gegenüber dem Jahr 2013 betrug das Plus 6,7 %. Auf den Regierungsbezirk Gießen entfiel 2014 ein Touristenanteil von 8,1 %. Hier kamen rund 1,1 Mill. Gäste an; 1,5 % mehr als im Vorjahr. 22,2 % der Gäste verweilten im Regierungsbezirk Kassel. Hier wurden im vergangenen Jahr 3,0 Mill. Touristen erfasst, ein leichtes Plus von 1,4 % gegenüber dem Vorjahr.

Verkehr in Hessen

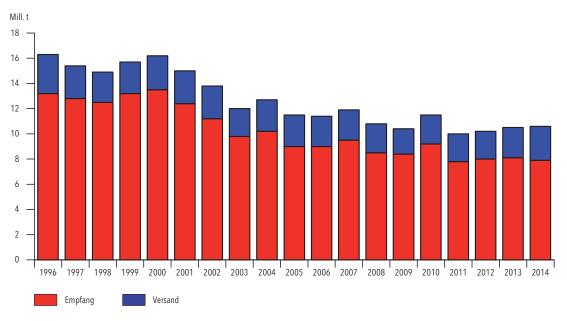
Die Mobilität von Menschen und Waren fördert die Entwicklung einer national und international vernetzten Gesellschaft und Wirtschaft. Eine funktionsfähige und wirkungsvolle Verkehrsinfrastruktur ist somit eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Hessen liegt im Schnittpunkt bedeutender Verkehrsachsen. Insbesondere das Rhein-Main-Gebiet bietet mit seinen Schienen-, Straßen- und Binnenwasserwegen sowie dem Flughafen in Frankfurt am Main wesentliche Standortvorteile. Gepaart mit der ausgeprägten Wirtschaftskraft von unternehmensnahen Verkehrsdienstleistern gehört die Region zu den wichtigsten Logistikzentren Europas.

Binnenschifffahrt legt zu

Im Jahr 2014 nahm die Güterumschlag der Binnenschifffahrt in Hessen gegenüber dem Jahr 2013 um 1,0 % zu. An den 15 hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen wurden rund 10,6 Mill. t Güter ein- oder ausgeladen. Das Volumen des Empfangs, auf das 74,7 % der beförderten Güter entfiel, nahm um 2,5 % auf 7,9 Mill. t ab. Das Volumen des weniger gewichtigen Versands stieg um 12,5 % auf knapp 2,7 Mill. t an.

Den größten Anteil unter den beförderten Gütern hatten Erze, Steine und Erden, deren Volumen im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 17,1 % auf gut 3 Mill. t anstieg. Stark gestiegen ist ebenfalls das Volumen der beförderten Nahrungs- und Genussmittel, und zwar um 7,8 %. Weitere wichtige Güter waren Kokerei- und Mineralölerzeugnisse, deren Transportvolumen sich jedoch um 8,0 % verringerte.

Güterumschlag in hessischen Binnenhäfen 1996 bis 2014

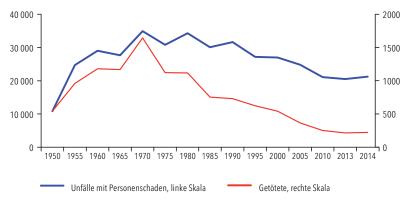




Rückgang der schweren Straßenverkehrsunfälle

Im Jahr 2014 ereigneten sich auf hessischen Straßen 21 220 Verkehrsunfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen; 3,4 % mehr als im Jahr 2013. Die Zahl der dabei Getöteten nahm um 8 Personen auf 223 zu, ein Anstieg von 3,7 %. Zu den Getöteten zählen alle Personen, die auf der Stelle getötet wurden oder innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen starben. Bei der Zahl der Schwerverletzten war im Jahr 2014 ein Anstieg von 3,7 % auf 4878 Personen festzustellen; die Zahl der Leichtverletzten nahm im Jahresvergleich um 2,1 % auf 23 281 zu.

Unfälle mit Personenschaden und dabei Getötete in Hessen 1950 bis 2014



In Hessen war 2014 das Jahr mit der zweitniedrigsten Zahl an Getöteten seit Beginn der Straßenverkehrsunfallstatistik im Jahr 1950. Der Höchststand bei den Getöteten war 1970 erreicht worden, als 1644 Menschen ihr Leben bei Unfällen auf Hessens Straßen verloren. Auch bei den Straßenverkehrsunfällen wurden zu Beginn er Siebzigerjahre des zwanzigsten Jahrhunderts

noch rund 14 000 Schwerverletzte – Personen, die unmittelbar nach einem Unfall in einem Krankenhaus zu einer stationären Behandlung von mindestens 24 Stunden eingeliefert wurden – verzeichnet. Bei den Leichtverletzten, also Personen, deren Verletzungen keinen stationären Krankenhausaufenthalt erforderten, war die Entwicklung nicht so positiv ausgeprägt. Der bisherige Höchststand wurde im Jahr 1972 mit rund 37 000 Personen verzeichnet. Mitte der Fünfzigerjahre lag die Zahl der Leichtverletzten noch bei rund 20 000.

Landwirtschaft 2014

Im Jahr 2014 wurden insgesamt 16 900 Betriebe ermittelt, die 768 000 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) bewirtschafteten. Die LF teilte sich auf in 479 000 ha Ackerland, 283 000 ha Dauergrünland und knapp 6000 ha Dauerkulturen, wie z. B. Baum- und Beerenobstanlagen oder Rebflächen. Erstmalig konnte festgestellt werden, dass die Wachstumsschwelle nunmehr in der Größenklasse über 200 ha LF lag. Zuvor lag dieser Wert – also die Größenklasse, ab der die Anzahl der Betriebe zunimmt – in der Größenklasse von 100 bis unter 200 ha LF. Der Anteil der Betriebe, die über 200 ha LF bewirtschaften, umfasste in Hessen gut 3 % der Betriebe, die jedoch gut 15 % der LF bearbeiteten.

Bei der Nutzung der Bodenflächen gab es keine gravierenden Änderungen. Der Getreideanbau blieb gegenüber dem Vorjahr mit 300 000 ha nahezu konstant. Wichtigste Fruchtarten waren der Winterweizen (161 400 ha) und die Wintergerste (71 300 ha). Die Witterung im Jahresverlauf begünstigte allerdings die Ertragsentwicklung bei Hackfrüchten und Raps. So war 2014 ein absolutes Rekordjahr für die Zuckerrüben anbauen-



	Ausgesuch	nte Daten der he	ssischen Landv	wirtschaft		
	Angaben	Maßeinheit	2010	20131)	20141)	Zu- bzw. Abnahme (-) in % 2014 gegenüber 2013
	Größe	nstruktur der landwi	irtschaftlichen Be	triebe		
Insgesan	nt	Betriebe/1000	17,8	17,0	16,9	- 0,6
		1000 ha	766,4	771,9	768,0	- 0,5
davon mit ei von ha	ner landwirtschaftlich genutzten Fläche					
	unter 5	Betriebe/1000	1,0	0,8	0,9	5,5
	F1: 40	1000 ha	2,1	1,8	1,9	5,0
	5 bis 10	Betriebe/1000 1000 ha	3,0 22,5	3,0 22,2	2,8 20,6	- 5,6 - 7,3
	10 bis 30	Betriebe/1000	4,1	3,7	3,8	4,0
	10 2.5	1000 ha	61,3	55,7	58,1	4,2
	30 bis 50	Betriebe/1000	4,6	4,5	4,3	- 3,5
		1000 ha	152,2	148,4	143,5	- 3,3
	50 bis 100	Betriebe/1000	3,1	3,0	2,9	- 0,8
	40011.000	1000 ha	216,8	210,2	207,4	- 1,4
	100 bis 200	Betriebe/1000	1,6	1,6	1,6	- 1,2
	200 oder mehr	1000 ha Betriebe/1000	215,6 0,3	220,3 0,4	218,5 0,4	- 0,8 3,3
	200 oder mem	1000 ha	95,8	113,3	118,1	4,3
		Nutzung der Bo		110,0	110,1	1,0
Landwirtscha darunter	aftlich genutzte Fläche insgesamt	1000 ha	766,4	771,9	768,0	- 0,5
	Dauergrünland	1000 ha	283,7	287,9	282,9	- 1,7
	Ackerland	1000 ha	476,7	477,7	479,0	0,3
	darunter					
mais/CCM)	Getreide insgesamt (ohne Körner-	1000 ha	298,3	300,0	300,2	0,1
	dar. Winterweizen (einschl. Dinkel)	1000 ha	164,6	164,6	161,4	- 1,9
	Silomais	1000 ha	36,6	41,1	42,6	3,9
	Kartoffeln	1000 ha	4,3	4,3	4,2	- 3,6
	Zuckerrüben	1000 ha	14,2	13,7	13,4	- 1,6
	Winterraps	1000 ha	66,8	63,9	63,4	- 0,8
	Gemüse und Gartengewächse	1000 ha	8,1	8,5	8,5	0,2
	Brache auf dem Ackerland	1000 ha	9,4	8,1	7,9	- 2,1
Catualda i n	a a a a m t /ah na Kärnarmaia/CCM\	Hektarerträge wich dt/ha	-	717	75.1	0.5
Getreide i n	s g e s a m t (ohne Körnermais/CCM) dar. Winterweizen	dt/ha	70,2 77,3	74,7 83,5	75,1 84,7	0,5 1,4
Kartoffeln	dar. Willterweizen	dt/ha	400,3	376,3	450,2	1,4
Zuckerrüben		dt/ha	678,3	702,3	859,7	22,4
Winterraps		dt/ha	39,7	39,5	44,6	12,9
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·		Erntemengen wich		07,0	1 1,0	12,7
Getreide i n	s g e s a m t (ohne Körnermais/CCM)	1000 t	2092,5	2239,6	2251,1	0,5
	dar. Winterweizen	1000 t	1272,3	1374,0	1366,2	- 0,6
Kartoffeln		1000 t	171,5	163,6	188,6	15,3
Zuckerrüben		1000 t	965,8	959,7	1156,1	20,5
Winterraps		1000 t	265,2	252,1	282,2	12,0
	Viehbestände u	und Betriebe mit Vie	hhaltung (Stand	jeweils 3. Mai)		
Rinder aus H	IIT	1000	480,4	456,1	464,5	1,8
		Betriebe/1000	10,5	9,1	9,0	- 1,4
dar. Milchk	ühe	1000	150,6	145,7	148,3	1,8
		Betriebe/1000	4,2	3,5	3,4	- 4,3
Schweine ¹⁾		1000	670,2	584,2	599,7	2,6
		Betriebe/1000	1,7	1,3	1,2	- 6,6
dar. Zuchtsa	nuen	1000	54,4	45,0	43,4	-3,7
		Betriebe/1000	0,8	0,5	0,5	- 10,7
1) Endgültige,	hochgerechnete Repräsentativergebnisse.					



den Betriebe. Auf den 13 400 ha Anbaufläche wurden durchschnittlich 86 t/ha geerntet; dies entsprach einem Plus von gut einem Fünftel gegenüber dem Vorjahr (gut 70 t/ha) bzw. dem Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2013. Ebenso lag der Ertrag von Kartoffeln mit 45,0 t/ha fast ein Fünftel über dem des Vorjahres (Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2013: 40,0 t/ha), der des Winterraps mit 44,6 dt/ha immerhin noch knapp 13 % darüber (Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2013: 37,5 dt/ha). Angebaut wurde Winterraps auf rund 63 400 ha, ein Wert, wie er seit Jahren in dieser Größenordnung festgestellt werden konnte.

In der Strauchbeerenerhebung 2014 zeigte sich erneut, dass der Schwarze Holunder mit 97 ha Anbauumfang die wichtigste Strauchbeerenart in Hessen ist. 34 % der gesamten Strauchbeerenanbaufläche im Freiland in Höhe von knapp 282 ha waren mit dieser Beerenart bepflanzt, bei der sowohl die Blüten als auch die Früchte genutzt werden. Der im vergangenen Jahr häufig diskutierte Befall durch die Kirschessigfliege im Beerenobstanbau führte beispielsweise zu einem Verlust von fast 4 dt/ha auf nunmehr 46,7 dt/ha bei den Himbeeranlagen im Freiland. Allerdings wurden in den Unterglasanlagen sogar Ertragszuwächse von 6 dt/ha auf nunmehr 90,2 dt/ha ermittelt.

Erstmals seit 1984¹⁾ konnte wieder ein moderater Anstieg der Rinderbestände beobachtet werden. 9000 Betriebe hielten zum Stichtag 3. Mai 2014 464 500 Rinder, darunter 148 300 Milchkühe. Dies entsprach – gegenüber dem Vorjahr – einem moderaten Anstieg um knapp 2 %. Ob diese Entwicklung sich nach dem Wegfall der Milchquotenregelung noch weiter fortsetzt, bleibt offen.

Gut 690 t Fisch wurden 2013 in den 70 hessischen Aquakulturanlagen erzeugt, davon waren allein 452 t Regenbogenforellen. Weitere bedeutende Aquakulturerzeugnisse waren die Bachforelle (70 t) und der Sibirische Stör (50 t).

Der in der Nachhaltigkeitsstrategie angeführte – und aus Sicht der Landwirtschaft besonders wichtige – Indikator der täglichen Inanspruchnahme²⁾ für Siedlungs- und Verkehrszwecke betrug im Jahr 2013 2,72 ha/Tag, nachdem im Jahr 2010 noch 3,64 ha am Tag in Anspruch genommen wurden. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasste insgesamt im Jahr 2013 rund 330 200 ha, was einem Anteil von 15,6 % der hessischen Bodenfläche (2,11 Mill. ha) entsprach.

Bevölkerungswachstum setzt sich im fünften Jahr in Folge verstärkt fort – außerordentlich hohe Wanderungsüberschüsse aus dem Ausland.

Der seit 2010 zu beobachtende Bevölkerungsanstieg setzte sich 2014 verstärkt fort. Darauf deuten die bei Redaktionsschluss vorliegenden Daten der ersten 11 Monate hin. Aus der Entwicklung bis November wurde hier auf das ganze Jahr hochgerechnet und eine Bevölkerungszunahme von gut 47 000 auf rund 6,093 Mill. Einwohner geschätzt. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate stieg demnach von 0,5 auf 0,8 %. Bei einem Geburtendefizit von etwa 6400 weniger Geborenen als Gestorbenen waren die Wanderungsbewegungen von entscheidender Bedeutung.

Im Verlauf des vergangenen Jahres zogen 225 800 Personen nach Hessen zu, während gleichzeitig 174 600 Personen das Land verließen. Damit wies die Wanderungsbilanz einen Überschuss von 51 200 Personen aus, gut 13 500 oder 36 % mehr als im Vorjahr. Ausschlaggebend waren die außerordentlich hohen Wanderungsüberschüsse aus dem Ausland, während die Zu- und Fortzüge innerhalb des übrigen Bundesgebietes mit einem leicht gestiegenen Negativsaldo von 3300 Personen zu Buche schlugen. Aus dem Ausland kamen im vergan-

1) In den Jahren 2007 und 2008 konnten ebenfalls moderate Zuwächse an Rinder- und Milchkuhbeständen ermittelt werden. Dieser Zuwachs war jedoch methodisch bedingt, nämlich durch die Umstellung von primär durchgeführter Viehzählung auf die sekundärstatistische Nutzung des Herkunftssicherungs- und Informationssystems Tier (HIT).

2) Berechnet als gleitender Vierjahresdurchschnitt.

genen Jahr 131 100 Personen nach Hessen und 76 600 Personen sind gleichzeitig dorthin weggezogen. Per saldo zogen 54 500 Personen aus dem Ausland zu, im Vergleich zu 40 100 im Vorjahr; das waren so viele, wie seit 20 Jahren nicht mehr.

Rund 60 % der im Zeitraum Januar bis November 2014 registrierten Nettozuwanderung entfielen auf Länder der EU. Hauptherkunftsländer waren Rumänien (6500), Polen (5600), Kroatien (4300), Italien (4200), Bulgarien (3700) und Spanien (2400). Aus den Balkanländern Bosnien-Herzegowina, Serbien, Mazedonien, Kosovo und Albanien kamen insgesamt 4400 Personen. Aus den Kriegs- und Krisengebieten Asiens und Afrikas, aus Syrien, Pakistan und Afghanistan sowie Eritrea und Somalia wanderten per saldo insgesamt 9900 Personen nach Hessen zu

Die Bilanz der *lebend Geborenen* und *Gestorbenen* schlug nach den bei Redaktionsschluss vorliegenden Daten im Jahr 2014 mit einem Geburtendefizit von 6400 zu Buche, im Vergleich zu 11 700 im Vorjahr. Die Zahl der lebend Geborenen war in den ersten 11 Monaten 2014 um 4 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum und dürfte für das gesamte Jahr bei 54 300 Geburten liegen. Die Zahl der Gestorbenen war da-

D " I		L •1	2042		0044
REVOL	kerungs	niianz	7013	แทด	7014
DOVO	Relatigs	DITUIL		ullu	

	Bevöll	kerung	Zu- bzw.	
Art der Angabe	2013	20141)	Abnahme (-) in %	
Bevölkerung am Jahresanfang	6 016 481	6 045 425	0,5	
Lebend Geborene	52 187	54 300	4,0	
Gestorbene	63 883	60 700	- 5,0	
Geburtendefizit	- 11 696	- 6 400	X	
Zugezogene über die Landesgrenzen	204 551	225 800	10,4	
davon aus (dem) anderen Bundesländern	93 461	94 700	1,3	
Ausland	111 090	131 100	18,0	
Fortgezogene über die Landesgrenzen	166 887	174 600	4,6	
davon in (das) andere Bundesländer	95 937	98 000	2,2	
Ausland	70 950	76 600	8,0	
Wanderungsgewinn	37 664	51 200	35,9	
davon gegenüber (dem) anderen Bundesländern	- 2476	- 3 300	Х	
Ausland	40 140	54 500	Χ	
Bevölkerung am Jahresende	6 045 425	6 092 600	0,8	
Bevölkerungszunahme ²⁾	28 944	47 175	X	

1) Geschätzte Ergebnisse. – 2) Einschl. Bestandskorrekturen; Fortschreibung Bevölkerungsbewegungen nach Zensusstichtag.

gegen bis einschl. November um 5 % niedriger, sodass für das gesamte Jahr mit 60 700 Sterbefällen zu rechnen ist.

Hessen-Statistiken



Ihre App für Zahlen und Fakten zu Hessen

STATISTIKHESSEN

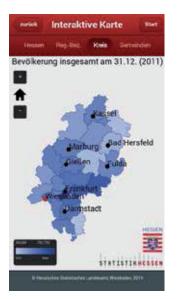
Statistiken rund um Hessen jederzeit und überall verfügbar

Wo ist die Bevölkerungsdichte in Hessen am höchsten, welche Region ist bei Hotelgästen am beliebtesten oder wie verteilen sich die Stimmen der hessischen Wähler in den einzelnen Wahlbezirken? Suchen Sie solche Zahlen

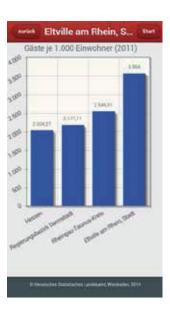
Statistiken und für hessische Gemeinden dem aus gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereich? Dann ist die App Hessen-Statistiken des Hessischen Statistischen Landesamtes genau der richtige Wegbegleiter für Sie. Aktuelle Informationen immer mobil zur Hand, für Hessen und für Ihre Region!

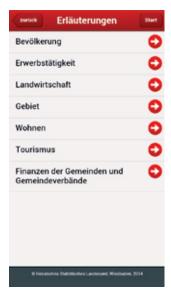


W-150-15









■ Interaktive Karte

Die interaktive Hessenkarte erlaubt eine direkte Auswahl von Gemeinden, Landkreisen, Regierungsbezirken oder dem Bundesland Hessen über Touchscreen.

Sachgebiete

Die Sachgebiete und die tiefer gehenden Unterkategorien gliedern das Informationsangebot.

Diagramme

Visuelle Darstellungen machen die Daten noch übersichtlicher und bieten einen informativen Vergleich mit einem Klick.

Erläuterungen

Informationen zu den verwendeten Begrifflichkeiten sind abrufbar.

Diese App wurde im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Hessischen Statistischen Landesamt und der Hochschule RheinMain von Studierenden entwickelt.

Laden Sie sich die App gleich herunter: www.statistik-hessen.de/...







Allgemeinbildende Abschlüsse an den hessischen Schulen

Die Zahl der Schulabgänger ist von großer Bedeutung für die Entwicklung des Lehrstellen- und Arbeitsmarktes und der Hochschullandschaft. Die Art des Schulabschlusses beeinflusst zudem entscheidend die Ausbildungs- und Berufschancen der jungen Männer und Frauen. Die Ausbildungsordnungen im dualen System enthalten zwar nicht ausdrücklich bestimmte Schulabschlüsse als Zugangsvoraussetzung für die einzelnen Berufe. In der Praxis nehmen aber die meisten Betriebe bei der Suche nach Auszubildenden in Abhängigkeit vom Ausbildungsberuf bestimmte Schulabschlüsse in ihr Anforderungsprofil auf. Für die Aufnahme vieler schulischer Berufsausbildungen sowie für ein Hochschulstudium sind bestimmte Schulabschlüsse auch formal vorgeschrieben. Im Jahr 2014 gingen etwa 66 000 Schüler mit einem Abschluss von den allgemeinbildenden Schulen ab. Darüber hinaus verließen etwa 3000 Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen ohne einen Hauptschulabschluss. Allgemeinbildende Abschlüsse können nicht nur an allgemeinbildenden, sondern auch anschließend an beruflichen Schulen erworben werden. Diese Möglichkeit des nachträglichen Erwerbs wurde im vergangenen Jahr von 20 400 Jugendlichen genutzt. Insgesamt wurde fast ein Viertel aller allgemeinbildenden Abschlüsse an beruflichen Schulen vergeben. Von den in Hessen erworbenen Studienberechtigungen wurde sogar mehr als jede dritte an beruflichen Schulen erlangt. Für die ausländischen Jugendlichen hat die Möglichkeit des nachträglichen Erwerbs allgemeinbildender Schulabschlüsse eine größere Bedeutung als für ihre deutschen Altersgenossen. Im Zeitverlauf ist zudem sowohl an allgemeinbildenden als auch an beruflichen Schulen ein Trend hin zu höherqualifizierenden Abschlüssen zu beobachten. Nach wie vor ist jedoch der Realschulabschluss der am häufigsten vergebene. Von Ulrike Schedding-Kleis

Zur Beschreibung des Abgangsverhaltens der Schüler werden unterschiedliche Definitionen und Abgrenzungen verwendet, die z. T. aufgrund der Kulturhoheit der Länder länderspezifisch sind. Bundeseinheitlich wird unterschieden zwischen Abgängern und Absolventen. Zu den Abgängern allgemeinbildender Schulen zählen die Schüler, die das allgemeinbildende Schulsystem ohne einen Hauptschulabschluss verlassen haben. Darunter zählen nach der Definition der Kultusministerkonferenz (KMK) auch die Schüler, die einen schulartspezifischen Förderschulabschluss mit den Schwerpunkten "Lernen" oder "Geistige Entwicklung" erhalten haben. Absolventen allgemeinbildender Schulen sind alle Schüler, die einen Hauptschul- oder höher qualifizierenden Abschluss erreicht haben, unabhängig davon, ob sie das allgemeinbildende Schulsystem endgültig verlassen haben.

Davon abgegrenzt wird das Konzept der Schulentlassenen. Dazu zählen die Schüler, die die allgemeinbildenden Schulen (Ausnahme: Schulen für Erwachsene) mit oder ohne Abschluss endgültig verlassen haben. Die Anzahl ist eine Darunter-Zahl der Summe aus Abgängern und Absolventen. Ein Schüler, der nach erfolgreichem Abschluss der Realschule in eine gymnasiale Oberstufe wechselt, ist danach ein Absolvent mit Realschulabschluss, aber kein Schulentlassener. Wechselt er hingegen auf ein berufliches Gymnasium, ist er ein Schulentlassener aus allgemeinbildenden Schulen. Damit wird jeder Schüler, der das allgemeinbildende Schulsystem verlässt, im Laufe der Zeit nur einmal gezählt, und zwar mit dem höchsten erreichten Abschluss.

Auch an beruflichen Schulen wird zwischen Abgängern und Absolventen unterschieden. Abgänger sind die Schüler, die einen Bildungsgang vollständig durchlaufen, jedoch das Ziel des Bildungsgangs (Abschluss/regelmäßige Teilnahme) nicht erreicht haben. Absolventen sind hingegen die Schüler, die einen beruflichen Bildungsgang mit Erfolg durchlaufen haben¹⁾. Im beruflichen Schulsystem gibt es eine Reihe von Bildungsgän-

1) Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Kommission für Statistik, Definitionenkatalog zur Schulstatistik 2014, abgerufen am 8. Dezember 2014.

gen, die nicht nur eine berufspraktische Bildung vermitteln, sondern auch die Möglichkeit bieten, nachträglich einen höher qualifizierenden allgemeinbildenden Abschluss zu erwerben. Der weitaus größte Teil der höherqualifizierenden allgemeinbildenden Abschlüsse an den beruflichen Schulen wird an Schüler vergeben, die vollzeitschulische Bildungsgänge absolviert haben. Die entsprechenden Bildungsgänge sind i. d. R. abschlussspezifisch organisiert. An den beruflichen Schulen Hessens können alle allgemeinbildenden Abschlüsse erworben werden. Die Bildungsgänge, die auf das Erreichen eines Haupt- oder Realschulabschlusses ausgerichtet sind, werden dem Übergangsbereich zugeordnet.

2014: über 69 000 Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen

Im Sommer 2014 gingen knapp 69 100 Abgänger und Absolventen von einer allgemeinbildenden Schule in Hessen ab. Die Hälfte von ihnen war weiblich; der Ausländeranteil lag bei 12,2 %. Einen allgemeinbildenden Schulabschluss erhielten 66 000 Schüler. Gut 3000 Schüler verließen die allgemeinbildende Schule ohne einen Hauptschulabschluss, das entspricht einem Anteil von 4,4 % an allen Abgängern und Absolventen²⁾. Mehr als jeder vierte der Abgänger ohne Hauptschulabschluss besaß eine ausländische Staatsangehörigkeit. Mit einem Anteil von unter 39 % waren die Frauen deutlich unterrepräsentiert. Über die Hälfte dieser Abgänger erhielt einen schulartspezifischen Förderschulabschluss, der größtenteils an Förderschulformen vergeben wurde, deren vorrangiges Ziel nicht der Erwerb eines Hauptschulabschlusses ist (Förderschwerpunkt "Lernen" mit berufsorientiertem Abschluss sowie Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung" mit entsprechendem Abgangszeugnis). Weiterhin gingen 24 % der Abgänger ohne Hauptschulabschluss von Hauptschulen und 13 % aus integrierten Jahrgangsstufen ab.

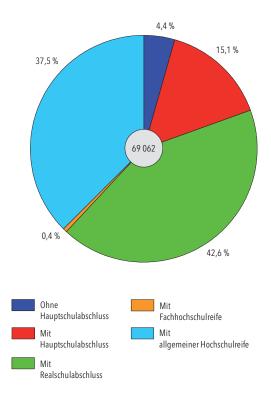
Einen Hauptschulabschluss erreichten 10 440 oder 15,1 % der Absolventen und Abgänger. Mit 55 % wurde mehr als die Hälfte dieser Abschlüsse an einer Hauptschule und ein weiteres Viertel an einer integrierten Jahrgangsstufe erworben. Weiterhin ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass fast alle Absolventen

mit Hauptschulabschluss aus Gymnasien Schüler waren, die nach der Mittelstufe einen achtjährigen gymnasialen Bildungsgang verließen, um anschließend in eine Fachoberschule oder ein berufliches Gymnasium zu wechseln. Somit handelt es sich bei über 11 % der Absolventen mit Hauptschulabschluss um eine Klientel, die anders als z. B. die Absolventen aus Haupt- und integrierten Gesamtschulen - nicht auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz ist, sondern beabsichtigt, im beruflichen Schulsystem eine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben. Mit 42 % war der Frauenanteil unter den Absolventen mit Hauptschulabschluss um 2,7 Prozentpunkte höher als unter den Abgängern ohne Hauptschulabschluss. Weiterhin waren die Ausländer mit einem Anteil von 22 % weniger stark vertreten als unter den Abgängern ohne Hauptschulabschluss.

Mit über 29 400 erhielten fast 43 % der Abgänger und Absolventen das Zeugnis mit Mittlerem Abschluss, der damit der am häufigsten erreichte an den allgemeinbildenden Schulen im letzten Sommer war. Der Frauenanteil lag bei knapp 50 % und der Ausländeranteil bei 13,4 %.

Da sich die Mittelstufenschule noch im Aufbau befindet, wird hier der Mittlere Abschluss erst-

Abgänger und Absolventen allgemeinbildender Schulen in Hessen 2014 nach Abschlussart



2) Abweichend von der bundeseinheitlichen Regelung werden in den Veröffentlichungen zur hessischen Schulstatistik z. T. die schulartspezifischen Förderschulabschlüsse nicht zu der Kategorie "ohne Hauptschulabschluss" gezählt und separat ausgewiesen.

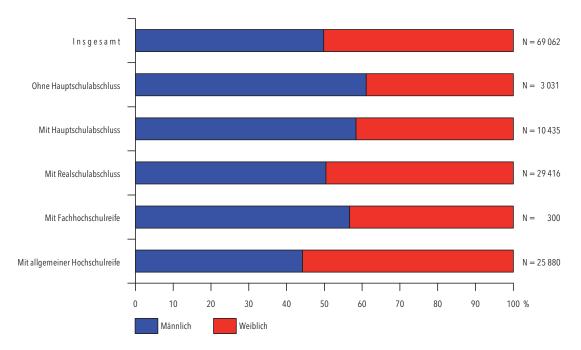
Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen in Hessen 2014 nach Abschlussart								
		Abgänger Absolventen					venten	
Schulform	Geschlecht —— Nationa- lität	Insgesamt	ohne Haupt- schul- abschluss	darunter mit schul- artspez. Förder- schul- abschluss	mit Haupt- schul- abschluss	mit Realschul- abschluss ¹⁾	mit Fachhoch- schulreife	mit allgemei- ner Hochschul- reife
Allgemeinbildende	zus.	69 062	3 031	1 592	10 435	29 416	300	25 880
Schulen insgesamt	weibl.	34 653	1 178	630	4 338	14 578	130	14 429
	Ausl.	8 412	789	369	2 280	3 942	74	1 327
Hauptschulen/ Hauptschulzweige	zus. weibl. Ausl.	7 153 3 011 1 917	720 286 229	21 8 5	5 719 2 389 1 459	714 336 229	-	- -
Realschulen/ Realschulzweige	zus. weibl. Ausl.	17 092 8 398 2 405	102 38 18	- -	470 209 104	16 520 8 151 2 283	- - -	- - -
Mittelstufenschulen/ Mittelstufenschulzweige	zus. weibl. Ausl.	30 12 4	10 4 1	- - -	20 8 3	- - -	-	- - -
Gymnasien/ Gymnasialzweige	zus. weibl. Ausl.	29 862 16 294 1 652	30 15 3	- - -	1 204 520 37	3 275 1 598 325	- - -	25 353 14 161 1 287
integrierte Jahrgangsstufen	zus. weibl. Ausl.	11 123 5 360 1 696	392 151 142	24 8 7	2 522 1 047 584	8 209 4 162 970	- - -	- - -
Förderschulen	zus. weibl. Ausl.	2 303 848 464	1 777 684 396	1 547 614 357	390 115 62	129 46 6	- - -	7 3 -
Schulen für Erwachsene	zus. weibl. Ausl.	1 499 730 274	- - -	- - -	110 50 31	569 285 129	300 130 74	520 265 40
1) Einschl. schulischem Teil der Fachhochschulreife an allgemeinbildenden Schulen.								

mals 2015 vergeben werden. Der größte Teil (56 %) der Realschulabschlüsse wurde an einer Realschule bzw. einem Realschulzweig einer kooperativen Gesamtschule erreicht, weitere 28 % an einer integrierten Jahrgangsstufe. Von den Absolventen mit Realschulabschluss aus diesen beiden Schulformen gingen insgesamt 4600 und damit fast jeder Fünfte in eine gymnasiale Oberstufe an Gymnasien und Gesamtschulen über. Unter den Übergängern befanden sich überproportional viele junge Frauen (59 %), während der Ausländeranteil etwa dem unter den Absolven-

ten mit Realschulabschluss insgesamt entsprach (14 %). Unter den 28 800 Absolventen befanden sich somit 24 200 Schulentlassene mit Mittlerem Abschluss, die das allgemeinbildende Schulsystem endgültig verlassen haben (ohne Schulen für Erwachsene).

Der überwiegende Anteil (vier Fünftel) der knapp 3300 Schüler, die einen Realschulabschluss an den Gymnasien erhielten, ging aus der gymnasialen Oberstufe ab. Hierzu zählen auch 1600 Schüler, die nach einem oder zwei Jahren Qualifizierungsphase gleichzeitig den schulischen Teil

Abgänger und Absoventen allgemeinbildender Schulen in Hessen 2014 nach Abschlussart und Geschlecht

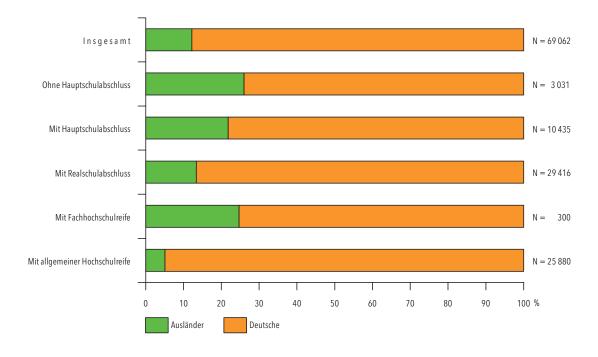


der Fachhochschulreife erlangten.

Der schulische Teil der Fachhochschulreife, der in der gymnasialen Oberstufe erlangt werden kann, wird in der amtlichen Statistik zu den Realschulabschlüssen gezählt. Das Zeugnis der Fachhochschulreife erhalten diese Schüler erst, wenn sie anschließend eine mindestens einjährige Berufs- oder Praktikumstätigkeit absolviert haben. Die Ausstellung dieses Zeugnisses erfolgt unabhängig vom Schuljahresende und somit auch vom Stichtag der amtlichen Schulstatistik. Daher

werden von der amtlichen Statistik im allgemeinbildenden Schulsystem nur bei den Schulen für Erwachsene Absolventen mit Fachhochschulreife ausgewiesen. Hier liegt i. d. R. die für diese Abschlussart geforderte Berufserfahrung vor. Im vergangenen Sommer verließen 300 Schüler die Schulen für Erwachsene mit einer Fachhochschulreife, die die Aufnahme eines Hochschulstudiums ermöglicht. Der Frauenanteil lag bei 43 % und der der Ausländer bei 25 %. Der hohe Ausländeranteil dürfte damit zu erklären sein,

Abgänger und Absolventen allgemeinbildender Schulen in Hessen 2014 nach Abschlussart und Staatsangehörigkeit



dass sie tendenziell häufiger das Abendgymnasium oder das Kolleg mit der Fachhochschulreife verlassen als die deutschen Schüler und daher nicht die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung erwerben.

Das Abitur erreichten im Sommer 2014 knapp 25 900 und damit 37 % der Abgänger und Absolventen. Mit fast 56 % war der Frauenanteil so hoch wie bei keiner anderen Abschlussart. Auf der anderen Seite hatte nur jeder zwanzigste Abiturient eine ausländische Staatsangehörigkeit. Fast alle Zeugnisse mit allgemeiner Hochschulreife wurden an Gymnasien und Gesamtschulen ausgestellt; die Schulen für Erwachsene spielten zahlenmäßig nur eine geringe Rolle. Im vergangen Jahr verließen letztmalig in Hessen verstärkte Abiturientenjahrgänge die allgemeinbildenden gymnasialen Bildungsgänge in Hessen. Dieser Effekt, der aufgrund der flächendeckenden Einführung von G8 in den Jahren 2004 bis 2006 entstand und in den vergangenen Jahren die Abiturientenzahlen deutlich erhöhte, wird ab 2015 nicht mehr vorhanden sein.

Trend zu höherqualifizierenden Abschlüssen im Zeitverlauf

Im Sommer 2004 gingen 63 400 Abgänger und Absolventen von einer allgemeinbildenden Schule ab; das waren 5600 oder 9 % weniger als 10 Jahre später. Die Entwicklung war bei den Abschlussarten unterschiedlich; insgesamt betrachtet nahmen die Absolventenzahlen bei den höher qualifizierenden Abschlüssen zu. Deutlich zurück ging im Zehnjahresvergleich die Zahl der Abgänger ohne Hauptschulabschluss; und zwar um 45 % auf 3100. Der Anteil der Abgänger mit einem schulartspezifischen Förderschulabschluss an allen Abgängern stieg leicht an. Mit einem Hauptschulabschluss verließen 2004 noch 15 300 Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen. Innerhalb von 10 Jahren ging die Zahl um fast ein Drittel auf 10 400 zurück. Hingegen stieg die Zahl der Absolventen mit Realschulabschluss deutlich um 3900 oder 15 % auf 29 400. Einen besonders deutlichen Zuwachs gab es im Zehnjahresvergleich bei den Abiturientenzahlen: Sie lagen um 55 % über dem Wert von 2004. Die Höhe der Steigerung wird allerdings mitbestimmt durch den verstärkten Abiturientenjahr-

Abgänger und Absolventen aus den allgemeinbildenden (AS) und beruflichen (BS)
Schulen in Hessen 2004 und 2014 nach Abschlussart

		darunter	davon				
Bildungs- bereich Insgesamt		mit all- gemein- bildendem Abschluss	Haupt- schulab- schluss	Realschul- abschluss	Fachhoch- schulreife	Abitur	
			2004				
AS	63 414	57 775	15 380	25 510	253	16 632	
BS	74 224	18 478	3 201	3 596	8 932	2 749	
Insgesamt	137 638	76 253	18 581	29 106	9 185	19 381	
			2014				
AS	69 062	66 031	10 435	29 416	300	25 880	
BS	63 878	20 346	1 962	3 589	10 955	3 840	
Insgesamt	132 940	86 377	12 397	33 005	11 255	29 720	

gang, der im vergangen Sommer aufgrund der Einführung von G8 in Hessen die allgemeinbildende gymnasiale Oberstufe verließ.

Ein Drittel der Abgänger und Absolventen beruflicher Schulen mit einem zusätzlich erworbenen allgemeinbildenden Abschluss

Im Sommer 2014 beendeten insgesamt 63 900 Jugendliche und junge Erwachsene einen Bildungsgang an einer beruflichen Schule in Hessen. Etwa 7 % von ihnen erreichten das Ziel des Bildungsgangs nicht und erhielten ein Abgangszeugnis. Von den über 59 000 Absolventen erwarben etwa 20 350 einen zusätzlichen allgemeinbildenden Schulabschluss; das war fast ein Drittel aller Abgänger und Absolventen beruflicher Schulen.

Etwa 47 % der allgemeinbildenden Schulabschlüsse an beruflichen Schulen wurden von Frauen erworben. Die leichte Unterrepräsentation der Frauen dürfte darin begründet sein, dass sie insgesamt betrachtet die allgemeinbildenden Schulen bereits mit einem höherqualifizierenden Schulabschluss verließen. Außerdem wurde von den ausländischen Schülern verstärkt die Möglichkeit genutzt, an den beruflichen Schulen höherqualifizierende allgemeinbildende Schulabschlüsse zu erlangen: Einem Anteil von 12 % bei allen Absolventen beruflicher Schulen stand ein Anteil von fast 16 % unter den Absolventen mit zusätzlich erworbenem Abschluss gegenüber. Auch bei den einzelnen Abschlussarten lagen die Ausländeranteile über denen an allgemein-

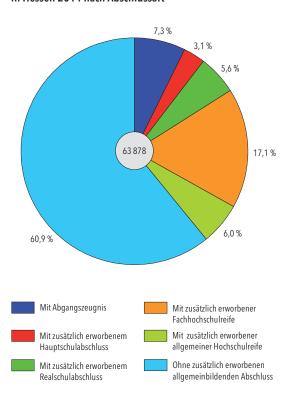
Abgänger und Absolventen aus beruflichen Schulen in Hessen 2014 nach Abschlussart									
				Absolventen					
Schulform	Geschlecht Nationalität	Insge- samt	Abgänger	mit zusätzlich erwor- benem Hauptschul- abschluss	mit zusätzlich erwor- benem Realschul- abschluss	mit zusätzlich erworbener Fachhoch- schulreife	mit zusätzlich erworbener allgemeiner Hochschul- reife	ohne zusätzlich erworbenen allgemein- bildenden Abschluss	
Berufliche	zus.	63 878	4 640	1 962	3 589	10 955	3 840	38 892	
Schulen insgesamt	weibl.	29 543	1 735	797	1 825	5 248	1 727	18 211	
	Ausl.	8 528	1 265	764	805	1 367	240	4 087	
Berufsschulen	zus.	36 684	3 403	1 962	301	104	-	30 914	
	weibl.	15 365	1 168	797	133	29	-	13 238	
	Ausl.	5 100	1 013	764	48	8	-	3 267	
Berufsfachschulen	zus.	8 182	538	-	3 288	744	-	3 612	
	weibl.	4 865	277	-	1 692	426	-	2 470	
	Ausl.	1 505	145	-	757	82	-	521	
Fachschulen	zus.	4 899	45	-	-	488	-	4 366	
	weibl.	2 651	7	-	-	141	-	2 503	
	Ausl.	317	8	-	-	10	-	299	
Fachoberschulen	zus.	9 822	641	-	-	9 181	-	-	
	weibl.	4 702	278	-	-	4 424	-	-	
	Ausl.	1 317	99	-	-	1 218	-	-	
Berufliche Gymnasien	zus.	4 291	13	-	-	438	3 840	-	
	weibl.	1 960	5	-	-	228	1 727	-	
	Ausl.	289	-	-	-	49	240	-	

bildenden Schulen. Eine Ausnahme bildete die Fachhochschulreife, die im allgemeinbildenden Schulbereich allerdings zahlenmäßig nur eine untergeordnete Bedeutung hat. Hinsichtlich des Ausländeranteils bei den einzelnen Abschlussarten gab es dieselbe Tendenz wie an den allgemeinbildenden Schulen: Je höherqualifizierend der Abschluss war, desto geringer war der Ausländeranteil.

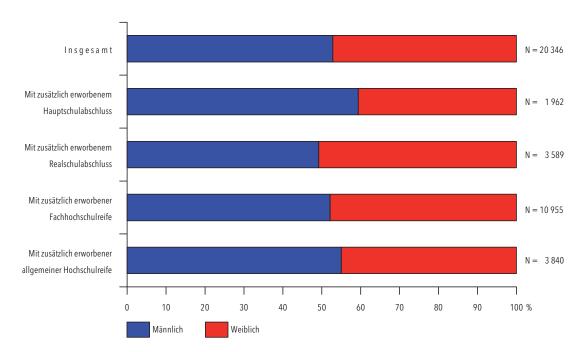
Die einzige berufliche Schulform, die in Hessen ohne einen allgemeinbildenden Abschluss besucht werden kann, ist die Berufsschule. Sie bietet daher Schulabgängern aus allgemeinbildenden Schulen als einzige die Möglichkeit, nachträglich einen Hauptschulabschluss zu erwerben. Im Sommer 2014 erlangten fast 2000 Jugendliche ihren Hauptschulabschluss an der Berufsschule. Über 90 % von ihnen erreichten ihn mit einem erfolgreichen Abschluss eines Bildungsgangs zur Berufsvorbereitung (u. a. EIBE = Programm für die Eingliederung in die Berufsund Arbeitswelt). Diese Bildungsgänge sind an der Berufsschule für Schüler ohne Ausbildungs-

vertrag eingerichtet und sollen den Übergang in eine Berufsausbildung erleichtern. Die relativ ho-

Abgänger und Absolventen beruflicher Schulen in Hessen 2014 nach Abschlussart



Absolventen beruflicher Schulen in Hessen 2014 nach zusätzlich erworbener allgemeinbildender Abschlussart und Geschlecht



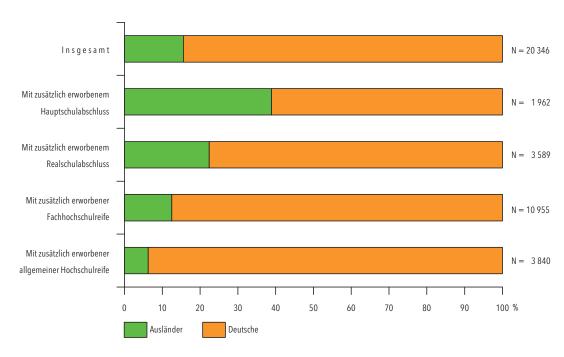
hen Anteile der männlichen und ausländischen Absolventen dürften sich aus dem Sachverhalt ergeben, dass diese Gruppen zuvor die allgemeinbildende Schule häufiger ohne Abschluss verlassen haben.

Fast 3600 Absolventen der beruflichen Schulen erlangten den Mittleren Abschluss. Er wurde vorwiegend an Berufsfachschulen in einem zweijährigen Bildungsgang vergeben, der als Zugangsvoraussetzung einen Hauptschulabschluss

hat. Der Ausländeranteil unter den Absolventen mit Realschulabschluss an beruflichen Schulen ist mit über einem Fünftel überdurchschnittlich hoch.

Mit 10 960 entfiel über die Hälfte (54 %) der an beruflichen Schulen erlangten allgemeinbildenden Abschlüsse auf die Fachhochschulreife. Sie wurde vorwiegend an Fachoberschulen erworben, die in ein (Form B) oder zwei (Form A) Jahren, aufbauend auf dem Mittleren Abschluss

Abgänger und Absolventen beruflicher Schulen in Hessen 2014 nach Abschlussart und Staatsangehörigkeit



in Verbindung mit einer beruflichen Qualifizierung, zur Fachhochschulreife führen. Weiterhin wurden von den Zweijährigen Höheren Berufsfachschulen, die zu einem schulischen Berufsabschluss führen, fast 7 % und von den Fachschulen, die nach einer beruflichen Erstausbildung der Aufstiegsqualifizierung dienen, gut 4 % der Abschlusszeugnisse mit Fachhochschulreife ausgestellt. Der Frauenanteil entsprach etwa dem aller Absolventinnen beruflicher Schulen mit einem zusätzlich erworbenen allgemeinbildenden Schulabschluss. Der Ausländeranteil lag bei über 12 % und war damit deutlich höher als bei den Abiturienten.

Fast jeder fünfte der an beruflichen Schulen erworbenen allgemeinbildenden Abschlüsse entfiel auf die allgemeine Hochschulreife, die im beruflichen Schulsystem Hessens an den beruflichen Gymnasien erworben werden kann. Anders als in den allgemeinbildenden Gymnasien sind hier die männlichen Abiturienten überrepräsentiert. Der Ausländeranteil ist mit gut 6 % geringfügig höher als im allgemeinbildenden Bereich.



Christian Schwier - Fotolia.co

Tendenziell ist im Zeitverlauf eine Zunahme der Absolventenzahlen aus beruflichen Schulen, die einen zusätzlichen allgemeinbildenden Abschluss erwerben, zu beobachten. Diese Entwicklung läuft parallel zu den steigenden Schülerzahlen in den vollzeitschulischen Bildungsgängen an beruflichen Schulen. Die zahlenmäßige Bedeutung der "klassischen" Berufsschule ging dagegen im Zeitverlauf deutlich zurück. Im Jahr 2013/14 besuchten noch etwa 109 000 Auszubildende mit einem betrieblichen Ausbildungs-

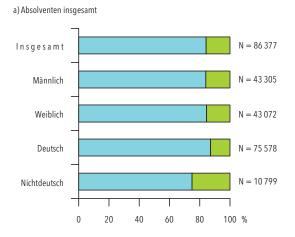
vertrag die Teilzeitberufsschule mit dem Ziel, einen Berufsabschluss zu erwerben. Das waren knapp 58 % aller Schüler an beruflichen Schulen. 10 Jahre zuvor lag die Zahl der Berufsschüler im dualen System bei über 120 000 mit einem Anteil von 63 % an allen Schülern beruflicher Schulen. Hingegen nahmen die Schülerzahlen außerhalb des Teilzeitberufsschulsystems sowohl absolut als auch relativ betrachtet zu. Im Zehnjahresvergleich stiegen sie um über 10 000 auf 80 600.

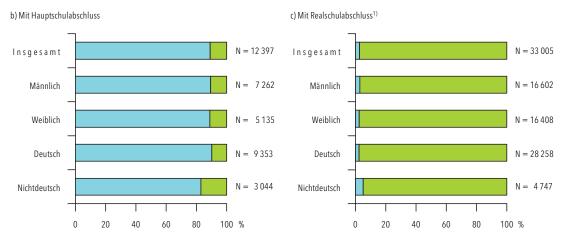
Die Zahl der Absolventen mit einem zusätzlich erworbenen allgemeinbildenden Abschluss lag 2014 um fast 1900 und damit um 10 % über dem Wert für 2004. Wie an den allgemeinbildenden stieg in der Folge auch an den beruflichen Schulen die durchschnittliche Qualifikation der Abschlüsse. Die Zahl der Hauptschulabschlüsse lag 2014 bei 1960 und damit um 1240 oder 39 % unter der im Jahr 2004. Diese Abnahme korrespondiert mit dem Rückgang der Zahl der Abgänger ohne Hauptschulabschluss aus den allgemeinbildenden Schulen. Im Jahr 2014 wurden etwa gleich viele Realschulabschlüsse an beruflichen Schulen vergeben wie 2004. Dagegen stiegen die Absolventenzahlen mit einer Studienberechtigung deutlich an: Eine Fachhochschulreife erwarben mit 10 960 fast ein Viertel mehr Schüler beruflicher Schulen als 10 Jahre zuvor. Mit 3840 stieg die Zahl der Abiturienten in diesem Zeitraum sogar um 40 % an.

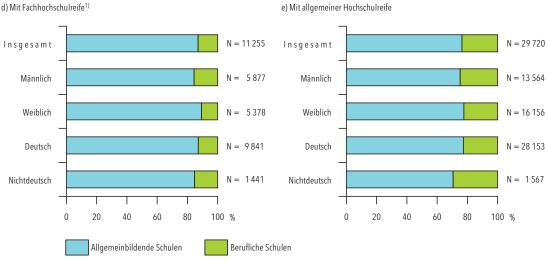
Ein Viertel aller allgemeinbildenden Schulabschlüsse an Absolventen beruflicher Schulen vergeben

Insgesamt wurden im Sommer 2014 an den hessischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen 86 400 allgemeinbildende Schulabschlüsse vergeben. Der häufigste Abschluss war der Realschulabschlüss mit 33 000 oder einem Anteil von 38 % an allen Abschlüssen. Weiterhin erlangten insgesamt 29 700 Absolventen eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung und knapp 11 260 eine Fachhochschulreife. Damit wurden im vergangenen Jahr fast 41 000 Studienberechtigte aus den hessischen Schulen entlassen. Ferner wurden 12 400 Hauptschulabschlüsse vergeben. Bei der gemeinsamen Betrachtung der Absolventen allgemeinbildender und beruflicher Schulen ist zu beachten, dass

Allgemeinbildende Abschlüsse an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hessen 2014 nach Abschlussart und Personengruppen







1) Einschl. schulischem Teil der Fachhochschulreife an beruflichen Schulen.

mehrere Absolventenjahrgänge betrachtet werden. Beispielsweise wird ein Jugendlicher, der 2012 die allgemeinbildende Schule mit einem Hauptschulabschluss und im Jahr 2014 die berufliche Schule mit Realschulabschluss verlassen hat, im Zeitverlauf zweimal erfasst.

Im Jahr 2014 lag die Zahl der allgemeinbildenden Abschlüsse, die in Hessen erworben wurden, um etwa 10 000 über der des Jahres 2004. Auch der Anteil der Absolventen mit einem erworbenen allgemeinbildenden Abschluss an allen Abgängern und Absolventen stieg in diesem Zeitraum deutlich an; und zwar um knapp 10 Pro-



© whyframeshot - Fotolia.cor

zentpunkte auf 65 %. Dabei war die Entwicklung der Zahlen der höherwertigen Abschlüsse positiver. Im Sommer 2014 wurden über die Hälfte mehr Abiturzeugnisse vergeben als 2004. Die Zahl der Fachhochschulreifen stieg in diesem Zeitraum um über ein Viertel und die der Mittleren Abschlüsse um 13 %. Deutlich zurück ging innerhalb von 10 Jahren die Zahl der Hauptschulabschlüsse, und zwar um ein Drittel.

Knapp ein Viertel der allgemeinbildenden Abschlüsse wurden im vergangenen Sommer an beruflichen Schulen vergeben. Dabei unterscheidet sich die Bedeutung der beruflichen Schulen für einen nachträglichen Erwerb eines Schulabschlusses zwischen den einzelnen Abschlussarten und Bevölkerungsgruppen.

Relativ betrachtet haben die beruflichen Schulen für die Fachhochschulreife aufgrund der hier angebotenen Bildungsgänge und nicht zuletzt aufgrund der für diesen Abschluss geforderten beruflichen Qualifikation die größte Bedeutung. Der Anteil lag bei etwa 97 % und war in allen betrachteten Bevölkerungsgruppen etwa gleich hoch. Lediglich bei den ausländischen Absolventen mit Fachhochschulreife lag der Anteil der an beruflichen Schulen erworbenen mit 95 % knapp darunter.

Erwerb eines Schulabschlusses an beruflichen Schulen für ausländische Jugendliche bedeutsamer als für deutsche

16% aller Hauptschulabschlüsse wurden an beruflichen Schulen erworben. Eine besonders hohe Bedeutung hatte diese Möglichkeit für die ausländischen Jugendlichen: Jeder vierte Hauptschulabschluss, den ausländische Jugendliche erreichten, wurde an einer beruflichen Schule vergeben. Dagegen war nur jeder achte der von deutschen Jugendlichen erworbenen Hauptschulabschlüsse an einer beruflichen Schule erlangt worden.

Mehr als jede achte allgemeine Hochschulreife wurde an beruflichen Schulen erworben. Während der Anteil der Abiturientinnen knapp 11 % betrug, lag er bei den männlichen Abiturienten mit 16 % deutlich darüber. Auch für die nichtdeutschen Abiturienten hatte das berufliche Gymnasium eine höhere Bedeutung als für die deutschen.

Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen in Hessen 2014 nach Abschlussart und Alter									
		davon							
Alter	Insgesamt	mit Abitur	mit Fachhoch- schulreife	mit Realschul- abschluss	mit Hauptschul- abschluss	ohne Haupt- schulabschluss			
15 oder jünger	5 362	-	-	917	3 856	589			
16	22 215	18	-	16 865	4 197	1 135			
17	11 619	1 219	-	7 856	1 829	715			
18	14 869	12 182	-	2 006	406	275			
19	10 099	9 144	-	734	58	163			
20	2 935	2 364	2	452	18	99			
21	656	381	5	200	18	52			
22	209	69	21	106	10	3			
23	171	66	32	67	6	-			
24	180	67	43	64	6	-			
25 oder älter	747	370	197	149	31	-			
Insgesamt	69 062	25 880	300	29 416	10 435	3 031			

Abgänger und Absolventen aus beruflichen Schulen in Hessen 2014 nach Abschlussart und Alter										
		davon								
Alter	Insgesamt	mit Abitur	mit Fachhoch- schulreife	mit Realschul- abschluss	mit Hauptschul- abschluss	mit Abschluss- zeugnis	ohne Ab- schluss (nach Beendigung des Bildungs- ganges)			
15 oder jünger	35	-	-	-	21	4	10			
16	1 153	1	7	24	525	251	345			
17	4 081	29	268	1 104	738	1 067	875			
18	8 400	683	3 181	1 286	358	2 007	885			
19	10 269	1 934	2 658	704	140	4 198	635			
20	9 475	904	1 733	263	68	5 942	565			
21	7 737	215	1 066	79	40	5 898	439			
22	6 992	48	716	42	37	5 819	330			
23	5 031	17	436	33	15	4 330	200			
24	3 250	8	306	23	7	2 749	157			
25 oder älter	7 455	1	584	31	13	6 627	199			
Insgesamt	63 878	3 840	10 955	3 589	1 962	38 892	4 640			

Relativ betrachtet die geringste Bedeutung hatten die beruflichen Schulen für den Erwerb eines Mittleren Abschlusses, der Anteil lag bei 11 %. Auch hier gab es einen deutlichen Unterschied zwischen den ausländischen und deutschen Absolventen: Während knapp 10 % der von Deutschen erworbenen Realschulabschlüsse an beruflichen Schulen vergeben wurde, lag der entsprechende Anteil bei den Nichtdeutschen bei 17 %.

Altersunterschiede zwischen Absolventen allgemeinbildender und beruflicher Schulen

Insgesamt betrachtet werden die einzelnen Abschlüsse an den beruflichen Schulen erst in einem deutlich höheren Alter erreicht als an den allgemeinbildenden Schulen. Während von den Jugendlichen, die die allgemeinbildenden Schulen mit einem Hauptschulabschluss verließen, mehr als drei Viertel jünger als 17 Jahre waren, lag der entsprechende Anteil bei denjenigen, die an den beruflichen Schulen den Hauptschulabschluss erwarben, bei 28 %. Über 9 % von ihnen waren sogar älter als 20 Jahre. Noch deutlicher waren die Unterschiede bei den Absolventen mit Realschulabschluss: 87 % der Mittleren Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen wurden von Jugendlichen erworben, die jünger als 18 Jahre waren. Der entsprechende Anteil an den beruflichen Schulen lag bei 31 %.

Von den Männern und Frauen, die an einer allgemeinbildenden Schule ihr Abitur erwarben, waren 87 % jünger als 20 Jahre. Der Anteil der Abiturienten an beruflichen Schulen mit einem Alter von unter 20 Jahren lag hingegen bei 69 %. Diese Differenz ist im Vergleich mit den anderen Abschlussarten relativ gering und ist darin begründet, dass an allgemeinbildenden Gymnasien der größte Teil der Schüler im Jahr 2014 die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung bereits nach 12 Schuljahren erwarb. Dagegen werden die beruflichen Gymnasien häufig von Schülern besucht, die zuvor ihren Realschulabschluss nach 10 Jahren an einer Realschule oder integrierten Gesamtschule erworben haben und somit weiterhin erst nach 13 Jahren Schulbildung ihr Abitur erlangten. Noch älter als die Abiturienten waren die Absolventen beruflicher Schulen mit einer Fachhochschulreife: Nur 56 % von ihnen waren jünger als 20 Jahre.

Schlussbemerkungen

Der Schulabschluss bestimmt maßgeblich die Möglichkeiten, die die Absolventen hinsichtlich der Integration auf dem Ausbildungsmarkt haben. Von den Absolventen, die die allgemeinbildenden Schulen mit einem Hauptschulabschluss verlassen, gelingt nur etwa 20 bis 25 % der direkte Einstieg in eine vollqualifizierende Berufsausbildung.

Mehr als ein Drittel des Absolventenjahrgangs 2013 mit Hauptschulabschluss besuchten anschließend die Zweijährige Berufsfachschule,



3) Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, Integrierte Ausbildungsberichterstattung für Hessen: Ergebnisbericht 2014, Wiesbaden 2014.

4) Statistisches Bundesamt, Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11, Reihe 4.3.1., 1980–2013, Wiesbaden 2014.

5) Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildungsbericht 2014, Bielefeld 2014. die zu einem Mittleren Abschluss führt. Auch von den Abgängern ohne Abschluss werden die Weiterqualifizierungsangebote an beruflichen Schulen stark genutzt. Fast 40 % der Abgänger des Jahres 2013 wechselten nach der allgemeinbildenden Schule in einen vollzeitschulischen Bildungsgang an einer Berufsschule, um den Hauptschulabschluss nachzuholen. Ein Teil dieser Jugendlichen strebte anschließend sogar an, den Realschulabschluss zu erwerben. Durch diese Maßnahmen wird der Anteil der Abgänger und der Absolventen mit Hauptschulabschluss, die ein oder mehrere Jahre nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule einen Ausbildungsplatz erhalten, deutlich erhöht.

Von den Absolventen mit Realschulabschluss aus allgemeinbildenden Schulen geht etwa die Hälfte in studienqualifizierende berufliche und allgemeinbildende Bildungsgänge über³). Weiterhin nahm etwa die Hälfte der Studienberechtigten des Jahres 2013 aus Hessen direkt anschließend ein Hochschulstudium auf. Dabei lag der Anteil der Abiturienten mit 52 % deutlich über dem der Studienberechtigten mit Fachhochschulreife, der bei 44 % lag. Insgesamt betrachtet stieg sowohl die Studierneigung der Abiturienten als auch der Absolventen mit Fachhochschulreife in den letzten Jahren deutlich an. Außerdem lag bei beiden Abschlussarten der Anteil der männlichen Studienberechtigten, die ein Hochschulstudium aufnehmen, über dem entsprechenden Anteil der weiblichen Studienberechtigten (2013: 57 vs. 44 %)⁴).

Die Möglichkeiten des nachträglichen Erwerbs von Schulabschlüssen an den beruflichen Schulen, die von vielen Schülern genutzt werden und die die Chancen auf einen Ausbildungs- oder Studienplatz erhöhen, sind ein Beleg für die Durchlässigkeit des Schulsystems. Allerdings sind die Jugendlichen, die an der beruflichen Schule einen zusätzlichen allgemeinbildenden Abschluss erreichen, im Durchschnitt älter. Als Folge des späteren Erwerbs eines bestimmten Abschlusses an beruflichen Schulen wird die für Schulbildung aufgewendete Lebenszeit verlängert und der Berufseinstieg erfolgt verzögert. Daher fordert u. a. die Autorengruppe Bildungsberichterstattung, mehr Abgänger der allgemeinbildenden Schulen direkt zum Hauptschulabschluss zu führen⁵⁾.

Ulrike Schedding-Kleis; Tel: 0611 3802-338; E-Mail: ulrike.schedding-kleis@statistik.hessen.de

Leiharbeit in Hessen: Ein Sprungbrett in reguläre Beschäftigung?¹⁾

Diese Untersuchung geht der Frage nach, inwieweit die Aufnahme von Leiharbeit den anschließenden Wechsel in ein Beschäftigungsverhältnis außerhalb dieser Branche ermöglicht. Dazu erfolgt mithilfe statistischer Verfahren ein Vergleich der Wahrscheinlichkeit von Personen, die ein Leiharbeitsverhältnis begonnen haben, künftig in einem regulären Beschäftigungsverhältnis angestellt zu sein, mit vergleichbaren Personen, die zunächst arbeitslos geblieben sind. Der Beitrag erörtert Erklärungsansätze für die Sprungbrettfunktion von Leiharbeit. Er beschreibt den genutzten Datensatz und die Stichprobenauswahl sowie die Methode und stellt die Ergebnisse der Untersuchung vor. Von **Timo Lepper**²⁾

1. Einleitung

Leiharbeitsunternehmen haben auf dem deutschen Arbeitsmarkt im vergangenen Jahrzehnt eine zunehmend bedeutende Rolle gespielt. Keine andere Beschäftigungsform ist innerhalb dieser Dekade in vergleichbarem Maße gewachsen. (Vanselow/Weinkopf, 2009) Dieser gesamtdeutsche Trend war ebenso für das Bundesland Hessen zu beobachten.

In diesem Zusammenhang positiv hervorgehoben wird die Rolle der Leiharbeit: Sie ermöglicht Unternehmen, ihren Personalbedarf – abhängig von der konjunkturellen Lage – flexibel anzupassen und damit verbunden einen relativen Vorteil im globalen Wettbewerb zu erzielen. Auch kann Leiharbeit Beschäftigungschancen für vormals Arbeitslose bereitstellen. Darüber hinaus werden die relativen Kostenvorteile angeführt, die den entleihenden Betrieben durch die Auslagerung der Such- und Selektionsprozesse sowie der Arbeitgeberfunktion an den Verleiher entstehen (Burda/Kvasnicka, 2006). Negativ wird hervorgehoben, dass einerseits atypisch Beschäftigte und speziell Leiharbeitnehmer im Hinblick auf Lohn und Arbeitsplatzsicherheit benachteiligt werden (Brülle, 2013), und dass andererseits die Gefahr besteht, dass reguläre Beschäftigungsverhältnisse in Leiharbeitsverhältnisse umgewandelt werden (Jahn/Weber, 2013).

Dem zuvor beschriebenen Wachstum der Leiharbeitsbranche ging der umfassende Um- bezie-



© Herby (Herbert) Me - Fotolia.com

hungsweise Abbau nationaler Regulierungen voraus. Der nahezu kontinuierliche Anstieg der Zahl von Beschäftigten in der Leiharbeit lässt sich allerdings kaum ursächlich auf die Neuregelungen der Leiharbeit zurückführen, sondern ist ebenfalls Ausdruck der positiven konjunkturellen Entwicklung (Jahn/Bentzen, 2012). Darüber hinaus betonen Burda/Kvasnicka (2006) die Rolle der moderaten Lohnentwicklung in diesem Bereich für dessen Wachstum. Sowohl die Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen in der Leiharbeit als auch die konjunkturelle Lage haben Einfluss auf den Umfang der Nutzung dieser Beschäftigungsform (Jahn/Bentzen, 2012). Bedeutende Deregulierungsschritte enthielt insbesondere das im Jahr 2003 verabschiedete "Erste Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" (das erste der sogenannten Hartz-Gesetze). Vorange-

- 1) Der Aufsatz ist erschienen in der Zeitschrift WIS-TA Wirtschaft und Statistik 2/2015 des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, und wird mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Bundesamtes und des Autors im Wortlaut abgedruckt.
- 2) Timo Lepper ist Diplom-Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Für seine Diplomarbeit zum Thema "Leiharbeit in Hessen: Ein Sprungbrett in reguläre Beschäftigung?" wurde er mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2014 in der Kategorie "Master-/ Bachelorarbeiten" ausgezeichnet.

gangen waren Überlegungen, wie die zu diesem Zeitpunkt als sehr hoch wahrgenommene Arbeitslosigkeit bekämpft werden kann. In diesem Kontext wurde der Leiharbeit eine zentrale Rolle als Vermittlungsinstrument zugeschrieben. Zum einen sollten durch die Ausweitung der Leiharbeit Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose geschaffen werden. Zum anderen sollte die Leiharbeit vor allem für Langzeitarbeitslose als Sprungbrett in reguläre Beschäftigung dienen und einen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen (Baur, 2003).



© moonrun - Fotolia.com

Bisherige Arbeiten, die sich mit der Funktion von Leiharbeit als Sprungbrett in reguläre Beschäftigung auseinandergesetzt haben, liefern unterschiedliche Ergebnisse. Zwar bestehen Hinweise auf eine Beschäftigungswirkung der Leiharbeit, weiterhin umstritten ist jedoch, ob Leiharbeit den Sprung in reguläre Beschäftigung außerhalb der Leiharbeit tatsächlich fördert.

Ziel dieser Arbeit ist es, zu ermitteln, ob Personen, die ein Leiharbeitsverhältnis aufgenommen haben, in ihrem späteren Erwerbsverlauf davon profitieren, indem sie häufiger eine Beschäftigung außerhalb der Leiharbeitsbranche aufnehmen als vergleichbare Personen, die zunächst in Arbeitslosigkeit verblieben sind. Dieser Beitrag beruht auf der Diplomarbeit "Leiharbeit in Hessen: Ein Sprungbrett in reguläre Beschäftigung?", die in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) entstanden ist und an der Goethe-Universität Frankfurt eingereicht wurde.

Nachdem in Kapitel 2 Erklärungsansätze für die Sprungbrettfunktion von Leiharbeit erörtert werden, erläutert Kapitel 3 den genutzten Datensatz und die Stichprobenauswahl. In Kapitel 4 wird die Methode dargestellt, bevor in den abschließenden Kapiteln 5 und 6 die Ergebnisse vorgestellt und diskutiert werden.

2. Die Sprungbrettfunktion von Leiharbeit

Leiharbeit fungiert dann als Sprungbrett, wenn sie ursächlich den Übergang von Arbeitslosigkeit in reguläre Beschäftigung, außerhalb der Leiharbeit, ermöglicht.

Studien zeigen, dass sich Leiharbeitnehmer überwiegend aus dem Bestand an arbeitslosen und inaktiven Personen rekrutieren (Crimmann und andere, 2009). Diese Tatsache kann in der Weise interpretiert werden, dass für Arbeitslose durch Leiharbeit eine Chance auf den (Wieder-) Einstieg in den Arbeitsmarkt gegeben ist.

Aus der Theorie lassen sich mehrere Argumente für eine Sprungbrettfunktion von Leiharbeit ableiten. Beschäftigte in der Leiharbeit könnten innerhalb von Leiharbeitsverhältnissen Wissen und Fähigkeiten anhäufen, die ihre Produktivität erhöhen und damit ihre künftigen Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigern (Kvasnicka/Werwatz, 2003). Eine Entwertung der persönlichen Fähigkeiten und des Wissens, wie sie während andauernder Arbeitslosigkeit auftreten kann, oder ein mit der Arbeitslosendauer zunehmender Stigmatisierungseffekt kann somit unterbrochen werden (Biewen/Steffes, 2010). Die Leiharbeit ermöglicht es zudem, während der Entleihung mit verschiedenen Arbeitgebern in Kontakt zu kommen und somit potenzielle Arbeitgeber kennenzulernen und sich darüber hinaus während des Arbeitseinsatzes unter Beweis stellen zu können. Die neuen sozialen Kontakte liefern womöglich Informationen über offene Stellen und bevorteilen Leiharbeitnehmer gegenüber Arbeitslosen auf der Suche nach regulärer Beschäftigung (Ichino/Mealli/Nannicini, 2005). Leiharbeit kann zudem bei schlechter Lage auf dem Arbeitsmarkt eine Möglichkeit darstellen, um Arbeitsbereitschaft zu signalisieren (Burda/Kvasnicka, 2006).

Ebenso ist der gegenteilige Effekt denkbar, wonach Leiharbeit womöglich die Arbeitsmarktchancen reduziert. So ist zu beobachten, dass sich Beschäftigte im Bereich der Leiharbeit zwischen kurzen Perioden der Beschäftigung und teilweise längeren Arbeitslosigkeitsperioden bewegen (Bronstein, 1991; Crimmann und andere, 2009). Für Personen im Bereich der Leiharbeit können durch ihre Beschäftigung in der Leiharbeit für den weiteren Erwerbsverlauf anhaltende Nachteile entstehen, sofern dieses Merkmal von anderen Arbeitgebern mit negativen Eigenschaften assoziiert wird und dadurch eine beschäftigungshemmende Wirkung aufweist. Ob Leiharbeit den Sprung in reguläre Beschäftigung fördert oder sogar hemmende Wirkung ausübt, ist aus theoretischer Sicht nicht eindeutig zu klären und somit durch die Empirie zu beantworten.

3. Datensatz und Stichprobenauswahl

Die empirische Analyse der Funktion von Leiharbeit als Sprungbrett in reguläre Beschäftigung basiert auf der Stichprobe der Integrierten Arbeitsmarktbiografien (SIAB) des IAB.

Die SIAB bildet mit ihren aus verschiedenen administrativen Quellen stammenden Daten tagesgenau die Erwerbsbiografien einer Zufallsauswahl einzelner Personen ab. Aufgrund des Meldeverfahrens sind Beamte und Selbstständige nicht enthalten. Die SIAB weist für den gesamten Beobachtungszeitraum (1975 bis 2010) exakte Informationen über die erwerbsbiografischen Verläufe und somit die Zeiten von Beschäftigung sowie Arbeitslosigkeit aus. Aufgrund der hohen Fluktuation der Arbeitskräfte in der Leiharbeitsbranche und des geringen Anteils an der Gesamtzahl der Beschäftigten in Hessen sind die Größe des Datensatzes und seine detaillierten Informationen zu den Übergängen im Erwerbsverlauf von besonderer Bedeutung für die Analyse der Sprungbrettfunktion von Leiharbeit.

Um die Wirkung der Aufnahme von Leiharbeit aus Arbeitslosigkeit auf die künftigen Arbeitsmarktchancen zu ermitteln, werden in der SIAB alle Personen, die zwischen dem 1. Januar 2000 und dem 31. Dezember 2004 in Hessen arbeitslos geworden sind, untersucht. Allerdings kommt nur die erste Arbeitslosigkeitsperiode dieser Personen in dem genannten Zeitraum als Evaluationsgegenstand infrage, spätere Arbeitslosigkeitsperioden werden nur als Ergebnisvariable berücksichtigt. Der so gesetzte Zeitrahmen erlaubt es, die weiteren Erwerbsbiografien dieser

Personen bis zu 10 Jahre zu beobachten, mindestens aber 6 Jahre nach Aufnahme einer Leiharbeit. Dabei wird die Stichprobe auf Personen im Alter zwischen 18 und 55 Jahren beschränkt: Ältere Personen haben möglicherweise einen Anspruch auf Frühverrentung und könnten somit den Arbeitsmarkt ohne weitere Beschäftigungssuche verlassen. Dies könnte die Untersuchungsergebnisse verzerren. Personen, über die keine Informationen ihrer Erwerbshistorie vor Eintritt in die Stichprobe enthalten sind, werden ebenso ausgeschlossen.



© MASP - Fotolia.cor

4. Der Evaluationsansatz

Typischerweise unterscheidet sich die Gruppe derjenigen Personen, die ein Leiharbeitsverhältnis aufgenommen haben, systematisch von denjenigen, die kein solches Leiharbeitsverhältnis begonnen haben. Das bedeutet: Ein einfacher Vergleich der Ergebnisse dieser beiden Gruppen kann nicht als Wirkung der Aufnahme des Leiharbeitsverhältnisses interpretiert werden, weil die systematischen Unterschiede zwischen den beiden Gruppen auch das interessierende Ergebnis, in diesem Fall die reguläre Beschäftigung, beeinflussen. Um das Problem der nicht zufälligen Selektion in ein Leiharbeitsverhältnis zu adressieren, wurde in dieser Arbeit mit dem Matchingverfahren eine ökonometrische Methode verwendet, die die Vergleichbarkeit von Personen, die ein Leiharbeitsverhältnis aufnehmen, und Personen, die zunächst in Arbeitslosigkeit verbleiben, sicherstellen sollen.

Die Evaluation basiert auf Kvasnicka (2008), der auf Sianesi (2001, 2004) aufbaut. Dabei wird der Average Treatment Effect on the Treated (ATT) ermittelt. Somit wird der durchschnittliche Effekt der Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses auf die künftigen Arbeitsmarktchancen für diejengen, die ein Leiharbeitsverhältnis aufgenommen haben, im Vergleich zur weiteren Stellensuche aus Arbeitslosigkeit heraus, ermittelt. Das Treatment ist in diesem Kontext die erstmalige Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses im Anschluss an die Arbeitslosmeldung für den Zeitraum von 2000 bis 2004. Um den Effekt der Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses zu schätzen, werden im Rahmen dieser Untersuchung 4 unterschiedliche Ergebnisvariablen betrachtet (quartalsweise Wahrscheinlichkeit auf reguläre Beschäftigung, Leiharbeit, Beschäftigung [regulär oder Leiharbeit] und Arbeitslosigkeit). Von besonderem Interesse ist der Arbeitsmarktstatus im Zeitverlauf:

(1)
$$Y_{jt}^{i(u)}|D^{(u)}$$

Hierbei bezeichnet j das dementsprechende Ergebnis (j = 1, 2, 3, 4), i = 1 ist das Ergebnis bei Teilnahme, i = 0 das Ergebnis bei Nichtteilnahme und t = u + 1, u + 2, ..., T die Anzahl der Quartale, für die dieses Ergebnis im Anschluss an mindestens u Quartale der Arbeitslosigkeit gemessen wird. $D^u = \{1, 0\}$ stellt die Indikatorvariable für den Treatment-Status, also die Aufnahme einer Leiharbeit, dar.

Nach Sianesi (2004) ist der Average Treatment Effect on the Treated (Δ_{jt}^{u}) der durchschnittliche Effekt der Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses zum Zeitpunkt u auf die Ergebnisvariable j nach (t - u) Quartalen für diejenigen Personen, die ein Leiharbeitsverhältnis aufgenommen haben. Dieser Effekt ergibt sich als die erwartete Differenz der Wahrscheinlichkeiten, in Arbeitsmarktstatus j zu verweilen im Falle einer Teilnahme an Leiharbeit ($Y_{jt}^{1(u)}$) gegenüber der Nichtteilnahme ($Y_{jt}^{0(u)}$), für diejenigen Personen, die an Leiharbeit teilnehmen ($D^{(u)} = 1$).

$$(2) \Delta_{jt}^{u} \equiv \mathsf{E}\left(\mathsf{Y}_{jt}^{1(u)} - \mathsf{Y}_{jt}^{0(u)} \middle| \mathsf{D}^{(u)} = 1\right)$$

(3)=
$$E\left(Y_{jt}^{1(u)} \middle| D^{(u)} = 1\right) - E\left(Y_{jt}^{0(u)} \middle| D^{(u)} = 1\right)$$

für $t = u + 1, ..., T$

Das Fundamentalproblem kausaler Schlussfolgerung tritt hier deutlich hervor. Es handelt sich bei $Y_{jt}^{0(u)}$ um ein sogenanntes kontrafaktisches Ergebnis. Es ist unmöglich, dieselben Personen,

die ein Leiharbeitsverhältnis aufgenommen haben, zugleich als Arbeitslose zu beobachten, da sich diese Zustände gegenseitig ausschließen (Almus und andere, 1998). Die methodische Herausforderung besteht in der Schätzung des im zweiten Term von Gleichuna (3) enthaltenen Erwartungswertes $\mathbf{E}(\mathbf{Y}_{jt}^{1(u)}|\mathbf{D}^{(u)}=1)$, da $\mathbf{Y}_{jt}^{0(u)}$ für diejenigen, die ein Leiharbeitsverhältnis aufnehmen, nicht direkt beobachtet werden kann. Zu diesem Zweck wird eine Kontrollgruppe aus Personen, die das Treatment nicht empfangen haben, herangezogen. Der erste Term hingegen, $\mathbf{E}(\mathbf{Y}_{jt}^{1(u)}|\mathbf{D}^{(u)}=1)$, kann als arithmetisches Mittel der sich im Anschluss an die Leiharbeit einstellenden Erwerbszustände geschätzt werden.

Durch das Matchingverfahren wird das kontrafaktische Ergebnis für die Leiharbeitnehmer geschätzt, und zwar mithilfe von mit den Leiharbeit aufnehmenden vergleichbaren Personen, die keine Leiharbeit aufnehmen, somit weiterhin in Arbeitslosigkeit verbleiben (statistische Zwillinge). Da die bisherige Verweildauer in Arbeitslosigkeit mutmaßlich wichtig bei der Entscheidung ist, ein Leiharbeitsverhältnis aufzunehmen (Kvasnicka, 2008), werden als Kontrollgruppe nur solche Personen berücksichtigt, die genauso lange arbeitslos gewesen sind wie die Personen, die gerade ein Leiharbeitsverhältnis aufgenommen haben. Hierbei wird für jedes Eintrittsquartal in Leiharbeit innerhalb des ersten Jahres nach der Arbeitslosmeldung mithilfe des Matchingverfahrens der Average Treatment Effect on the Treated (Δ_{i}) für das entsprechende u als Differenz der Ergebnisse zwischen denjenigen, die das Treatment empfangen, und den entsprechenden Kontrollpersonen geschätzt. Nach Sianesi (2004) wird darüber hinaus der durchschnittliche Effekt aller betrachteten Eintrittsquartale für jede Ergebnisvariable im entsprechenden Quartal durch die Gewichtung jeder Eintrittsquartalsgruppe anhand der Verteilung der Eintritte in Leiharbeit ermittelt.

Liegen, wie im vorliegenden Fall, eine Vielzahl an Kovariaten vor, ist es schwierig, exakte statistische Zwillinge zu finden. Rosenbaum und Rubin (1983) zeigen aber, dass unter bestimmten Bedingungen auf ein exaktes Matching verzichtet werden kann und Treatment- und Kontrollgruppe anhand eines Ähnlichkeitsindex, dem

sogenannten Propensity Score, gebildet werden können (Gangl/DiPrete, 2004). Dabei ergibt sich der Propensity Score aus der vorhergesagten Wahrscheinlichkeit, am Treatment (Leiharbeit) teilzunehmen, die zum Beispiel als gefitteter Wert aus einem Probit-Modell ermittelt wird. In diesem Untersuchungsmodell werden für jedes u (u = 1, ..., 4) Paare aus jeweils einer Person, die eine Leiharbeit aufgenommen hat, und einer Person, die zunächst arbeitslos geblieben ist, anhand des Propensity Score gebildet und letztere als Kontrollperson verwendet. Beobachtungen der Treatment-Gruppe, für die keine Beobachtung mit einem entsprechend nahen Propensity Score vorliegt, und Beobachtungen der Kontrollgruppe, für die keine gematchte Beobachtung aus der Treatment-Gruppe vorliegt, werden aus der Analyse ausgeschlossen. Es werden somit exakt so viele Personen der Kontrollgruppe für die Analyse ausgewählt, wie es der Anzahl der Personen der Treatment-Gruppe entspricht.

Zwischen der so ermittelten Treatment- und Kontrollgruppe kann der Effekt der Aufnahme der Leiharbeit als einfache Differenz der Ergebnisvariablen für die beiden Gruppen berechnet werden. Zur Berechnung der Standardfehler wurde die von Lechner (2001) vorgeschlagene analytische Methode verwendet.

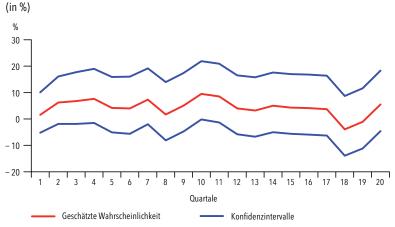
5. Ergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse des vorherigen Evaluationsansatzes vorgestellt. Hierbei wird zunächst auf den Verlauf der geschätzten Effekte über den Beobachtungszeitraum von 20 Quartalen eingegangen (Ergebnisse 1 bis 4). Um kurz- und langfristige Wirkungen der Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses beurteilen zu können, werden im Anschluss neben diesem Effekt, der sich im Durchschnitt über die 4 Eintrittsquartale ergibt, separat die einzelnen Effekte für die jeweiligen Eintrittsquartale in Leiharbeit vorgestellt.

Ergebnis 1: Wahrscheinlichkeit auf reguläre Beschäftigung

Die geschätzte Wahrscheinlichkeit, in einem regulären Beschäftigungsverhältnis beschäftigt zu sein, liegt leicht oberhalb von Null. Allerdings ist dieser Wert statistisch in keinem der beobachte-

1. Effekt der Aufnahme einer Leiharbeit auf die spätere Wahrscheinlichkeit, regulär beschäftigt zu sein



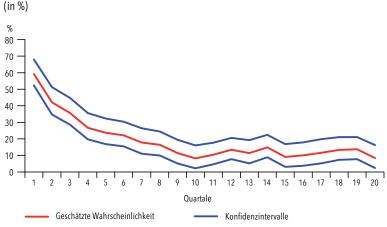
20 Quartale nach dem Treatment (Aufnahme der Leiharbeit).

ten Quartale von Null verschieden. Die Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses führt also für den betrachteten Zeitraum von 5 Jahren nicht zu einem statistisch signifikanten Anstieg der Wahrscheinlichkeit auf ein reguläres Beschäftigungsverhältnis. Folglich erfüllt Leiharbeit ihre Funktion als Sprungbrett in reguläre Beschäftigung für das Bundesland Hessen innerhalb der ersten 5 Jahre nach Aufnahme einer Leiharbeit nicht.

Ergebnis 2: Wahrscheinlichkeit auf Beschäftigung im Bereich der Leiharbeit

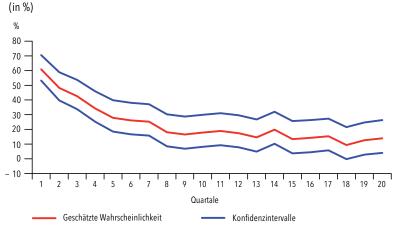
Personen, die nach ihrer Arbeitslosmeldung im Zeitraum von 2000 bis 2004 ein Leiharbeitsverhältnis in Hessen aufgenommen haben, weisen über die gesamte Beobachtungsperiode eine statistisch gesicherte höhere Wahrscheinlichkeit auf, innerhalb der Leiharbeit beschäftigt zu sein. Aufgrund der Tatsache, dass das Treatment zu-

${\bf 2. \ Effekt \ der \ Aufnahme \ einer \ Leiharbeit \ auf \ die \ sp\"{a}tere \ Wahrscheinlichkeit,} \\ in \ Leiharbeit \ besch\"{a}ftigt \ zu \ sein \\ }$



20 Quartale nach dem Treatment (Aufnahme der Leiharbeit).

3. Effekt der Aufnahme einer Leiharbeit auf die spätere Wahrscheinlichkeit, beschäftigt zu sein



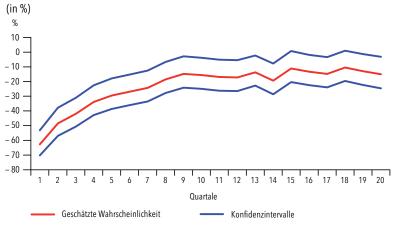
20 Quartale nach dem Treatment (Aufnahme der Leiharbeit).

gleich auch Ergebnis ist, ist der Effekt zunächst stark positiv, wobei er innerhalb der ersten 8 Quartale kontinuierlich abnimmt und über den weiteren Verlauf hinweg auf einem Niveau von knapp über 10 % verharrt. Die Beschäftigung im Bereich der Leiharbeit hat für den Zeitraum von 5 Jahren nach dem Treatment einen signifikant positiven Effekt auf die Wahrscheinlichkeit, in Zukunft innerhalb der Leiharbeit angestellt zu sein.

Ergebnis 3: Wahrscheinlichkeit auf Beschäftigung

Schaubild 3 zeigt die Resultate für die kombinierte Ergebnisvariable 3 (Ergebnis 1 zuzüglich Ergebnis 2). Wie der Verlauf zeigt, führt die Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses im Anschluss an die vorherige Arbeitslosigkeit im Bundesland Hessen zu einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit, beschäftigt zu sein, und dies über den gesamten Beobachtungszeitraum von 5 Jahren.

4. Effekt der Aufnahme einer Leiharbeit auf die spätere Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu sein



20 Quartale nach dem Treatment (Aufnahme der Leiharbeit).

Die hohe Wahrscheinlichkeit, innerhalb der ersten 2 Jahre nach dem Treatment beschäftigt zu sein, ist auf den zuvor beschriebenen Verlauf, im Bereich der Leiharbeit beschäftigt zu sein, zurückzuführen. Dieser Effekt pendelt sich bei gut 15 % ein.

Ergebnis 4: Wahrscheinlichkeit auf Arbeitslosigkeit

Die Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses im Bundesland Hessen scheint die Wahrscheinlichkeit, in Zukunft arbeitslos zu sein, deutlich zu reduzieren. Das Arbeitslosigkeitsrisiko ist aufgrund der Tatsache, dass sich Treatment und Ergebnis hier zunächst gegenseitig ausschließen, zu Anfang stark reduziert, bevor es sich im Zeitverlauf auf einem deutlich negativen Niveau, nahezu vollständig statistisch gesichert, stabilisiert. Somit führt die Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses, im Vergleich zur weiteren Stellensuche aus Arbeitslosigkeit, zu einer deutlichen und statistisch signifikanten Reduktion der Wahrscheinlichkeit zukünftiger Arbeitslosigkeit.

Nach der Beschreibung des generellen Verlaufs der durchschnittlichen Effekte für die Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses innerhalb des ersten Jahres nach vorheriger Arbeitslosmeldung werden nun die Effekte, getrennt anhand der unterschiedlichen vorherigen Verweildauer in Arbeitslosigkeit, betrachtet. Innerhalb der Spalten der Tabelle sind die durchschnittlichen Effekte, gemittelt über 5 Jahre, für die jeweiligen Gruppen nach vorheriger Verweildauer in Arbeitslosigkeit abgetragen.

Für die Gruppe der Leiharbeiter beträgt der Effekt der Aufnahme von Leiharbeit auf ein reguläres Beschäftigungsverhältnis, im Gegensatz zur weiteren Stellensuche aus Arbeitslosigkeit, insgesamt gesehen 4,4 %. Die geschätzten Werte für spätere Eintrittsquartale fallen etwas vorteilhafter aus. Allerdings sind alle Werte der Ergebnisvariable 1 insignifikant, also statistisch gesehen nicht von Null zu unterscheiden. Hingegen sind alle geschätzten Effekte auf Beschäftigung, sowohl im Bereich der Leiharbeit als auch die Effekte auf Beschäftigung insgesamt, statistisch signifikant und positiv. Der Effekt auf eine Beschäftigung im Bereich der Leiharbeit bewegt sich um 20 %. Die Wahrscheinlichkeit auf Beschäftigung

Average Treatment Effects (ATT) der Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses anhand der vorherigen Verweildauer in Arbeitslosigkeit (in %)

	ATT (Durchschnitt über 5 Jahre)							
	u = 1 bis 4	u = 1	u = 2	u = 3	u = 4			
Reguläre Beschäftigung	4,4	3,7	0,9	7,9	9,2			
95%-Konfidenzintervalle	(-7,6; 16,4)	(-6,0; 13,4)	(- 10,6; 12,4)	(-6,9; 22,7)	(-6,8; 25,2)			
Leiharbeit	19,2	16,3	21,7	19,2	22,4			
95%-Konfidenzintervalle	(11,0; 27,3)	(9,9; 22,7)	(13,9; 29,5)	(8,9; 29,5)	(11,2; 33,5)			
Beschäftigung	23,6	20,0	22,7	27,0	31,6			
95%-Konfidenzintervalle	(11,7; 35,4)	(10,4; 29,6)	(11,2; 34,1)	(12,5; 41,6)	(15,8; 47,4)			
Arbeitslosigkeit	- 23,3	- 22,5	- 21,0	- 25,0	- 28,2			
95%-Konfidenzintervalle	(- 34,8; - 11,9)	(- 31,6; - 13,4)	(-32,2; -9,8)	(-39,1; -10,8)	(-43,8; -12,6)			

 $u = Zeitpunkt \ des \ Eintritts \ in \ Leiharbeit \ bei \ vorheriger \ Verweildauer \ in \ Arbeitslosigkeit.$ Quelle: Stichprobe \ der \ Integrierten \ Arbeitsmarktbiografien (SIAB) \ 2010.

für Personen, die ein Leiharbeitsverhältnis aufgenommen haben, liegt um nahezu 25 % höher als für Personen, die weiterhin aus Arbeitslosigkeit nach Beschäftigung gesucht haben, und steigt mit der Verweildauer in Arbeitslosigkeit an. Die geschätzten Effekte auf Arbeitslosigkeit sind statistisch signifikant und deutlich negativ. Die Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses reduziert das Arbeitslosigkeitsrisiko um nahezu 25 %.

Unabhängig vom Eintrittszeitpunkt profitieren Personen, die ein Leiharbeitsverhältnis aufgenommen haben, in ihrem weiteren Erwerbsverlauf von einer höheren Wahrscheinlichkeit, beschäftigt zu sein, und einer geringeren Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu sein. Dies ist allerdings hauptsächlich auf eine höhere Wahrscheinlichkeit, im Bereich der Leiharbeit beschäftigt zu sein, zurückzuführen.

6. Fazit

Diese Untersuchung sollte die Frage beantworten, ob die Aufnahme von Leiharbeit im Bundesland Hessen den Sprung für Arbeitslose in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis ermöglicht. Um den Effekt der Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses zu evaluieren, wurde die Methode des Matching genutzt. Auf Basis der ermittelten statistischen Zwillinge wurde der Effekt der Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses in Hessen für diejenigen, die zwischen 2000 und 2004 arbeitslos geworden sind und aus Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres ein Leiharbeitsverhältnis aufgenommen haben, auf unterschiedliche nachfolgende individuelle Arbeitsmarktstatus ermittelt.

Der durchschnittliche Effekt der Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses innerhalb des ersten Jahres nach der ersten Arbeitslosmeldung auf die Beschäftigungswahrscheinlichkeit insgesamt ist im Vergleich zur zunächst weiteren Stellensuche aus Arbeitslosigkeit deutlich positiv. Personen, die aus Arbeitslosigkeit eine Leiharbeit beginnen, haben demnach eine deutlich gestiegene Beschäftigungswahrscheinlichkeit. Das Arbeitslosigkeitsrisiko wird über den Verlauf von 5 Jahren nach der Aufnahme eines Leiharbeitsverhältnisses deutlich reduziert. Betrachtet man allerdings lediglich die Wahrscheinlichkeit auf ein reguläres Beschäftigungsverhältnis, somit die Beschäftigung außerhalb der Leiharbeit, zeigt sich insgesamt keine statistisch signifikante höhere Wahrscheinlichkeit, innerhalb dieser 5 Jahre regulär beschäftigt zu sein. Ein Sprungbretteffekt der Leiharbeit kann nicht nachgewiesen werden. Die Betrachtung der unterschiedlichen Zugangsgruppen (abhängig von der vorherigen Arbeitslosigkeitsdauer) zur Leiharbeit zeigt, dass Zugangsgruppen mit längerer vorheriger Verweildauer in Arbeitslosigkeit in der Tendenz bessere Ergebnisse aufzuweisen haben. Diese kommen offensichtlich hauptsächlich dadurch zustande, dass die entsprechende Vergleichsgruppe sinkende Beschäftigungschancen aufweist.

Leiharbeit scheint somit den Zugang zum Arbeitsmarkt, jedoch überwiegend über Leiharbeit, zu ermöglichen und damit auch das Arbeitslosigkeitsrisiko zu reduzieren.

Literaturverzeichnis

Almus, Matthias/Egeln, Jürgen/Lechner, Michael/Pfeiffer, Friedhelm/ Spengler, Hannes. Die gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung in Rheinland-Pfalz – eine ökonometrische Analyse des Wiedereingliederungserfolgs. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Jahrgang 31. Ausgabe 3/1998, Seite 558 ff.

Baur, Ulrich. Arbeitsmarkt – Erste Schritte zur Umsetzung des Hartz-Konzepts. Bundesarbeitsblatt Nr. 1/2003, Seite 49.

Biewen, Martin/Steffes, Susanne. Unemployment persistence: Is there evidence for stigma effects? In: Economics Letters. Jahrgang 106. Ausgabe 3/2010, Seite 188 ff.

Bronstein, Arturo S. Temporary Work in Western Europe – Threat or Complement to Permanent Employment? In: International Labour Review. Jahrgang 130. Ausgabe 3/1991, Seite 291 ff.

Brülle, Jan. Unterschiede in den Arbeitsmarktchancen von atypisch Beschäftigten: Effekte von Beschäftigungsformen oder Erwerbspräferenzen? In: Zeitschrift für Soziologie. Jahrgang 42. Ausgabe 2/2013, Seite 157 ff.

Burda, Michael C./Kvasnicka, Michael. Zeitarbeit in Deutschland: Trends und Perspektiven. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik. Jahrgang 7. Heft 2/2006, Seite 195 ff.

Crimmann, Andreas/Ziegler, Kerstin/Ellguth, Peter/Kohaut, Susanne/Lehmer, Florian. Forschungsbericht zum Thema "Arbeitnehmerüberlassung". Nürnberg 2009.

Gangl, Markus/DiPrete, Thomas A. Kausalanalyse durch Matchingverfahren. In: Diekmann, Andreas (Herausgeber). Methoden der Sozialforschung. Sonderheft 44 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden 2004.

Ichino, Andrea/Mealli, Fabrizia/Nannicini, Tommaso. Temporary Work Agencies in Italy: A Springboard Toward Permanent Employment? In: Giornale degli Economisti. Jahrgang 64. Ausgabe 1/2005, Seite 1 ff.

Jahn, Elke J./Bentzen, Jan. What drives the demand for temporary agency workers? In: Labour. Jahrgang 26. Ausgabe 3/2012, Seite 341 ff.

Jahn, Elke J./Weber, Enzo. Zeitarbeit: Zusätzliche Jobs, aber auch Verdrängung. IAB-Kurzbericht Nr. 02/2013. Nürnberg 2013.

Kvasnicka, Michael. Does Temporary Help Work Provide a Stepping Stone to Regular Employment? NBER Working Paper, No. 13834. Cambridge 2008.

Kvasnicka, Michael/Werwatz, Axel. Arbeitsbedingungen und Perspektiven von Zeitarbeitern. In: DIW Wochenbericht. Jahrgang 70. Nr. 46/2003, Seite 717 ff.

Lechner, Michael. Identification and Estimation of Causal Effects of Multiple Treatments Under the Conditional Independence Assumption. In: Lechner, Michael/Pfeiffer, Friedhelm (Herausgeber). Econometric Evaluation of Labour Market Policies. Heidelberg 2001, Seite 43 ff.

Sianesi, Barbara. An Evaluation of the Active Labor Market Programmes in Sweden. IFAU working paper. Nr. 5/2001. Office of Labour Market Policy Evaluation. Uppsala 2001.

Sianesi, Barbara. An Evaluation of the Swedish System of Active Labor Market Programs in the 1990s. In: The Review of Economics and Statistics. Jahrgang 86. Ausgabe 1/2004, Seite 133 ff.

Vanselow, Achim/Weinkopf, Claudia. Zeitarbeit in europäischen Ländern – Lehren für Deutschland? Arbeitspapier 182 der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf 2009.

Timo Lepper

Nachrichten aus der Statistik

Prüfbesuch bei Destatis im Rahmen des Eurostat-Peer-Reviews 2014/15

Anfang März hat Eurostat den Bericht zum Peer Review in Deutschland veröffentlicht:

http://ec.europa.eu/eurostat/web/quality/peer-reviews.

Damit ist der zweite Peer Review in Deutschland abgeschlossen. Wie schon im Jahr 2008 wurde geprüft, inwiefern die statistischen Stellen des Europäischen Statistischen Systems (ESS) den Europäischen Verhaltenskodex für europäische Statistiken (Code of Practice) einhalten. Im Gegensatz zur ersten Peer-Review-Runde vor 7 Jahren erstreckte sich die Prüfung dieses Mal nicht nur auf das Statistische Bundesamt, sondern auch auf die weiteren Produzenten europäischer Statistiken in Deutschland.

An die Selbstbewertungsphase schloss sich Anfang Dezember 2014 der Besuch der Prüfer im Statistischen Bundesamt an. Die Prüfer ("Peers") waren die ehemaligen Amtsleiter der Statistischen Ämter von Estland und Österreich, Priit Potisepp und Prof Dr. Peter Hackl, sowie David Fenwick, ehemaliger Mitarbeiter des Statistischen Amts von Großbritannien und Nordirland. Als Beobachterin fungierte die Leiterin des Referats G 1 bei Eurostat, Martina Hahn, eine ehemalige Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes.

Präsident Egeler und Vizepräsident Sarreither wurden in den Gesprächen von den fachlich Verantwortlichen ihres Hauses unterstützt. Die Statistischen Ämter der Länder waren vertreten durch die Amtsleiter Jörg Berres (StLA Rheinland-Pfalz) und Hans-Josef Fischer (IT.NRW), zeitweise auch durch die Amtsleiterin Marion Frisch (LfStaD Bayern) sowie durch die Qualitätsmanager Birgit Kempf (IT.NRW), Michael Kaindl (LfStaD Bayern) und Harald Wirtz (StLA Rheinland-Pfalz). Daneben suchten die Prüfer auch den Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern des Kraftfahrt-Bundesamts, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Bundesministerien, der Wissenschaft, der Wirtschaft und derMedien als wichtigen Nutzern

der amtlichen Statistik. Zum Abschluss sprachen die Prüfer mit Nachwuchskräften des höheren Dienstes im Statistischen Bundesamt.

Die Prüfer erfragten auf der Grundlage der in der Selbstbewertung zur Verfügung gestellten Informationen Details zu den institutionellen Rahmenbedingungen, zu den statistischen Prozessen und zu den statistischen Produkten. Sie thematisierten auch die nationale Koordinierung und die Integration in das Europäische Statistische System.



© ra2 studio - Fotolia.com

Die Peers haben 28 Empfehlungen formuliert. Einige liegen in einer Linie mit den "Empfehlungen zur Fortentwicklung der amtlichen Statistik", die der Statistische Beirat im September 2012 ausgesprochen hatte, so etwa die Forderung, den Zugang der statistischen Ämter zu Verwaltungsdaten zu erleichtern und die statistischen Ämter bei neuen oder geänderten neuer Verwaltungsverfahren früh zu konsultieren, um die statistische Verwertbarkeit von verwaltungserzeugten Daten zu steigern. Manche Empfehlungen, wie jene nach einem Kalender für planmäßige Revisionen von Daten, lassen sich kurzfristig umsetzen. Manche Empfehlungen jedoch berühren die deutsche Staatsorganisation und werden sich unter den heutigen Rahmenbedingungen kaum umsetzen lassen.

Die geprüften Produzenten von EU-Statistiken in Deutschland sind nun aufgerufen, Verbesserungsmaßnahmen zu entwickeln, die auf den Empfehlungen der Peers aufbauen.

Aus: Informationen aus der amtlichen Statistik, Heft 1/2015.

GENESIS-Online: Jetzt über eine halbe Milliarde Werte

Mit 2,8 Mill. Tabellenabrufen erreichte GENE-SIS-Online im Jahr 2014 einen neuen Nutzungsrekord. Ende 2014 standen 215 Statistiken mit insgesamt 563 Mill. Werten zur Verfügung. Dies entspricht einem Zuwachs von 98 Mill. Werten gegenüber 2013.

2014 wurden erstmalig Daten über internationale Indikatoren, auslandskontrollierte sowie kleine

und mittlere Unternehmen, Luftverkehrsteuer, Fleischuntersuchung, Betreuungsgeld und Nebendiagnosen von Krankenhauspatienten in GE-NESIS-Online angeboten. Darüber hinaus wurde das Datenangebot zu 22 vorhandenen Statistiken weiter aus- bzw. umgebaut. Insbesondere führte die Erweiterung des Datenangebots zu Aufstiegsfortbildungsförderung, Sozialhilfe, Adoptionen und Realsteuern zu einer signifikanten Erhöhung der Tabellenabrufe. Zudem stand die Umstellung der VGR des Bundes auf das neue Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen im Fokus, die mit umfangreichen Änderungen in der Datenbank verbunden war.

Aus: Informationen aus der amtlichen Statistik, Heft 1/2015.

Buchbesprechungen

Schwerbehindertenarbeitsrecht

Von Bettina Schmidt, 2. Auflage, 274 Seiten, kartoniert, 39,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014.

Das Buch behandelt sämtliche arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Aspekte im Zusammenhang mit der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen. Es wendet sich an alle, die in ihrer täglichen Arbeit mit dem Thema befasst sind: Rechtsanwälte, Arbeitgeber, Betriebsräte, Schwerbehindertenvertreter und Mitarbeiter der Integrationsämter. Aus dem Inhalt: Feststellung der Behinderung und der Gleichstellung behinderter Menschen / Pflichten des Arbeitgebers im Zusammenhang mit der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen / Besonderheiten bei der Einstellung schwerbehinderter Menschen/Verbot der Benachteiligung wegen Behinderung im AGG. Die zweite Auflage beinhaltet folgende Schwerpunkte: Anspruch des schwerbehinderten Menschen auf angemessene Beschäftigung / Präventionsvorschriften, vor allem Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) / Schadensersatzpflicht des Arbeitgebers bei nicht leidensgerechter Beschäftigung / Zusatzurlaub für schwerbehinderte Menschen / Kündigungsschutz für schwerbehinderte Arbeitnehmer. Praktische Hinweise, Fallbeispiele und Formulierungshilfen komplettieren die Darstellung.

Kanzler und Minister 2005-2013

Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen. Herausgegeben von Udo Kempf, Hans-Georg Merz und Markus Gloe, VIII, 271 Seiten, gebunden, 34,99 Euro, Springer VS, Wiesbaden 2015.

Der nunmehr dritte Band des Lexikons "Kanzler und Minister" stellt in ausführlichen Einzelartikeln den beruflichen und politischen Lebensweg der Mitglieder der Regierungen Merkel seit 2005 dar. Außerdem werden die wichtigsten politischen Leistungen und die bleibenden Resultate ihrer Politik beschrieben und analysiert. Insgesamt entsteht so ein lebendiges Gesamtbild der schwarz-roten sowie der schwarz-gelben Regierung. Es werden Portraits folgender Kanzler und Minister präsentiert: Ilse Aigner, Rainer Brüderle, Sigmar Gabriel, Michael Glos, Karl-Theodor zu Guttenberg, Franz Josef Jung, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Ursula von der Leyen, Thomas de Maizière, Angela Merkel, Franz Müntefering, Dirk Niebel, Ronald Pofalla, Peter Ramsauer, Philipp Rösler, Norbert Röttgen, Wolfgang Schäuble, Annette Schavan, Ulla Schmidt, Olaf Scholz, Kristina Schröder, Horst Seehofer, Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier, Wolfgang Tiefensee, Guido Westerwelle, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Brigitte Zypries.

Die Ökonomisierung der Politik in Deutschland

Eine vergleichende Politikfeldanalyse. Reihe "Kritische Studien zur Demokratie", herausgegeben von Gary S. Schaal, Matthias Lemke und Claudia Ritzi, XVI, 270 Seiten, kartoniert, 39,99 Euro, Springer VS, Wiesbaden 2014.

Ökonomisches Denken greift auf immer mehr Politikbereiche über. In der theoretischen Debatte ist bereits seit einigen Jahren die Rede von einer Hegemonie des Neoliberalismus. Diese These gilt es jedoch auch empirisch zu stützen. Im vorliegenden Band geschieht dies anhand von Analysen einzelner Politikfelder - von der Bildungs-, über die Familienund die Verkehrspolitik bis hin zur Stadtplanung. Der systematische Vergleich zeigt: Ökonomisierung der Politik findet in Deutschland überall statt, auch wenn die Methoden zur wissenschaftlichen Erhebung ihrer überaus unterschiedlichen Erscheinungsformen stark variieren. Der Band gliedert sich in folgende Hauptkapitel: Theoretische und methodische Grundlagen - Ökonomisierung in der Perspektive der Policy-Forschung – Status Quo und Perspektiven der Ökonomisierungsforschung.

Lehrbuch der Sozialwirtschaft

Herausgegeben von Ulli Arnold, Klaus Grunwald und Bernd Maelicke, 4., erweiterte Auflage, 940 Seiten, kartoniert, 58,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014.

Die politischen und strukturellen Rahmenbedingungen der Sozialwirtschaft unterliegen permanenten, teils rasanten Veränderungen. Sowohl die sozialwirtschaftliche Praxis als auch die sozialwirtschaftliche Theorie haben sich in den letzten 5 Jahren stark weiterentwickelt. Dies erfordert kontinuierliche Anpassungen und Änderungen in der Aus- und Weiterbildung von Führungskräften sozialer Dienstleistungsorganisationen. Die vorliegende, aktualisierte und erweiterte Auflage vermittelt Grund- und Aufbauwissen zu den relevanten Themen: Grundlagen und Geschichte der Sozialwirtschaft; Sozialpolitische Entwicklungen auf europäischer, bundesdeutscher und lokaler Ebene; Anbieter, Wettbewerber, Handlungsfelder und Dienstleistungen; Typologie, Rechtsformen und Corporate Governance sozialwirtschaftlicher Organisationen; Qualitätsmanagement und Sozialmarketing; Privatisierung, Finanzierungsmanagement, Risikomanagement und Fundraising; Wirkungsorientierte Steuerung und Controlling in sozialwirtschaftlichen Organisationen sowie Management in der Sozialwirtschaft. Das Werk richtet sich an Lehrende und Studierende der Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Universitäten sowie an Fach- und Führungskräfte der Sozialwirtschaft.

ptnphotof - Fotolia.com

Buchbesprechungen

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes im April 2015

Statistische Berichte und sonstige Veröffentlichungen – kostenfreie Download-Dateien

Erwerbstätigkeit der Bevölkerung in den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städte am 9. Mai 2011 (Ergebnisse des Zensus 2011); (AO/VZ 2011-2); (K)¹⁾

Berufsein- und -auspendler am 9. Mai 2011 in den hessischen Gemeinden (Ergebnisse des Zensus 2011); Heft 1: Regierungsbezirk Darmstadt; (AO/VZ 2011-6); $(G)^{11}$

Berufsein- und -auspendler am 9. Mai 2011 in den hessischen Gemeinden (Ergebnisse des Zensus 2011); Heft 2: Regierungsbezirk Gießen; (AO/VZ 2011-6); (G)¹⁾

Berufsein- und -auspendler am 9. Mai 2011 in den hessischen Gemeinden (Ergebnisse des Zensus 2011); Heft 3: Regierungsbezirk Kassel; (AO/VZ 2011-6); (G)¹⁾

Bevölkerung mit Migrationshintergrund am 9. Mai 2011 in den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten (Ergebnisse des Zensus 2011); (AO/VZ 2011-7); (K)¹⁾

Rechtskräftig abgeurteilte und verurteilte Personen in Hessen 2014 (Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik); (B VI 1 - j/14)

Die Tätigkeit der Arbeitsgerichte in Hessen im Jahr 2014; (B VI 4 - j/14); (AGBz) $^{1)}$

Die Tätigkeit der Sozialgerichte in Hessen im Jahr 2014; (B VI 5 - j/14); (SGBz) $^{1)}$

Der Strafvollzug in Hessen im Jahr 2014; Teil 2: Bestand und Bewegung in den Justizvollzugsanstalten; (B VI 6 - j/14)¹⁾

Gewerbeanzeigen in Hessen im 4. Vierteljahr 2014; (D I 2 - vj 4/14); (K) $^{1)}$

Gewerbeanzeigen in Hessen im Jahr 2014; (D I 2 - j/14); (K)¹⁾

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im Februar 2015 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I 1 - m 02/15); (K)¹⁾

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen 2014 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I 2 - j /14); (K)¹⁾

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Februar 2015; (E I 3 - m 02/15); PDF-Format

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Februar 2015; (E II 1 - m 02/15); (K)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im Dezember 2014; (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 12/14)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im Januar 2015; (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 01/15)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im Dezember 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 12/14)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im Januar 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 01/15)¹⁾

Die Ausfuhr Hessens im Januar 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 01/15)¹⁾

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Dezember 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 12/14) $^{1)}$

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Januar 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 01/15)¹⁾

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im Februar 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 02/15)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Januar 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 01/15)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Februar 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 02/15)¹⁾

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Jahr 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - j/14); (K)¹⁾

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Januar 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 01/15); (K)¹⁾

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Februar 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 02/15); (K) 11

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen in Hessen im 4. Vierteljahr 2014 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 4 - vj 4/14)¹⁾

Binnenschifffahrt in Hessen im Januar 2015; (H II 1 - m 01/15); (Häfen)¹⁾

Die schwerbehinderten Menschen in Hessen Ende 2014; (K III 1 - j/14); (K) 11

Verbraucherpreisindex in Hessen im März 2015; $(M \ 1 \ 2 - m \ 03/15)^{1)}$

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Hessen und Deutschland 2008 bis 2014; (P I 1 - j/08-14)¹⁾

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung und Arbeitnehmerentgelt in Hessen und Deutschland 2000 bis 2007; Sonderveröffentlichung der revidierten Ergebnisse; (Revision 2014)¹⁾

Verzeichnisse

Anschriftenverzeichnis der Regierungspräsidien, Landkreise, Städte und Gemeinden in Hessen; Ausgabe 2015; (A Verz-3), 10,20 Euro

E-Mail-Versand (Excel-Format), 21,00 Euro

K = mit KreisergebnissenG = mit Gemeindeergebnissen

1) PDF-Datei mit Excel-Anhang.

© ptnphotof - Fotolia.com

Impressum

ISSN 0344 – 5550 (Print) ISSN 1616 – 9867 (Digital)

Copyright:

Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2015

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber:

Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37 Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890 E-Mail: vertrieb@statistik.hessen.de Internet: www.statistik-hessen.de

Schriftleitung:

Siegfried Bayer, Rheinstraße 35/37, Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-804

Haus-/Lieferanschrift:

Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift:

Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis:

GESUNDES unternehmen

Print: 13,00 Euro
Jahresabonnement: 66,30 Euro
(jew. inkl. Versandkosten)
PDF-Datei als kostenloser Download im Internet.

Gesamtherstellung:

 $Hessisches\ Statistisches\ Landesamt$

Auskünfte und Informationen

aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle: Telefon: 0611 3802-802 oder -807, E-Mail: info@statistik.hessen.de

Zeichenerklärung

- = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
- 0 = Zahlenwert ungleich Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit.
- = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
- D = Durchschnitt.
- s = geschätzte Zahl.
- p = vorläufige Zahl.
- r = berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen.

Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden.

Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

Noch: Buchbesprechungen

Klassiker des europäischen Denkens

Friedens- und Europavorstellungen aus 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte. Herausgegeben von Winfried Böttcher, 781 Seiten, gebunden, 98,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014.

Im Jahr 1306 hat zum ersten Mal in der Geschichte der Franzose Pierre Dubois einen vollständigen Europaplan vorgelegt. In den seither vergangenen Jahrhunderten haben Persönlichkeiten immer wieder über den Zustand Europas in ihrer Zeit und über die Zukunft des Kontinents nachgedacht. Das große Lexikon "Klassiker des europäischen Denkens" stellt den Kanon zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des europäischen Denkens dar. Auf rund 800 Seiten versammelt und vereint der hochwertige Band die Friedens- und Europavorstellungen von über 100 herausragenden Persönlichkeiten aus mehr als 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte. Renommierte Philosophen, Historiker, Sozial-, Kultur- und Sprachwissenschaftler aus über 40 Universitäten und Forschungseinrichtungen in ganz Europa sowie – mit Jean-Claude Juncker und Martin Schulz – zwei bekennende Europäer im aktiven Politikbetrieb haben Beiträge zu diesem Grundlagenwerk verfasst und laden den Leser zu einem neuen Diskurs über den Frieden ein, der immer auch ein Diskurs über Furopa war und ist.

Politik im Schatten der Krise

Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009–2013. Herausgegeben von Reimut Zohlnhöfer und Thomas Saalfeld, VIII, 639 Seiten, kartoniert, 59,99 Euro, Springer VS, Wiesbaden 2015.

Der vorliegende Band zieht eine politikwissenschaftliche Bilanz der zweiten Amtszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel. In den Beiträgen ausgewiesener Experten werden die Rahmenbedingungen des Regierens zwischen 2009 und 2013 analysiert, so etwa die strategische Positionierung von Regierungs- und Oppositionsparteien, die Rolle des Bundesrates, das Koalitionsmanagement oder der Einfluss von Verbänden. Im zweiten Teil werden die wichtigsten Entscheidungen der christlich-liberalen Koalition analysiert, erklärt und bewertet. Besonderes Augenmerk widmet der Band der Eurokrise und der deutschen Reaktion auf diese Herausforderung, aber auch alle anderen relevanten Politikfelder werden unter die Lupe genommen. Die betrachteten Politikfelder reichen von der Außen- bis zur Finanzpolitik, von der Sozial- bis zur Umweltpolitik. Dabei wird die Frage beantwortet, wo die Regierung weitreichende Reformen durchsetzte und wo Stillstand vorherrschte und mit welchen Einflussfaktoren beides zu erklären ist.

Ergänzungslieferungen

TV-L Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst der Länder

Kommentar zum Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst. Bearbeitet von Alfred Breier und Dr. Annette Dassau, Loseblattausgabe, 59. Aktualisierung, Gesamtwerk (einschl. Textausgabe Aushangpflichtige Arbeitsgesetze im öffentl. Dienst; 10. Aufl. vom März 2015, in 2 Ordnern); Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München 2015.

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes im Monat Mai 2015

Statistische Berichte und sonstige Veröffentlichungen – kostenfreie Download-Dateien

Die Volkshochschulen in Hessen im Jahr 2013; (B IV 1 - j/13); (K)¹⁾

Schlachtungen in Hessen im 1. Vierteljahr 2015 (Vorläufiges Ergebnis); (C III 2 - vj 1/15); (K)¹⁾

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im März 2015 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I 1 - m 03/15); (K)¹⁾

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im März 2015; (E I 3 - m 03/15); PDF-Format

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im März 2015; (E II 1 - m 03/15); (K)¹⁾

Baugenehmigungen in Hessen im Februar 2015; (F II 1 - m 02/15); $(K)^{1}$

Baugenehmigungen in Hessen im März 2015; (F II 1 - m 03/15); (K)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im Februar 2015; (Vorläufige Ergebnisse); G I 1 - m 02/15)¹⁾ Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im Februar 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 02/15) 11

Die Ausfuhr Hessens im Februar 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 02/15)¹⁾

Die Ausfuhr Hessens im März 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 03/15) $^{\scriptscriptstyle (1)}$

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Februar 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - 02/15)¹⁾ Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im März 2015

(Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - 03/15)¹⁾

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im März 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 03/15)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im März 2015 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 03/15)¹⁾

Binnenschifffahrt in Hessen im Februar 2015; (H II 1 - m 02/15); (Häfen)¹⁾

Verbraucherpreisindex in Hessen im April 2015; $(M \mid 2 - m - 04/15)^{1)}$

Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im Februar 2015; (M I 4 - vj 1/15)¹⁾

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke in Hessen im Jahr 2014; (M I 7 - j/14); (K) $^{1)}$

K = mit Kreisergebnissen G = mit Gemeindeergeb-

1) PDF-Datei mit Excel-Anhang.



Alle Ausgaben von Staat und Wirtschaft in Hessen finden sich auch als PDF-Datei zum kostenlosen Download auf unserer Homepage unter http://www.statistik-hessen.de/publikationen/download/492/index.html